



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Brasiliens Aufstieg und Argentinens Nachsehen
- Gründe und Prognosen für die unterschiedliche
Entwicklung der Staaten“

verfasst von

Melanie Sandra Kiefer, Bakk.phil. BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Ao. Univ. Prof. Dr. Otmar Höll

Meiner Familie gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

Titel	Seite
1. Einleitung	5
1.1 Erkenntnisinteresse	5
1.2 Forschungsfrage und Hypothesen	9
1.3 Methode der Untersuchung	10
1.4 Aufbau der Arbeit	10
2. Forschungsstand	11
2.1 Wirtschaftliche Situation in Argentinien, Brasilien und Chile	11
2.1.1 Das neue Lateinamerika	12
2.1.2 Argentinien	13
2.1.2.1 Erst Auf-, dann Abstieg dank Kirchners Wirtschaftspolitik	13
2.1.2.2 Argentinien's achte Staatspleite	15
2.1.3 Brasilien	16
2.1.3.1 Nationale Entwicklung, regionale Hegemonie und globale Neugestaltung	16
2.1.3.2 Importierte Inflation, Unzufriedenheit und Demonstrationen	20
2.1.4 Chile	21
2.1.4.1 Proteste unter Sebastián Piñera	21
2.1.4.2 Reformen unter Michelle Bachelet	22
2.2 Erklärungsansätze	23
3. Gegenwärtige theoretische und praktische Relevanz	25
4. Theoretischer Rahmen	26
4.1 Theorie der Dependenz und der Interdependenz	26
4.2 Theorie des Konstruktivismus	27
4.3 Neo-Gramscianische Perspektive	28
5. Geschichtlicher Abriss	28
5.1 Eine kleine Geschichte Lateinamerikas	28
5.2 Von Entwicklungsländern ...	30
5.3 ... hin zu <i>newly industrializing countries</i>	30

5.4 <u>B</u> rasilien, <u>R</u> ussland, <u>I</u> ndien, <u>C</u> hina und <u>S</u> üdafrika	31
5.4.1 Einführung: Das Phänomen BRICS	31
5.4.2 Das „B“ in BRICS	32
5.4.3 Exkurs: Die Haltung RICS	33
5.4.4 Kritik am Konzept	34
5.4.5 Zukünftige Aussichten	36
6. Importsubstituierende Industrialisierung	36
6.1 Einführung in die Importsubstituierende Industrialisierung	36
6.2 Theoretische Grundlagen der ISI	38
6.2.1 <i>Comisión Económica para América Latina</i>	38
6.2.2 Verschlechterung der <i>terms of trade</i>	39
6.3 ISI in Argentinien	39
6.4 Zwischenfazit: Gründe für das Versagen der ISI in Argentinien	42
6.5 Brasilien zwischen ISI und Exportorientierter Industrialisierung	44
6.5.1 ISI in Brasilien	44
6.5.2 Exportorientierte Industrialisierung	46
6.5.3 Zwischenfazit: ISI in Brasilien im Vergleich zu Argentinien	46
6.6 ISI in Chile	47
6.7 Zwischenfazit: ISI in Chile im Vergleich zu Argentinien und Brasilien	49
6.8 Exkurs: Wie die ISI erfolgreich funktionieren kann – am Beispiel Südostasiens	52
6.9 Fazit der ISI	53
7. Demokratisierungswelle der 80er Jahre	54
7.1 Perspektiven der Demokratisierung: von der Transition zur Konsolidierung	54
7.2 Die Situation in Lateinamerika	56
7.2.1 In Argentinien	58
7.2.2 In Brasilien	60
7.2.3 In Chile	61
7.3 Kritik an den neuen Demokratien	64
7.4 Fazit der Demokratisierungsbestrebungen	66
8. Neoliberalismus	68
8.1 Einführung in den Neoliberalismus	68

8.2 Theoretischer Hintergrund des Neoliberalismus in Lateinamerika	69
8.2.1 Die Rolle des IWF	69
8.2.2 Kreditvergabe des IWF	69
8.2.3 Strukturanpassungsprogramme	71
8.2.3.1 SAP als Anreiz für Reformen	71
8.2.3.2 Elemente der SAP: <i>Washington Consensus</i>	72
8.2.4 Kritik an den Vorgehensweisen des IWF	75
8.3 Die Situation in Lateinamerika	76
8.3.1 In Argentinien	77
8.3.2 Zwischenfazit: Neoliberalismus in Argentinien	79
8.3.3 In Brasilien	80
8.3.4 Zwischenfazit: Neoliberalismus in Brasilien	82
8.3.5 In Chile	83
8.3.6 Zwischenfazit: Neoliberalismus in Chile	86
8.4 Fazit	87
8.5 Die Rolle der externen AkteurInnen im Neoliberalismus	88
9. Widerstand: Gegen Privatisierungen und für die „Neue Linke“ - Progressive Regierungen in Lateinamerika	90
9.1 Ausgangssituation	90
9.1.1 In Argentinien	91
9.1.2 In Brasilien	93
9.1.3 In Chile	94
9.2 Die neuen Rollen der externen AkteurInnen und der (un)abhängigen Staaten	95
9.3 Fazit 1: Die Politik der Progressiven Regierungen	97
9.4 Fazit 2: Vergleich der Rolle der externen AkteurInnen im Neoliberalismus und im Postneoliberalismus	99
10. Schlussbemerkungen	100
10.1 Resümee	100
10.1.1 ISI als zweiseitiges Schwert	100
10.1.2 Demokratisierungsbestrebungen unter Militärrebellionen	103
10.1.3 Neoliberalismus	105
10.1.4 Progressive Regierungen als Retterinnen oder Pharisäerinnen	106

10.2 Überprüfung der Hypothesen	109
10.3 Beitrag zum Forschungsstand: Erklärungsansatz	113
10.4 Einschätzung der Zukunft Lateinamerikas	114
10.5 Weiterer Forschungsbedarf	115
I. Verzeichnisse	117
I.1 Bibliographie	117
I.1.1 Literaturverzeichnis	117
I.1.2 Zeitschriftenartikel	121
I.1.3 Internetquellen	124
I.2 Tabellenverzeichnis	131
I.3 Abbildungsverzeichnis	131
I.4 Abkürzungsverzeichnis	132
II. Anhang	134
II.1 Zusammenfassung	134
II.2 Abstract	135
II.3 Curriculum Vitae	136

1. Einleitung

1.1 Erkenntnisinteresse

Brasilien: Ein Land der Zukunft, wie es bereits der österreichische Schriftsteller Stefan Zweig schrieb. Zahlen sprechen dafür, dass das *Zukunftsland* in der Gegenwart angekommen ist: Brasilien erlebt das Hochgefühl eines internationalen Bedeutungszuwachses in soliden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (vgl. Stausberg, 2011). Als eine der aufstrebenden Volkswirtschaften der BRICS-Staaten führt Brasilien das Wachstum der Weltwirtschaft mit an (vgl. Kreuzmann, 2014). Brasilien ist die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt und reiht sich nun wieder knapp hinter Großbritannien ein, nachdem sie 2011 kurzzeitig den sechsten Platz für sich beanspruchen konnte. ÖkonomInnen prognostizieren Brasilien bis 2023 ein Überholmanöver, sodass Brasilien sowohl an Großbritannien, als auch an Deutschland auf den fünften Platz vorbeiziehen könnte (vgl. Centre for Economics and Business Research, 2014; The World Bank Group, 2014; Pant, 2013, S.93). 2014 wird das Wirtschaftswachstum auf 1,8% geschätzt, 2013 lag es bei 2,3%, eine Steigerung zum Jahr 2012 mit 1%, aber ein Rückgang zum Jahr 2011 mit 2,7%. 2013 erzielte der Außenhandel einen Handelsbilanzüberschuss von 2,6 Milliarden US-Dollar, 2012 von 19,5 Milliarden US-Dollar und 2011 von 29,8 Milliarden US-Dollar (vgl. Deutsche Auslandshandelskammern, 2014b) und zeigt damit die Wettbewerbsfähigkeit Brasiliens auf dem Weltmarkt.

Als Mitglied der BRICS-Staaten bildet Brasilien einen spürbaren Kontrast zu den etablierten westlichen Mächten. Im Juli 2014 gründeten diese fünf großen Schwellenländer einen Währungsfonds, den *Contingency Reserve Arrangement* und eine Entwicklungsbank, die *BRICS Development Bank* (vgl. Zeit Online, 2014a). Der Wirtschaftswissenschaftler Antonio Carlos Alves dos Santos befindet solch eine Entwicklung für sinnvoll, da erstens die fehlende Infrastruktur ein ausschlaggebendes Wachstumshindernis für Schwellenländer darstellt und zweitens die Abhängigkeit von Euro und US-Dollar verringert werden kann (vgl. Kreuzmann, 2014).

Sportereignisse, wie die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Sommerspiele 2016 lassen die Verkehrs- und Energieinfrastruktur wachsen (vgl. Agência Latinapress, 2012), des Weiteren verspricht die Regierung den BrasilianerInnen wirtschaftlichen Aufschwung und mehr Arbeitsplätze, doch das Beispiel der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika legte offen, dass solche Aussichten utopisch sind (vgl. Schülbe, 2014) und der Bevölkerung weder gerecht werden, noch ihnen eine bessere Lebensqualität bieten.

„In den letzten 10 [sic!] Jahren konsolidierte Brasilien seine Rolle als landwirtschaftliche

Supermacht, entdeckte riesige Ölvorkommen im Atlantik, bezahlte seine Schulden beim Internationalen Währungsfonds und entwickelte eine offensivere Diplomatie“ (Agência Latinapress, 2012). Der wirtschaftliche Erfolg und eine gerechtere Einkommensverteilung führten zur Entstehung einer neuen Mittelschicht (vgl. Agência Latinapress, 2012): Die *Partido dos Trabalhadores* um ihren ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und ihre amtierende Präsidentin Dilma Rousseff erreichte in ihren zwölf Regierungsjahren den Aufstieg von 30 bis 40 Millionen BrasilianerInnen aus der Armut in die Mittelschicht. Heute hat Brasilien jedoch mit der Ernüchterung über brasilianisches Mittelmaß zu kämpfen und mit einem Wirtschaftsmodell, das sich festgefahren hat. Ein Wahlsieg der Opposition bei der Präsidentschaftswahl am 05. Oktober 2014 könnte dies durch einen größeren Freiraum für die Privatinitiative ändern (vgl. Moses, 2014b).

In Argentinien hingegen wird das 20. Jahrhundert als „Zeitraum eines langsamen Abstieges“ (Riekenberg, 2009, S.192) wahrgenommen, wie es Michael Riekenberg, Professor für Vergleichende Geschichtswissenschaft und Ibero-Amerikanische Geschichte formuliert. Wirtschaftlich und politisch hat das Land an Bedeutung verloren (vgl. Piepenbrink, 2010). Argentinien liegt auf Platz 21 der größten Volkswirtschaften der Welt, gemessen am BIP (vgl. The World Bank Group, 2014). 2014 liegt das geschätzte Wirtschaftswachstum bei 0,5%. Für 2013 wird es auf 4,3% geschätzt, was eine Erholung zum Jahr 2012 mit 1,9% darstellt, aber ein Rückgang gegenüber 2011 mit 8,9% Wirtschaftswachstum. Der erzielte Handelsbilanzüberschuss betrug 2012 12,4 Milliarden US-Dollar [eine leichte Steigerung zu den beiden Vorjahren mit 9,8 Milliarden US-Dollar (2011) und 11,4 Milliarden US-Dollar (2010)] (vgl. Deutsche Auslandshandelskammern, 2014a).

Argentinien erlebt alle dutzend Jahre eine Wirtschaftskrise, Mitte der siebziger Jahre war es eine Spirale aus Abwertung und Inflation und zuletzt der Staatsbankrott 2001. Seit der sprunghaften Abwertung des Peso im Januar 2014 wächst die Angst vor der nächsten Krise. Die Hauptursachen sind in jeder Krise dieselben: aus dem Ruder laufende Staatsfinanzen. Die Regierung Kirchner, Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner und ihr 2010 verstorbener Ehemann und Amtsvorgänger Néstor, war lange Zeit der Ansicht, ohne Kredite auskommen zu können; auch da Argentinien 13 Jahre nach dem Staatsbankrott noch immer keinen Zugang zu neuen Krediten hat. Die Konflikte mit alten GläubigerInnen sind ungeklärt und zu viel Vertrauen wurde zerstört mit gefälschten Wirtschaftsdaten und Eingriffen der Regierung in die Märkte. Der Rohstoffboom, der nach Argentinien Pleite 2002 ein-

setzte führte bis 2008 zu einem Überschuss im Staatshaushalt. Doch Argentinien übertrieb die Ausgabenfreude: Die Staatsausgaben am BIP wuchsen in zehn Jahren von 25% auf 40%, die Zahl der Staatsbediensteten stieg um 46% und großzügige Subventionen wurden verteilt. Als die Einnahmen nicht mehr ausreichten wurden Auslandsschulden aus den Devisenreserven bezahlt, die Notenpresse finanzierte das Defizit (vgl. Moses, 2014a). Die dadurch entstandene Inflation schwankt seit Jahren zwischen 20% und 40% (vgl. Moses, 2014a; Fink, 2014a). Sparmaßnahmen bezeichnet Fernández de Kirchner als neoliberales Teufelszeug. Doch ohne eine Sanierung der Staatsfinanzen wird die Krisenspirale nicht zu stoppen sein (vgl. Moses, 2014a). *Fin de ciclo* nennen die ArgentinierInnen das Ende einer Epoche nach Illusionen und Enttäuschungen (vgl. Fink, 2014a): Der Konsum bricht durch den Preisanstieg bei Lebensmitteln und den Rückgang bei Löhnen ein, Arbeitsplätze sind gefährdet, die Wirtschaft steckt in einer Rezession. 2015 benötigt Argentinien 10 Milliarden US-Dollar gesondert für den Schuldendienst, deshalb würde sich die Regierung gerne international Geld leihen. Doch Anfang Juni 2014 erhielt Argentinien von der nordamerikanischen Justiz ein Ultimatum, seine Altschulden an zwei Hedgefonds zurückzuzahlen. Argentinien fürchtet nun eine Klagewelle weiterer GläubigerInnen (vgl. Fink, 2014a).

Als dritter Fall soll hier Chile angeführt werden. Das Hauptaugenmerk der vorliegenden Arbeit liegt auf den oben genannten Staaten, doch ein dritter Fall dient dazu, die Untersuchungsergebnisse zu stützen. Chile wurde deshalb gewählt, weil es wie Argentinien ein vielversprechender Schwellenstaat ist, der sich jedoch oft „selbst ein Bein stellt“, bezüglich der Durchführung notwendiger Entwicklungsmaßnahmen.

Chiles Wirtschaft wird vom Kupferbergbau getragen. Das Metall gilt seit den 60er Jahren als Wachstumsmotor. 2012 produzierte das Land ein Drittel der Weltproduktion, die Hälfte der Exporteinnahmen kamen aus dem Kupfergeschäft. Zu verdanken ist das robuste Wachstum und der dadurch gestiegene Wohlstand den hohen Kupferpreisen und der Nachfrage aus Asien (vgl. Brühwiller, 2014). Chile liegt auf Platz 38 der größten Volkswirtschaften der Welt, gemessen am BIP (vgl. The World Bank Group, 2014), ist jedoch, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen das reichste Land Lateinamerikas (vgl. Auswärtiges Amt, 2014). 2014 liegt das geschätzte Wirtschaftswachstum bei 3,6%, ein leichter Einbruch nach einem jährlichen fünfprozentigen Wachstum 2011 bis 2013 (5,7%, 5,5%, 4,2%). Das erzielte Handelsbilanzdefizit betrug 2013 2,2 Milliarden US-Dollar, ein Rückgang zum Jahr 2012 mit einem Defizit von 1,2 Milliarden US-Dollar und zum Jahr 2011

mit einem Überschuss von 6,3 Milliarden US-Dollar (vgl. Deutsche Auslandshandelskammern, 2014c).

Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet schlägt seit ihrem (erneuten) Amtsantritt¹ im März 2014 einen Weg der Veränderungen ein: Sie will das Steuer-, das Wahl- [ein Erbe der Pinochet-Diktatur (1973-1990)] und das Schulsystem reformieren und eine verbesserte Energiepolitik soll Chiles chronischen Mangel an billigem Treibstoff abhelfen. Bachelet will die neoliberalen diktatorischen Mechanismen ausräumen, auch wenn diese der chilenischen Wirtschaft jedes Jahr ein Wachstum von circa 5% ermöglichen, die Armutsrate verringern, ausländische Investitionen anziehen und die Inflationsrate unter Kontrolle halten (vgl. The Economist, 2014). Auf kritische Stimmen, die den Neoliberalismus beibehalten wollen, erwidert die Präsidentin:

„We’re still committed to public-private partnerships and the free market, we’re still open to foreign investment and free-trade agreements. None of that is going to change. But [...] the student protests of 2011 laid bare discontent with a model that has brought prosperity but done little for inequality“ (The Economist, 2014).

Ehemalige Entwicklungsländer, die BRICS-Staaten, haben den Absprung geschafft und zählen zu den aufstrebenden Volkswirtschaften. Warum hat es Brasilien zu einem BRICS-Staat geschafft, ein Staat, der außer einer anderen Kolonialmacht keine wesentlichen Unterschiede in den Voraussetzungen zu anderen lateinamerikanischen Ländern hat: ein Rohstofflieferant mit großem landwirtschaftlichen Potential. Argentinien und Chile zählen ebenfalls zu den Schwellenländern, laut dem von den Vereinten Nationen erhobenen Human Development Index², bereits zu den „sehr hoch entwickelten Staaten“, wohingegen Brasilien nur zu den „hoch entwickelten Staaten“ zählt (vgl. United Nations Development Programme, 2014, S.160f.).

Die lateinamerikanischen Länder entfalteten sich aus den gleichen Voraussetzungen: Sie wurden aus dem Kolonialismus entlassen, erlebten einen Wohlstand während der ISI, mussten Militärdiktaturen überwinden und konnten in den 80er Jahren eine Demokratisierungswelle einläuten. Sie hatten mit Aufständen zu kämpfen (zum Beispiel die *empresas*

1 Michelle Bachelet war von 2006 bis 2010 und seit 2014 die Präsidentin Chiles. Nach der chilenischen Verfassung ist eine unmittelbare Wiederwahl nicht möglich.

2 Der Human Development Index berechnet sich aus der Lebenserwartung, der Schulbesuchsdauer und dem Lebensstandard, gemessen am BNE pro Kopf (vgl. United Nations Development Programme, 2010, S.13). Der Index nimmt Werte zwischen 0 und 1 an. Unterteilt werden Länder mit sehr hoher menschlicher Entwicklung, mit hoher menschlicher Entwicklung, mit mittlerer menschlicher Entwicklung und mit geringer menschlicher Entwicklung (vgl. United Nations Development Programme, 2014, S.160ff.).

recuperadas in Argentinien oder die Privatisierung des brasilianischen Ölkonzerns *Petrobras*), als private Unternehmen im Zuge des Neoliberalismus grundlegende Versorgungssysteme übernahmen, eine Auflage der internationalen Finanzinstitutionen, damit die krisengebeutelten Staaten weiterhin Kredite erhielten. Neue progressive Regierungen (wie Kirchner und Fernández de Kirchner in Argentinien und da Silva und Rousseff in Brasilien) hatten und haben es sich zur Aufgabe gemacht, alte Abhängigkeiten zu beenden.

1.2 Forschungsfrage und Hypothesen

Mit diesem Erkenntnisinteresse stellt sich folgende Forschungsfrage:

Warum erlebt(e) Brasilien einen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung, während andere vielversprechende lateinamerikanische Staaten wie Argentinien und Chile nicht folgen konnten und können?

Die folgenden Hypothesen sind die Prognosen für ein Ergebnis der hier bearbeiteten Untersuchung der Forschungsfrage. Es ergibt sich aus der Forschungsfrage, dass die Hypothesen in Bezug gesetzt sind zu Argentinien und Chile.

Hypothese 1:

Brasilien profitierte von der ISI während der Weltwirtschaftskrise und hatte seitdem immer Elemente der ISI in seiner Wirtschaftspolitik.

Hypothese 2:

Die Demokratisierung konnte in Brasilien ohne weiteren Militäreinfluss umgesetzt werden.

Hypothese 3:

Brasilien profitierte vom Neoliberalismus und hatte seitdem immer neoliberale Elemente in seiner Wirtschaftspolitik.

Hypothese 4:

Progressive Regierungen in Brasilien wandten sich nicht komplett von der neoliberalen Phase ab und vollführten nur einen teilweisen Wandel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Hypothese 5:

Brasilien konnte sich aus seiner Abhängigkeit von externen AkteurInnen lösen.

1.3 Methode der Untersuchung

Die Methode der Untersuchung wird die Vergleichende Analyse sein, ein schematischer Vergleich von Untersuchungseinheiten mit dem Ziel, die gebildeten Hypothesen zu überprüfen. Die Etappen des Aufstiegs Brasiliens, als die Führungsmacht in Südamerika werden verglichen mit den Etappen des Abstiegs, beziehungsweise der Stagnation Argentinien und Chiles.

Zur Bearbeitung wird ein qualitativer hermeneutischer Forschungsansatz gewählt. Die benötigten Daten werden auf dem Wege einer Dokumentenanalyse gewonnen. Als Datenbasis gelten die wissenschaftlichen Inhalte diverser Primär- und Sekundärquellen, die präsentiert, analysiert und diskutiert werden. Zu den verwendeten Primär- und Sekundärquellen zählen die Ergebnisse von ForscherInnen in Bezug auf den Aufstieg Brasiliens und den Zerfall Argentinien, des Weiteren setzt sich die Literatur zusammen aus einer Reihe von Beiträgen in Büchern und wissenschaftlichen Journals, aus Zeitungsartikeln sowie aus Internetquellen vertrauenswürdiger Institutionen, schließlich werden auch die Reden vor der UNGA bezüglich der Position Brasiliens analysiert.

Durch diese Vorgehensweise wird versucht, einen Schritt weiter zu gehen und jenseits von rein deskriptiver Auseinandersetzung mit der Thematik eine systematische Bearbeitung und umfassende Analyse der Lage zur Verfügung zu stellen.

1.4 Aufbau der Arbeit

Die Masterarbeit beginnt mit dem Forschungsstand bezüglich der wirtschaftlichen Situation in Argentinien, Brasilien und Chile in jüngerer Zeit. Es werden die Erklärungsansätze anderer ForscherInnen in Bezug auf die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung erläutert. Die daraus folgende theoretische und praktische Relevanz der in der vorliegenden Masterarbeit behandelnden Thematik wird im anschließenden Kapitel begründet, da sich aus dem aktuellen Forschungsstand viele Fragen ergeben. Der theoretische Rahmen der Dependenz und der Interdependenz, des Konstruktivismus und des Neo-Gramscianismus wird vorgestellt, mit dessen Hilfe die unterschiedlichen Vergangenheits- und Gegenwartspfade der Staaten analysiert werden soll.

Der Hauptteil der Masterarbeit beginnt mit einem geschichtlichen Abriss Lateinamerikas. Hier wird insbesondere eingegangen auf die Wandlung von Entwicklungsländern hin zu *newly industrializing countries* und das Phänomen der BRICS-Staaten erklärt, da der brasilianische BRICS-Status als einer der Indikatoren für Brasiliens Erfolg gilt. Anschließend

werden die Transformationen Lateinamerikas untersucht, da die Hypothesen genau hier ansetzen und davon ausgehen, dass in den vergangenen Wirtschaftspraktiken der Schlüssel liegt zum Erfolg Brasiliens im Gegensatz zu Argentinien und Chiles krisengebeutelter Wirtschaftspolitik: Einige Staaten konnten während der ISI Erfolg verbuchen. Es wird analysiert, wie dieser Erfolg entstand und warum er nicht gehalten werden konnte, sondern von der neoliberalen Phase abgelöst werden musste. Als Vorbote der neoliberalen Phase wird die Demokratisierungswelle in den 80er Jahren untersucht, als Land nach Land seine Militärdiktaturen überwinden konnte. Es wird aufgezeigt, welche Rolle sowohl zivile, als auch externe AkteurInnen in der Demokratisierungswelle, als auch im Kampf für oder gegen die Methoden des Neoliberalismus spielten und anschließend ein erneuter Machtwechsel zu Gunsten der progressiven Regierungen eingeleitet werden konnte. Anschließend werden Lateinamerikas Chancen und Möglichkeiten im Postneoliberalismus aufgezeigt. Die abhängige Situation der Staaten von externen AkteurInnen im Neoliberalismus wird verglichen mit der neuen Rolle der Staaten: Konnten sie sich durch binnenorientierte und alternative Integrationskonzepte vom Abhängigkeitsverhältnis mit den externen AkteurInnen lösen?

Im letzten Kapitel werden die Hypothesen, die zu Beginn aufgeworfen wurden, zusammengeführt und eine Erklärung gegeben für die unterschiedliche (erfolgreiche) Entwicklung Brasiliens im Gegensatz zu Argentinien und Chile. Hier soll auch eine realistische Einschätzung für die Zukunft der Staaten gegeben werden.

2. Forschungsstand

2.1 Wirtschaftliche Situation in Argentinien, Brasilien und Chile

Im Folgenden wird die aktuelle wirtschaftliche Situation der ABC-Länder, Argentinien, Brasilien und Chile, in den letzten vier Jahren analysiert. Die gegenwärtige Vergangenheit wird auf die letzten vier Jahre eingegrenzt, da die spätere Vergangenheit im Verlauf der Arbeit behandelt wird. Es sind auch die Jahre, in denen positive Wirtschaftsentwicklungen zu stagnieren beginnen, wie die folgende Grafik am Beispiel Brasilien verdeutlicht.



Abb. 1: Brasilien: Wachstum des realen BIP von 2004 bis 2014 (gegenüber dem Vorjahr).
Quelle: Statista (2014): Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Brasilien 2014. Verfügbar unter <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14559/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-brasilien/> (24.07.2014).

2.1.1 Das neue Lateinamerika

Das alte Lateinamerika ist passé, sagte 2010 der amerikanische Politikwissenschaftler Riordan Roett: Die Schwellenländer auf dem lateinamerikanischen Kontinent haben an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen und tragen so zu einer multipolaren Weltordnung bei. Die Hauptabnehmerin lateinamerikanischer Rohstoffe ist die Volksrepublik China, Brasilien ist eine heranwachsende Wirtschaftsmacht geworden und verteidigt seine Interessen in den *global governance* Strukturen. Dabei schafft sich Brasilien eine südamerikanische Einflusszone und drängt dabei die nordamerikanische zurück.

Doch mit dem Wirtschaftswachstum entsteht auch ein globales Wohlstandsgefälle. Lateinamerika kämpft mit Problemen der Armut und der sozialen Ungleichheit. Die Suche nach erfolgreicher Entwicklung beinhaltet eine soziale Inklusion. Doch auch die progressiven Regierungen kommen dabei nur so weit voran, wie die Wirtschaftsentwicklung neue Verteilungsspielräume eröffnet. Nach dem Fiasko des neoliberalen *Washington Consensus* wurde das Zeitalter der progressiven Regierungen eingeläutet, die die soziale Teilhabe för-

dern wollen. Von einer Überwindung von Armut und Marginalisierung kann jedoch nicht gesprochen werden. Mit Ausnahme von Brasilien setzen alle Länder weiterhin auf Bodenschätze und Agrarprodukte. Ausbildung, Forschung und Innovation werden ausgeblendet, eine logische Folge davon ist Unterentwicklung (vgl. o.V., 2010, S.5ff.).

2.1.2 Argentinien

2.1.2.1 Erst Auf-, dann Abstieg dank Kirchners Wirtschaftspolitik

Am 27.10.2010 starb Néstor Kirchner. Seine Ehefrau, Cristina Fernández de Kirchner, hat seit 2007 das Präsidentinnenamt inne. Kirchners Präsidentschaft von 2003 bis 2007 wurde wohlwollend beurteilt, seine Ehefrau hingegen kämpft um das politische Überleben. 2001 schlitterte Argentinien in den Staatsbankrott. Kirchners Vorgänger, Eduardo Duhalde, stabilisierte das Land mit einem radikalen Sparprogramm, doch erst unter Kirchner erholte sich die Wirtschaft, allerdings auf Kosten der internationalen Kreditwürdigkeit: Kirchner beließ den Peso unterbewertet, um die heimische Industrie und damit die Exporte zu stärken (vgl. Wagner, 2010), Subventionen wurden mit hohen Steuern auf Agrarexporte finanziert. Mit diesem Modell wuchs Argentinien bis 2008 um jährlich 9% (vgl. Busch, 2010). 2005 setzte Kirchner den größten Forderungsverzicht durch, der jemals stattfand: GläubigerInnen verloren dabei die Hälfte des Wertes ihrer Anleihen. Ein Jahr später konnte das Land seine Schulden beim IWF tilgen, doch Altschulden belasteten Argentinien weiterhin. Der Schock der AnlegerInnen saß zu tief: So blieb Argentinien vom internationalen Kapitalmarkt ausgeschlossen (vgl. Wagner, 2010).

Argentinien, trotz gut ausgebildeter Arbeitskräfte und reich an Bodenschätzen, wurde von anderen Schwellenländern überholt: Die brasilianische Wirtschaft war 2010 sechsmal so groß wie die argentinische, Chiles Wirtschaft war dynamischer und stabiler, sogar Uruguay, das gerade einmal 6% der Landfläche Argentinien hat, produzierte mehr Fleisch und zog mehr AuslandsinvestorInnen an. Fernández de Kirchner läutete keinen Kurswechsel ein. Stattdessen legte sie höhere Zölle und Ausfuhrverbote für Agrarprodukte fest. Damit wollte sie die inländische Versorgung sichern und das Staatsbudget auffüllen. Doch die Beschränkungen führten dazu, dass der letzte wettbewerbsfähige Sektor, die Landwirtschaft, keine Investitionen mehr erhielt, nicht einmal mehr von den LandwirtInnen selbst.

Da aus dem Ausland kein Geld zu erwarten war, enteignete Fernández de Kirchner die privaten Pensionsfonds und überschrieb der Rentenversicherung deren Einlagen, die von ihr kontrolliert wurde (vgl. Busch, 2010). Dann griff Fernández de Kirchner in die Notenbank

ein und entließ den Notenbankgouverneur Martin Redrado, der sich ihr widersetzte, als sie die Devisenreserven zur Schuldentilgung nutzen wollte (vgl. Wagner, 2010; Endres, 2014). Im Frühsommer 2012 wurde der größte Erdölförderer Argentiniens, *Yacimientos Petrolíferos Fiscales*, der im Zuge des Neoliberalismus privatisiert wurde, renationalisiert: 51% des Unternehmens gehören nun wieder dem Staat, 6% behielt der spanische *Repsol*-Konzern, der zuvor 57% besaß. Fernández de Kirchner begründete die Enteignung damit, dass das Unternehmen zu wenig in den argentinischen Staat investierte und zu wenig Erdöl förderte. Doch die Verstaatlichung löste keine Probleme: Erst wenn sich die Energiepolitik ändert, kann mehr Öl gefördert werden. Hingegen war die Renationalisierung Teil von Fernández de Kirchners gefährlicher Wirtschaftspolitik: So wie Argentinien früher IWF-Kredite benötigte, ist es heute von Exporten abhängig. International wurde Argentinien für das Vorgehen kritisiert: Die Enteignung brach internationale Verträge, es wurden weder Kompromisse gesucht, noch Abkommen neu verhandelt. Dadurch verärgerte Argentinien InvestorInnen und verschlimmerte seine Isolation (vgl. Endres, 2012).

Im Folgenden ist der Index der Wirtschaftsfreiheit für Argentinien, Brasilien und Chile im Vergleich dargestellt. Der Index zeigt, welchen Freiheitsgrad ein Land im Wirtschaftsleben ermöglicht. Er setzt sich unter anderem zusammen aus Geschäfts-, Handels-, Investitions-, Korruptions- und Finanzfreiheit. Hohe Punktwerte signalisieren Wohlstand und langfristiges Wachstum. Je niedriger die Punktzahl, desto mehr interveniert der Staat in das Marktgeschehen und schränkt die ökonomische Freiheit ein (vgl. Franz, 2013, S.4).

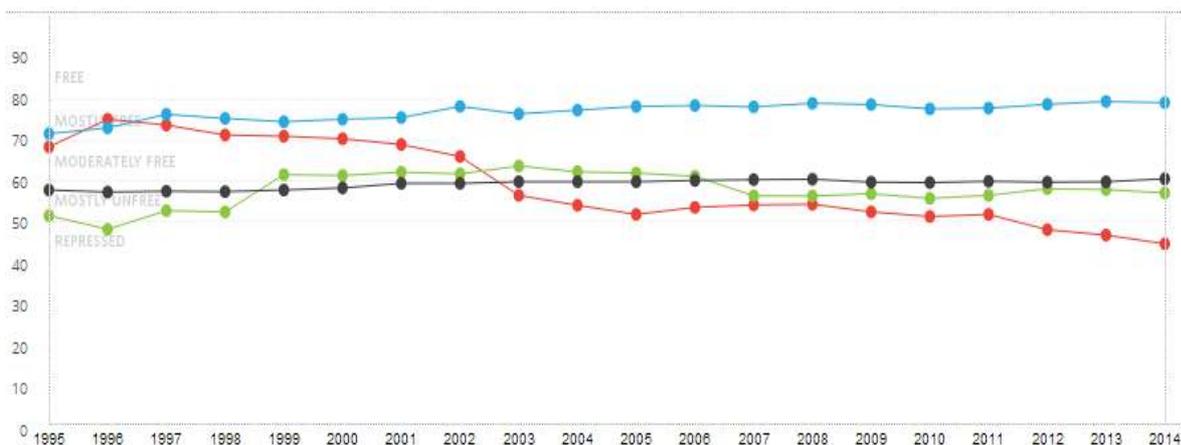


Abb. 2: Index of Economic Freedom: ● Argentina versus ● Brazil versus ● Chile (● World Average)

Quelle: Heritage Foundation (2014): 2014 Index of Economic Freedom. Argentina versus Brazil versus Chile. Verfügbar unter <http://www.heritage.org/index/visualize?countries=argentinachile&src=heatmap> (05.08.2014).

Der Index macht deutlich, dass sich die wirtschaftliche Situation in Argentinien seit der Phase des Neoliberalismus dramatisch verschlechtert hat. Hingegen kann Chile eine (fast) freie Marktwirtschaft vorweisen.

Im Bereich der Geschäftsfreiheit lag Argentinien 2013 auf Platz 124 von 185 untersuchten Wirtschaftsmärkten. Die schlechte Platzierung zeigt, dass die argentinische Regierung in das Geschäftsleben eingriff und dieses regulierte. Eine Überreglementierung schmälert die Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz, das Wachstum der Produktivität und verhindert Investitionen. Nicht-tarifäre Handelsbarrieren schränken die Handelsfreiheit ein via Import- und Exportsteuern und -gebühren, Imports substitutionen und benötigte beglaubigte Einfuhrerkklärungen (vgl. Franz, 2013, S.5f.).

In den letzten Jahren stiegen die Staatsausgaben signifikant an: Zum einen erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, seit 2003 um 45%: Ein Fünftel der ArgentinierInnen dienen dem Staat, das entsprach der Realität des Argentinien der 80er Jahre und endete 1989 mit der Hyperinflation. Zum anderen war die fehlgeschlagene Energiepolitik Grund für die steigenden Staatsausgaben. Trotz des Reichtums an natürlichen Ressourcen importierte Argentinien 84% seines Gas- und Erdölverbrauchs und ist aufgrund mangelnder Investitionen nicht imstande sich aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu lösen (vgl. Franz, 2013, S.8).

Staatsinterventionismus spielt in Argentinien eine große Rolle. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts scheint nicht zu überzeugen, wenn man davon ausgeht, dass soziale Entwicklung auf einer nachhaltigen Marktentwicklung und gesunden Wirtschaft beruht (vgl. Franz, 2013, S.10f). Der argentinische Staat lenkt das Marktgeschehen und erinnert an die DDR oder an die Planwirtschaft in den Satellitenstaaten der ehemaligen Sowjetunion. Brasilien und Chile zeigen dagegen erfolgreich, dass nicht alle lateinamerikanischen Staaten solche überholte Methoden anwenden (vgl. Franz, 2013, S.9).

2.1.2.2 Argentinien's achte Staatspleite

Der Schuldenschnitt von 2005 löste 2014 Argentinien's achten Staatsbankrott aus. Damals stimmten 7% der GläubigerInnen der Umschuldung nicht zu. Die Devise der argentinischen Regierung lautete bisher: Wer dem Schuldenschnitt nicht zustimmt, bekommt überhaupt nichts (vgl. Fischermann, 2014). Nun verklagen seit Jahren zwei nordamerikanische Hedgefonds, *NML Capital* und *Aurelius*, Argentinien auf 1,3 Milliarden US-Dollar plus Zinsen. Nach der Staatspleite von 2001/2002 kauften sie die Fonds unter deren Wert, sie

spekulierten, dass das Land irgendwann seine Schulden in voller Höhe zurückzahlen müsste (vgl. Endres, 2014). Der Rechtsstreit entzündet sich nun an der

„Entscheidung [...] aus dem Jahr 2012, dass Argentinien seine neuen Anleihegläubiger [sic!] nicht mit Zinszahlungen befriedigen darf, ohne auch die Forderungen der Altgläubiger [sic!] zu bedienen, die sich der Umschuldung nach der vergangenen Staatspleite widersetzt hatten“ (Hong, 2014).

Argentinien darf also keine anderen GläubigerInnen auszahlen, solange es nicht die Altschulden bei den Hedgefonds beglichen hat (vgl. Zeit Online, 2014b). Die Frist zur Begleichung von Zinszahlungen an die InhaberInnen neuer Staatsanleihen lief am 31.07.2014 ab (Hong, 2014). Zuvor waren Verhandlungen Argentiniens mit den nordamerikanischen Finanzkonzernen gescheitert (vgl. Fink, 2014b). Darauf stufte am 01. August 2014 die zweite Ratingagentur nach *Standard & Poor's*, *Fitch*, Argentinien als „eingeschränkten (bzw. teilweisen) Zahlungsausfall“ ein, mit der Begründung der Nichtbegleichung von Zinsen von Schuldtitel (vgl. Zeit Online, 2014b).

Wegen des ungelösten Streits hat Argentinien keinen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt. Devisen werden jedoch benötigt, um die Erdöl- und Gasreserven zu aktivieren und für Investitionen in die Industrieproduktion. Denn die chinesische Nachfrage nach Agrarprodukten stagniert, die Rohstoffpreise und der Kurs des Peso fallen, die Wirtschaftsleistung schrumpft. Argentinien befindet sich in einer Rezession. 2013 lag die Inflationsrate bei 25%, 2014 wird sie auf 40% geschätzt. Damit nicht noch mehr US-Dollar abfließen, begrenzt die Regierung die Einkäufe von KonsumentInnen im Ausland und reguliert den Wechselkurs des Peso. Diese Währungskontrollen, Importbeschränkungen und die Inflation legten den Konsum lahm (vgl. Endres, 2014).

Zudem muss sich Argentinien auf weitere Klagen gefasst machen: die von anderen *Holdouts*³ und die von BesitzerInnen umgeschuldeter Anleihen, wenn sie ihre Tranchen nicht rechtzeitig erhalten (vgl. Fink, 2014b). Argentinien hält jedoch bisher an dem Rückzahlungsplan seiner Schulden an staatliche GläubigerInnen fest (vgl. Handelsblatt, 2014).

2.1.3 Brasilien

2.1.3.1 Nationale Entwicklung, regionale Hegemonie und globale Neugestaltung

„Brazil takes off“, wie es *The Economist* im November 2009 auf seinem Titelblatt postulierte und per Fotomontage Cristo Redentor wie eine Rakete vom Corcovado-Berg abheben ließ (vgl. *The Economist*, 2009). Bereits seit Jahren trug Brasilien den vielversprechenden

3 Holdouts sind AltgläubigerInnen, die einer Umschuldung nicht zustimmten.

Titel einer *rising power*, 2010 schien das Jahr zu sein, diesen Anspruch auch einzulösen: Eine stabile ökonomische Entwicklung, auch in Krisenzeiten, sozialpolitische Erfolge und die Entwicklung hin zu einer Energiemacht sprachen dafür. Der Staat rückte Eigeninteressen in den Vordergrund und vertrat sich selbstbewusster in internationalen Organisationen und Foren. Brasilien baute die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu anderen Schwellenländern aus und hatte dabei eine neue Handels- und Finanzgeographie im Blickfeld. Anders als seine BRICS-MitstreiterInnen konnte Brasilien bereits vor 40 Jahren Wachstumsraten auf chinesischem Niveau von 2010 verzeichnen und war damals OECD-Mitglieder hinsichtlich Pro-Kopf-Einkommen, Urbanisierungsgrad, Steuerniveau und öffentlichen Ausgaben ähnlicher als andere BRICS-Staaten, die noch augenscheinlichere Strukturen eines Entwicklungslandes aufwiesen (vgl. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.21f.). Der Grund für Brasiliens Erfolg lag in seinem makroökonomischen Fundament: alle Schulden getilgt, fungierte es nun selbst als Gläubigerland; 2010 hatte Brasilien weltweit den siebtgrößten Devisenbestand. Auf Basis dieses Fundaments wuchs das BIP von 2003 bis 2008 um jährlich 5%; Grund dafür war der diversifizierte Außenhandel: die Preise für Rohstoffe waren hoch, aus China wurden diese stetig nachgefragt, so konnte sich Brasilien zu einem wichtigen Exportland entwickeln und erreichte eine gute Weltmarktposition bei verarbeiteten Produkten. Zudem steigerte sich Brasilien zu einem wichtigen Investor in der Region und in Entwicklungsländer (vgl. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.23f.). Vor allem die Süd-Süd-Aktivitäten wurden unter Lula da Silva zu einer außenpolitischen Grundstrategie: Die Politik- und Geschichtswissenschaftlerin Britta Joerissen und der Politologe Jochen Steinhilber schreiben es Brasilien zu, dass Schwellenländer heute nicht mehr nur in der Handelsgeographie, sondern auch auf dem politischen Teppich erscheinen, wie IBSA und BRIC(S) demonstrieren. Dabei sollten diese Vereinigungen die Verhandlungsmacht der Staaten stärken, ihnen eine Position in den neuen G20 zuschreiben und grundsätzlich Kooperationsbereiche wie Transport, Energiesicherheit oder Technologiepartnerschaften stärken (vgl. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.28). Um seine globalen Ambitionen zu erreichen, seine Hegemonie in der Region zu entfalten und die der USA einzudämmen benötigte Brasilien die UNASUR als strategisches Machtinstrument. Deswegen bemühte sich Brasilien um Kooperationen zu anderen lateinamerikanischen Ländern. Dabei stand Argentinien den Initiativen Brasiliens immer skeptisch gegenüber. So war es ein geschickter Schachzug, Kirchner 2010 zum Generalsekretär von UNASUR zu wählen. Brasilien konnte so den Widersacher, der sowohl politisch als auch ökonomisch hinter Brasilien zurückgefallen ist,

besser einbinden (vgl. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.32f.).

Ein legitimer Vertreter Südamerikas ist Brasilien jedoch nie geworden. Sollte Brasilien dies werden, würde der Staat endlich auch von den USA als strategischer Partner akzeptiert werden (vgl. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.34): „[D]er Weg zu größerem globalen Einfluss Brasiliens wird [...] über die USA führen“ (Joerissen/Steinhilber, 2010, S.35). Die nord-amerikanisch-brasilianischen Beziehungen werden sich an den Themen Handelspolitik, Energie und politische Kooperation in Lateinamerika entscheiden. Bezüglich der Handelspolitik schwelen immer wieder Konflikte zwischen den Staaten auf: Die USA sind eine wichtige Abnehmerin brasilianischer Rohstoffe und Fertiggüter. Anders als andere Länder Lateinamerikas ist Brasilien jedoch nicht in ein von den USA geführtes System von Handelspräferenzen eingebunden; bilaterale Handelskonflikte und Auseinandersetzungen über die Handelspolitik behindern die Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen. Die USA erhebt auf brasilianische Exportprodukte Schutzzölle, subventioniert ihre eigene Produktion jedoch sehr stark oder unternimmt Antidumpingmaßnahmen, doch leidet sie unter hohen Zöllen für Industriegüter und unter dem Programm für Außenzölle des MERCOSUR. Die bilateralen Handelsbeziehungen sollten sich in Zukunft beruhigen, da die USA ihre Abhängigkeit vom Öl aus dem Nahen Osten reduzieren will und Brasilien die Alternative bietet: als größter Exporteur von Ethanol und als zukünftig bedeutender Erdöllieferant. Die USA könnte so Öl aus einem geographisch nahen Land erhalten, die Transportrouten wären sicher und das politische System stabil. Brasilien begann jedoch damit, seine eigenen Energieinfrastrukturprojekte unter dem Dach der UNASUR auf dem Weg zu bringen (vgl. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.35f.).

Brasilien blickt in seiner Außenpolitik auf China. Das Land hatte es chinesischem Rohstoffhunger zu verdanken, dass die Preise auf dem Weltmarkt anstiegen. So bekam die brasilianische Regierung einen finanziellen Spielraum und nutzte diesen für Sozialprogramme und eine wirtschaftsfreundliche Politik (vgl. Ladurner, 2011a). Damit schaffte es Brasilien, selbstständig einen erfolgreichen Weg in der Armutsbekämpfung zu gehen. Die Politik wurde nationalistischer und sozialdemokratischer, eine gerechte Verteilung von Wohlstand wurde international und national angestrebt; international mit dem Zusammenschluss der G20, national mit Sozialprogrammen wie *Fome Zero*⁴ und *Bolsa Família*⁵, die dem Abbau sozialer Ungleichheiten dienen. Die Ausbeutung des natürlichen Reichtums des Landes spülten Milliarden in die eigene Entwicklungsbank, 2010 verfügte die BNDES über dop-

4 Deutsche Übersetzung: Null Hunger

5 Deutsche Übersetzung: Finanzielle Unterstützung für Familien

pelt so viel Geld wie die Weltbank weltweit an Entwicklungshilfe auszahlte (vgl. Zeit Online, 2012).

Der Ritterschlag, zu einem BRICS-Mitglied berufen worden zu sein, verhalf Brasilien dabei, als kommende Großmacht wahrgenommen zu werden. So unterschiedlich die Mitglieder sind, die brasilianische Strategie, sich an einen Tisch zu setzen, bewährte sich. Doch Brasilien muss seine neue Rolle als *global player* ausfüllen: Bedeutsam sind die Bereiche Klimawandel, Rohstoffe und Energiesicherheit. Fraglich ist nur, ob die BrasilianerInnen auch in anderen Bereichen stärker auftreten oder sich weiter in Zurückhaltung üben sollen. Bisher vertrat Brasilien den Weg der Nichteinmischung, wenn es um Sanktionen und Interventionen bei internationalen Konflikten ging. Der chinesische Weg, dem Brasilien nacheifern könnte, ist Zurückhaltung üben und sich auf sein eigenes Wachstum zu konzentrieren, um in der Hülle des bestehenden Systems so weit zu wachsen, dass sich die Hülle anpassen muss (vgl. Ladurner, 2011a).

Brasilien konnte sich aus seinem Abhängigkeitsverhältnis von Industriestaaten lösen. Anders als diese verzeichnete Brasilien ein kräftiges Wirtschaftswachstum, auch, da Geschäfte direkt mit anderen Schwellen- und Entwicklungsländern abgewickelt wurden: 25% des Welthandels fanden 2011 zwischen Entwicklungsländern statt. Schwellenländer trugen 2011 und 2012 mehr als drei Viertel zum Wachstum der Weltwirtschaft bei. Beim Weltwirtschaftsabschwung 2009 und 2010 waren es die Schwellenländer, die den Rest der Welt retten: Indem sie Produkte nachfragten, die anderswo nicht mehr leistbar waren. Doch bei einem erneuten Abschwung können die ehemaligen RetterInnen nichts mehr ausrichten; man hat sich bei der Weltwirtschaftsrettung 2010 übernommen. Dazu kommt, dass die Inflation zurückkehrt, 2011 betrug sie in Brasilien bereits 5,6%. Der Grund: die aufstrebenden Volkswirtschaften sind heiß gelaufen (vgl. Fischermann, 2011). Deswegen „bemühen sich die Zentralbanken und die Regierungen, das Wachstum samt Inflation wieder durch höhere Zinsen oder sonstige Wirtschaftsbremsen einzudämmen“ (Fischermann, 2011).

Trotz Rückschlägen stieg Brasilien Ende 2011 zur sechstgrößten Volkswirtschaft der Welt auf. Brasiliens Aufstieg war Teil einer globalen Kehrtwende: Ein Wirtschaftstrend verläuft nicht nur von West nach Ost, sondern betrifft auch Länder, die grundlegende Güter wie Energie und Nahrungsmittel produzieren (vgl. Zeit Online, 2011a).

2.1.3.2 Importierte Inflation, Unzufriedenheit und Demonstrationen

Brasiliens Aufstieg dauerte nicht an. 2013 lag die Inflationsrate bei 6,4%. Die brasilianische Notenbank ordnete lange Zeit einen hohen Zinssatz an (2013 betrug dieser 8,5%. Zum Vergleich: Die Europäische Zentralbank legte einen Zinssatz von 0,5% fest). Die Zinsen wurden hochgehalten, um der Inflation vorzubeugen; doch lockten die hohen Zinsen Kapital aus aller Welt an: Der Real wurde damit aufgewertet. Ein aufgewerteter Real erschwert den Export, hohe Zinsen bremsen die Wirtschaft zusätzlich aus. Billige Importe strömten in das Land und schädigten die heimischen ProduzentInnen, lösten aber einen Kaufrausch bei den KonsumentInnen aus. Einst als Stabilitätspolitik gedacht, brachte der hohe Zinssatz die Wirtschaft in Unordnung. Aufgrund des geplatzten Traums vom schnellen Wirtschaftswachstum und der bereits abziehenden FinanzinvestorInnen fiel die brasilianische Währung. Weil viele Produkte importiert wurden, stiegen ihre Preise in Real rapide an, die importierte Inflation nahm an Fahrt auf (vgl. Fischermann, 2013a).

Mitte Juni 2013 begannen die wochenlangen Massendemonstrationen gegen die brasilianische Regierung. Ursprünglich forderten die DemonstrantInnen die Rücknahme der Erhöhung von Ticketpreisen des öffentlichen Nahverkehrs. Bald wandte sich der Protest jedoch aus auf Korruption, hohe Inflation und Steuern, schlechte Infrastruktur, das mangelhafte Bildungs- und Gesundheitssystem, steigende Kriminalität und soziale Ungleichheit. Nach einem langen wirtschaftlichen Aufstieg Brasiliens wuchs die Unzufriedenheit und die Angst der BrasilianerInnen, weil die Wirtschaft nicht mehr so schnell wuchs wie gewohnt, die Preise jedoch merklich anstiegen (vgl. Zeit Online, 2013). Im gesamten Jahr 2013 wurde das erwartete Wachstum des BIP immer wieder nach unten korrigiert und betrug gegen Ende noch 2,3% (vgl. Deutsche Auslandshandelskammern, 2014b). Der brasilianische Ökonom Marcos Troyjo nannte als Grund für die enttäuschende Entwicklung den Rückgang der Rohstoffpreise wegen der schwächeren Nachfrage aus China und machte damit deutlich, dass Brasilien noch immer zu abhängig ist von seinen Rohstoffen. Dem entgegenwirken könnte eine funktionierende Industrie. Doch die brasilianischen Industrieprodukte sind im Ausland nicht wettbewerbsfähig, wegen dem starken Real, den hohen Produktionskosten, der schlechten Infrastruktur, dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und der hohen Steuerlast. Steuersenkungen und die Ausweitung öffentlicher Kredite, sowie die Zollerhöhung für ausländische Waren, um die heimische Industrie zu schützen, sollen die Wettbewerbsfähigkeit ankurbeln. Doch die eigentliche Lösung, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, ist Bildung. Auch dafür protestierten die BrasilianerInnen auf den Straßen

(vgl. Weingartner, 2013). Die Stagnation innerhalb der Wirtschaft sieht auch das französische Kreditversicherungsunternehmen *Coface*:

„Brasilien hat die vergangene dynamische Konjunktur nicht genutzt, um Reformen zur Modernisierung der Infrastruktur und zur Verbesserung des Geschäftsumfeldes umzusetzen. Trotz seines Potentials durch die Marktgröße, ist die Leistungsfähigkeit des Marktes schwach. Die lokalen Unternehmen leiden unter [...] hohen Löhne[n], Transport- und Energiekosten. Zusätzlich ist der Wettbewerb mit importierten Gütern eine Herausforderung“ (Coface, 2014).

Nach der Fußballweltmeisterschaft 2014 zog man Parallelen zwischen der Leistung der brasilianischen Fußballnationalmannschaft und der brasilianischen Wirtschaft: Versprechungen wurden nicht gehalten und es wird gegen den Abstieg gekämpft (vgl. Moses, 2014b). Ein Modell läuft auf Grund, doch es herrscht eine vorsichtige Zuversicht, dass sich Brasilien auf einem stabilen Niveau einpendeln wird (vgl. Coface, 2014).

2.1.4 Chile

2.1.4.1 Proteste unter Sebastián Piñera

Bereits seit 2011 demonstrierten in Chile SchülerInnen, LehrerInnen und Studierende gegen das privatisierte Bildungssystem, denn die sozioökonomische Trennung an chilenischen Bildungseinrichtungen ist hoch. Die DemonstrantInnen forderten eine höhere finanzielle Beteiligung des Staates und eine bessere Ausstattung der staatlichen Einrichtungen (vgl. Zeit Online, 2011b). Der ehemalige Staatspräsident von 2010 bis 2014, Sebastián Piñera, lehnte die Forderungen ab mit der Begründung, „dass nichts im Leben umsonst ist, jemand muss dafür zahlen“ (Zeit Online, 2011b). Drei von vier ChilenInnen unterstützten die Protestbewegung; die Zustimmung zur konservativen Regierung Piñeras sank auf einen Tiefstand von 23% (vgl. Peters, 2012). Bildung ist eine wichtige Ressource in einem Schwellenland wie Chile. In den vergangenen Jahren bildete sich eine Mittelschicht heraus, die begann, Erwartungen und Ansprüche an die Regierung zu stellen: Ihre Kinder sollten studieren können, ohne dass sie sich verschulden müssen und Möglichkeiten und Chancen sollten vom Staat gegeben werden (vgl. Ladurner, 2011b).

Das Hochschulsystem ist ein Relikt aus der Zeit des Neoliberalismus, der in der Diktatur Pinochets umgesetzt wurde, als nach der Maxime der *Chicago Boys* Privatisierungen und Deregulierungen, konsequenter als in anderen lateinamerikanischen Staaten, durchgeführt wurden (vgl. Peters, 2012; Ladurner, 2011b; Straßner, 2014). Der Kurs Pinochets, als Gegenmodell zur sozialistisch-staatswirtschaftlichen Politik der Regierung Salvador Allendes (1970-1973), wurde bis heute beibehalten, jedoch um die notwendigen sozialpolitischen

Aspekte ergänzt. Von der Privatisierungswelle ausgenommen blieb der Kupferbergbau, der auch heute noch in Staatsbesitz ist. Dank diesem erlebt Chiles Wirtschaft seit Jahren ein stetiges Wachstum. Die Hälfte des Exportaufkommens stammt aus dem Bergbau, obwohl sich die Regierung bemüht, die Wirtschaft zu diversifizieren. Noch ist Chile deswegen abhängig von der Nachfrage nach Ressourcen und der Entwicklung der Preise auf dem Weltmarkt (vgl. Straßner, 2014).

Ebenfalls in Piñeras Regierungszeit fiel das Megaprojekt *Hidroaysén*, der geplante Bau von fünf Staudämmen in Patagonien: In einem Naturschutzgebiet sollten zwei Flüsse gestaut werden, um ihre Energie zur Stromerzeugung nutzen zu können. Denn Chile benötigt mehr Energie, damit die Wirtschaft weiter wachsen kann. Doch die chilenische Regierung war bisher passiv hinsichtlich der Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, die Handlungsmaxime des Staates lautete, den Firmen freie Hand zu lassen: Die chilenische Regierung intervenierte nicht in den Markt (vgl. Endres, 2011). Im Juni 2014 wurde das Projekt von einer Kommission aus MinisterInnen für Landwirtschaft, Bergbau, Wirtschaft, Energie und Gesundheit, aufgrund der anhaltenden Proteste der Bevölkerung, gestoppt (vgl. Zeit Online, 2014c).

2.1.4.2 Reformen unter Michelle Bachelet

Dieser Stopp fiel in die Regierungszeit der seit 2014 amtierenden Präsidentin Michelle Bachelet. In ihrem Wahlprogramm gelobte sie, folgende Punkte umzusetzen:

„Verbesserungen im Bildungssystem, in der Alterssicherung, im Verbraucherschutz [...]; zur Finanzierung sollen Unternehmen [...] höher besteuert werden. [...] Verfassungsänderungen sollen all dies ermöglichen und außerdem in einigen Fragen mehr direkte Bürgerbeteiligung zulassen“ (Fischermann, 2013b).

In Chile setzt jedoch die Verfassung von 1981, noch von der Militärjunta erlassen, die Grenzen der Politik. Diese Verfassung begünstigt ein marktliberales Wirtschaftssystem. Doch jenes braucht dringend Reformen. Die Wirtschaft wuchs zwar jährlich um circa 5%, jedoch auf der Grundlage des Exportes von Mineralien und Rohstoffen und schuf keine Arbeitsplätze. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in Chile weit geöffnet. PensionistInnen erhalten nicht genug Rente, das privatisierte Bildungssystem ist gescheitert: SchülerInnen und Studierende müssen hohe Schul- und Universitätsgebühren zahlen, erhalten jedoch nur eine mangelhafte Qualität. Die Freiheit für UnternehmerInnen hat keine marktwirtschaftlichen Wunder entstehen lassen, sondern Kartelle (vgl. Fischermann, 2013b).

Daher stehen an oberster Stelle auf Bachelets Reformagenda das Steuer-, sowie das Bil-

dungssystem. Ziel ist es, Gleichheit und sozialen Ausgleich zu erreichen. Änderungen im Steuersystem sollen zu Steuergerechtigkeit und höheren Staatseinnahmen durch höhere Steuersätze für Unternehmen verhelfen, Steuerhinterziehung effektiver bekämpfen und die Reform des Bildungssystems finanzieren. Dazu wird die Unternehmenssteuer in den nächsten Jahren schrittweise erhöht und der FUT, der noch aus der Zeit der Militärjunta stammt, ersatzlos gestrichen. Dieses Instrument verhalf zur Steuerflucht, indem es UnternehmerInnen ermöglichte, die Abgabe von Gewinnsteuern aufzuschieben, vorausgesetzt, die Gewinne wurden reinvestiert. Damit leistete der FUT zwar einen Beitrag zum chilenischen Wachstum, doch hielt dem Fiskus auch Steuereinnahmen vor, so der Ökonom Gonzalo Durán. Mit der Steuerreform wird ein jährliches Plus von 8 Milliarden US-Dollar erwartet, umgerechnet 2,5% des BIP. Weitere 0,5% des BIP können durch die Unterbindung der Steuerflucht eingefahren werden. KritikerInnen bezweifeln jedoch, dass die Steuerreform zu mehr Gleichheit beitragen wird. Stattdessen befürchten sie negative Konsequenzen für Klein- und Mittelbetriebe und einen Attraktivitätsverlust für Chile als Wirtschaftsstandort (vgl. Neue Züricher Zeitung, 2014).

Mit dem Wirtschaftswachstum wächst auch der Energiebedarf. In diesem Sektor verbreitet sich langsam ein Verständnis für die Wichtigkeit alternativer Energien, denn Chile ist abhängig von fossilen Energieimporten, obwohl das Land reich ist an alternativen Energiemöglichkeiten, die sich für eine dezentrale Versorgung eignen. Die chilenische Energiestrategie will hierfür Verständnis schaffen und Ziele und Maßnahmen festsetzen. Dabei kommen Instrumente des schweizerischen Programms „Energistadt“ zum Einsatz (vgl. Wyer, 2014).

„Das Label 'Energistadt' ist ein Leistungsausweis für Gemeinden, die eine nachhaltige kommunale Energiepolitik vorleben und umsetzen. Energistädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und setzen auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen“ (Wyer, 2014).

Die schweizerischen Methoden sollen an die chilenischen Verhältnisse angepasst werden und einen Erfahrungs- und Wissenstransfer über Staatsgrenzen hinaus möglich machen (vgl. Wyer, 2014).

2.2 Erklärungsansätze

Als theoretische Grundlage der Arbeit dient die These des Journalisten und Politikwissenschaftlers José Natanson, der postuliert, dass es drei historische Entwicklungen gibt, bei denen Argentinien und Brasilien

„aus einer ähnlichen Ausgangssituation heraus verschiedene Wege einschlugen: die Zeit von der Staatsgründung bis zum Boom des Agrarexportmodells Anfang des 20. Jahrhunderts, der *desarrollismo* Mitte des 20. Jahrhunderts und der Neoliberalismus an dessen Ende“ (Natanson, 2010, S.115).

Natanson kommt zu dem Ergebnis, dass Argentinien spiralförmige Fort- und Rückschritte in der Wirtschaftspolitik aufweist. Dieses Hin und Her ermöglicht zwar Fortschritte, wie die Exportstärke der Landwirtschaft und der Wohlfahrtsstaat unter Juan Domingo Perón (1946-1955), allerdings auch abrupte Einbrüche. Brasilien hingegen ist dominiert von einem kontinuierlichen, progressiven Verlauf, indem Veränderungen graduell angegangen werden und der Staat diese stützt (vgl. Natanson, 2010, S.136).

Die Journalistin Hildegard Stausberg nennt als Grund für Argentinien's Abstieg den Aufstieg des Peronismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser „beförderte den Aufbau eines kooperativ-staatlichen Modells, das sich aller politischen Institutionen bemächtigte“ (Stausberg, 2014). Der Peronismus nährte sich aus Vetternwirtschaft und Korruption und profitierte von einer zersplitterten Opposition. Dieser Weg ebnete auch Familie Kirchner den Weg zu Machtaufstieg und -erhalt (vgl. Stausberg, 2014). Auch der Politikwissenschaftler Peter Birle nennt die forcierte Industrialisierung unter Perón als Grund dafür, dass Argentinien kein stabiles Wachstum verzeichnen konnte. Demgegenüber konnte Brasilien durch die Industrialisierung die Importquote verringern und hohe Wachstumsraten vorweisen (vgl. Birle, 2010).

Das gemeinsame Bündnis MERCOSUR, dem beide Staaten seit 23 Jahren angehören, wird durch wachsenden Protektionismus gelähmt. Denn im Hintergrund lauert der Einfluss Chinas: China will das rohstoffreiche Lateinamerika an sich binden und bietet günstige Investitionen an (vgl. Stausberg, 2014). Auch die Beziehungen zu den USA werden als Grund für die unterschiedliche Entwicklung der Staaten genannt. Argentinien bemühte sich unter Präsident Carlos Menem (1989-1999) um engere Beziehungen zu den USA. Der Staat ordnete sich den Zielen der USA unter und Brasilien rückte als außenpolitischer Partner nach hinten. Für Brasilien waren die USA immer noch eine wichtige Partnerin, jedoch konnte Brasilien auf seine Unabhängigkeit und Selbstbestimmung bestehen (vgl. Birle, 2010).

In der hier vorliegenden Masterarbeit werden die Hypothesen der wirtschaftspolitischen Unterschiede in der Vergangenheit und abhängigen Beziehungen zu externen AkteurInnen überprüft, sowie aufgedeckt, ob und wenn ja welche weiteren Unterschiede Brasilien zu einem Staat im Aufschwung verholfen haben.

3. Gegenwärtige theoretische und praktische Relevanz

Der Forschungsstand macht deutlich, dass sich viele Publikationen getrennt mit den einzelnen Staaten befassen; Veröffentlichungen, die eine Zusammenfügung beziehungsweise einen Vergleich zum Thema haben, sind selten.

Brasiliens Ankunft in der Zukunft und Argentinens achte Staatspleite machen sichtbar, dass die zukünftige Ausrichtung des lateinamerikanischen Kontinents neu analysiert werden muss: Brasilien konnte sich aus seiner Abhängigkeit von externen AkteurInnen lösen, Argentinens erneuter *argentino* zeigt, wie abhängig der Staat noch immer vom Rohstoffexport und dem Weltmarkt ist. Durch die neue Rolle Brasiliens als *global player* verschieben sich die Machtanteile der Welt. An theoretischer Relevanz für dieses Thema fehlt es daher nicht.

Die brasilianische Bevölkerung ist heute fünfmal so groß wie die argentinische, während die Relation vor 60 Jahren noch drei zu eins betrug. Das BIP Brasiliens war 2008 viermal größer als das argentinische, obwohl 1960 beide Staaten gleichauf lagen. Brasilien konnte viele Sozialindikatoren verbessern, Argentinien zeichnete sich durch Stagnation, wenn auch auf hohem Niveau, aus (Birle, 2010). „Den argentinischen Deindustrialisierungsschüben ab Mitte der 1970er Jahre steht ein relativ kontinuierliches Wachstum der brasilianischen Industrieproduktion gegenüber“ (Birle, 2010). Brasilien exportiert Industrieprodukte nach Argentinien, Argentinien exportiert Primärgüter, wie landwirtschaftliche Erzeugnisse, nach Brasilien. Brasilien spielt eine außenpolitische Rolle sowohl in Südamerika, als auch in der internationalen Gemeinschaft. Argentinien nimmt eher eine defensive Haltung ein (vgl. Birle, 2010). Diese unterschiedliche Entwicklungen machen deutlich, dass es von praktischer Bedeutsamkeit ist herauszufinden, wie sich zwei Länder aus einer ähnlichen Ausgangslage heraus zu solch unterschiedlichen Volkswirtschaften entwickeln konnten wie es bei Brasilien und Argentinien der Fall ist, um aufzuzeigen, wo ein Staat eine „irrig“ Entscheidung getroffen hat und wie dies künftig zu vermeiden und zu verbessern ist.

Im Hinblick auf die Fußballweltmeisterschaft in Brasilien, die wirtschaftliches Wachstum bringen mag, jedoch auch den Unmut der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, muss auch bedacht werden, dass der Erfolg Brasiliens mit einem Fragezeichen versehen ist. Das Konzept der BRICS-Staaten wird attackiert. Haben sich diese nur aus einer selbst erfüllenden Prophezeiung heraus entwickelt und wären ohne Jim O'Neills' Theorie nie entstanden?

Auch ein vielversprechendes Schwellenland wie Chile muss im Blickfeld behalten werden. Chile hat sich stetig weiterentwickelt und ermöglicht seinen EinwohnerInnen das höchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas: Im *Human Development Index* der Vereinten Nationen ist Chile noch vor Argentinien (Platz 49) und Brasilien (Platz 79) auf Platz 41 gelegen.

Wie hat Brasilien die Rolle eines Wirtschaftswunders und *global players* erreicht, während Chile ein stetiges Wachstum vorweisen kann und eine bessere Platzierung im Wohlstandindikator erreicht und Argentinien aus den selben Voraussetzungen wie Brasilien entstand, aber heute von einer Schuldenkrise in die nächste schlittert?

4. Theoretischer Rahmen

Zur Analyse der unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der drei Staaten Brasilien, Argentinien und Chile eignen sich die Theorien der Dependenz, der Interdependenz, des Konstruktivismus und die Neo-Gramscianische Perspektive. Die vorliegende Forschungsfrage wird anhand dieser vier Theorieströmungen analysiert, da die Problemanalyse aus multipler Sicht betrachtet werden muss.

4.1 Theorie der Dependenz und der Interdependenz

Spricht man von Lateinamerika, denkt man unweigerlich an die Theorie der Dependenz und der später folgenden Interdependenz, da Lateinamerika abhängig ist vom Verkauf seiner Rohstoffe auf dem Weltmarkt und dieser abhängig ist in seiner Rolle als Rohstoffabnehmer.

Die Dependenztheorie betont die hierarchische Abhängigkeiten zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. VertreterInnen sehen die Entwicklungsmöglichkeiten der „Dritten Welt“ durch dieses hierarchische Verhältnis als begrenzt an. Die Dependenztheorie geht davon aus, dass äußere Faktoren den Entwicklungsländern eine strukturell stabile, nachrangige Position in der Weltwirtschaft zuweisen. Dafür verantwortlich gemacht wird der Kolonialismus. Die früheren Kolonien wurden durch die Einbeziehung in den Weltmarkt geprägt; seither haben sich weder die Klasseneinteilung, noch die ökonomische Struktur verändert (vgl. Wirtschaftslexikon, 2013).

In Bezug auf die Dependenztheorie muss auch die Neoimperialismustheorie betrachtet werden, die postuliert, dass ausgehend von der Marxschen Werttheorie, ein ungleicher

Tausch zwischen Erster und Dritter Welt herrscht (vgl. Emmanuel, 1972⁶; zitiert nach Heinrich, 2006, S.311).

Interdependenz bezeichnet Wirkungszusammenhänge, Ursachen und Folgen wechselseitiger Abhängigkeiten. Internationale Abhängigkeiten im Bereich des Welthandels und der Währungspolitik werden diskutiert und die durch diese Verflechtungen entstehenden Gewinne und Verluste analysiert (vgl. Spindler, 2006, S.93). Innerhalb der Interdependenztheorie wurden im historischen Verlauf Fragen der Internationalen Politischen Ökonomie in das Zentrum gerückt, so beispielsweise die Arbeiten von Robert O. Keohane und Joseph Nye zu transnationalen Beziehungen (vgl. Spindler, 2006, S.96). Für Keohane und Nye liegt Interdependenz vor, wo Interaktionen wechselseitige Kosten verursachen. Wenn Interaktionen keine Kosten verursachen, besteht lediglich eine wechselseitige Verbundenheit (vgl. Keohane/Nye, 1977, S.9⁷; zitiert nach Spindler, 2006, S.100). Für Keohane und Nye ist Interdependenz kostspielig, „da sie die einzelstaatliche Autonomie beschränkt und Anpassungsleistungen erforderlich macht“ (Spindler, 2006, S.100).

4.2 Theorie des Konstruktivismus

Des Weiteren muss betrachtet werden, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen gibt bezüglich Lateinamerika, daher eignet sich die Theorie des Konstruktivismus.

Anders als die Interdependenz, eine materialistische Theorie, geht der Konstruktivismus von der Relevanz intersubjektiver oder ideeller Strukturen aus: Diese „regulieren das Handeln der Akteure [sic!] nicht nur, sondern prägen [...] deren Wünsche und Ziele. [...] [D]ie internationale Politik [ist] im Wesentlichen *sozial konstruiert*“ (Schimmelfennig, 2010, S.160). Soziale Konstruktion heißt, dass sich die Realität uns nicht unmittelbar erschließt. Die „[s]oziale Welt', wie sie uns zugänglich ist, wird vielmehr durch die Art und Weise konstruiert, wie wir mit anderen handeln, welche gemeinsam geteilten Vorstellungen über 'Welt' wir haben und wie wir unsere Umwelt erfahren“ (Ulbert, 2006, S.409). Ziel des Konstruktivismus ist es zu erklären, wie die Konstruktion der sozialen Welt und die des Wissens erzeugt werden (vgl. Ulbert, 2006, S.410).

Der zweite Unterschied zur Interdependenztheorie ist, dass der Konstruktivismus von angemessen handelnden AkteurInnen im Rahmen des internationalen Systems ausgeht, die sich in ihren Handlungen und Zielen an Normen, Werten und Rollen orientieren (vgl.

6 Emmanuel, Arghiri (1972): L'Echange Inegal. Paris: PUF.

7 Keohane, Robert O./Nye, Joseph (1977): Power and Interdependence. World Politics in Transition. Boston: Little, Brown and Co.

Schimmelfennig, 2010, S.161).

Die Hauptthese des Konstruktivismus lautet demnach „*Je größer die Übereinstimmung der Ideen von internationalen Akteuren [sic!] und je stärker damit Gemeinschaft zwischen ihnen ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Frieden und internationaler Kooperation*“ (Schimmelfennig, 2010, S.185).

Hier stellt sich die Frage, ob dies eine Erklärung für Brasiliens Wohlstand und Kooperation mit, anstatt Abhängigkeit vom, Weltmarkt ist.

4.3 Neo-Gramscianische Perspektive

Die Neo-Gramscianische Perspektive wird genutzt, um den Wandel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Staaten zu untersuchen und deren (Un-)Abhängigkeit vom Weltmarkt und anderen Staaten zu analysieren (vgl. Bieler/Morton, 2006, S.354).

„Während es Gramscis hauptsächliches Interesse war, die Mechanismen bürgerlicher Herrschaft innerhalb westlicher Nationalstaaten zu erklären, dehnen neo-gramscianische Perspektiven dieses Erkenntnisinteresse auf die transnationalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus und entwickeln eine Kritik des globalen Kapitalismus“ (Bieler/Morton, 2006, S.355).

Vater dieser Perspektive ist Cox, dessen Theorie einerseits problemlösend, andererseits kritisch ist. Sie ist insofern kritisch, als dass sie erkennen will, wie eine Weltordnung entsteht, wie sie reproduziert wird und verändert werden kann. Cox' Verständnis bezieht sich auf der Erkenntnis eines historischen Wandels und dem Potential für alternative Entwicklungen (vgl. Cox, 1981, S.129ff.⁸; zitiert nach Bieler/Morton, 2006, S.356).

Hierauf beziehen sich vor allem die progressiven Regierungen Lateinamerikas mit dem Wandel in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, weg von einem ausbeuterischen Rohstoffabbau für den Weltmarkt, hin zu *buen vivir*.

5. Geschichtlicher Abriss

5.1 Eine kleine Geschichte Lateinamerikas

Die Wirtschaftspolitik der Kolonialmächte Portugal und Spanien wurde von merkantilistischen Prinzipien geleitet. Unter dieser Doktrin war der Wohlstand einer Nation geprägt durch die Anhäufung von Kapital (wie Edelmetalle). Der Merkantilismus zog Konsequenzen nach sich: So durften die Kolonien ihre Bedarfsgüter lediglich von Spanien und Portu-

8 Cox, Robert, W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory. In: Millennium: Journal of International Studies, 10 (2), S.126-155.

gal importieren und ihre Wirtschaftsgüter ebenfalls nur auf diesen Markt exportieren. Das daraus resultierende Außenhandelsdefizit wurde durch den Transfer von Gold und Silber auf die Iberische Halbinsel finanziert. In der Theorie galt: Je höher das Außenhandelsdefizit, desto größer das angehäuften Kapital von Spanien und Portugal. Da der Handel mit anderen Nationen das Außenhandelsdefizit mit der Iberischen Halbinsel reduziert hätte, war der Handel mit jenen verboten (vgl. Bulmer-Thomas, 1994, S.22f.).

Im Zuge der Bourbonischen und Pombal'schen Reformen vereinfachten Spanien und Portugal den Import- und Exporthandel für Lateinamerika: Lateinamerikanische Exportgüter, vor allem Agrarprodukte, wurden bedeutsamer und diversifizierter und waren durch Wiederausfuhr oder Schmuggel mit anderen Teilen Europas verbunden (vgl. Bulmer-Thomas, 1994, S.24).

In den 1820er Jahren konnten die Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangen (vgl. Bulmer-Thomas, 1994, S.19) und nun selbst wirtschaftliche Entscheidungen treffen. Der Zugang zu internationalen Kapitalmärkten und zum Freihandel ermöglichte wirtschaftlichen Fortschritt (vgl. Bisenberger, 2012, S.10). So nahm der Export in der Mitte des 18. Jahrhunderts zu (vgl. Bulmer-Thomas, 1994, S.36), denn bedingt durch die Industrialisierung in Europa und Nordamerika wurden Primärgüter aus Lateinamerika nachgefragt (vgl. Bulmer-Thomas, 1994, S.35). Auf diese Weise integrierte sich Lateinamerika in den Weltmarkt (vgl. Bulmer-Thomas, 1994, S.15).

Die Wirtschaft Argentiniens und Brasiliens war also auf den Export von Agrarprodukten ausgerichtet, in Brasilien dominierte die Kaffeeproduktion, in Argentinien die Viehzucht und Getreideproduktion. Der Exportsektor von Chile war auf Bergbauprodukte, wie Salpeter und Kupfer, ausgerichtet (vgl. Bernecker, 1996, S.16⁹; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.13). Der Wirtschaftswissenschaftler Carlos Diaz-Alejandro spricht in diesem Zusammenhang von einer *Commodity Lottery* (vgl. Bisenberger, 2012, S.13), die Verschiedenartigkeit der Rohstoffe und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten (vgl. Bulmer-Thomas, 1994, S.15). Diese Exportorientierung brachte für die lateinamerikanischen Länder zwar wirtschaftliches Wachstum, doch verhinderte sie eine verstärkte Industrialisierung (vgl. Bernecker/Tobler, 1996, S.15ff.¹⁰; zitiert nach Bisenberger,

9 Bernecker, Walther L./Tobler, Hans Werner (1996): Einleitung – Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Außenbeziehungen Lateinamerikas im 20. Jahrhundert. In: Dies. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas (Band 3). Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Klett-Cotta. S.4-228.

10 Bernecker, Walther L./Tobler, Hans Werner (1996): Einleitung – Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Außenbeziehungen Lateinamerikas im 20. Jahrhundert. In: Dies. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas (Band 3). Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Klett-Cotta. S.4-228.

2012, S.12). Mit dem Ersten Weltkrieg änderte sich der Exporterfolg (vgl. Bisenberger, 2012, S.14).

5.2 Von Entwicklungsländern ...

Internationale Organisationen bewerten mit Hilfe von Maßstäben den Entwicklungsstand eines Landes und ermöglichen somit eine Einteilung in Gruppen.

Die Weltbank gruppiert Entwicklungsländer nach dem BNE pro Kopf und unterscheidet dabei Staaten mit hohem, mittlerem und niedrigem Einkommen.

Der *Human Development Index* der Vereinten Nationen bemisst differenzierter. Er umfasst drei Teilelemente: die Lebenserwartung, das Bildungsniveau und den Lebensstandard, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen. Der Index nimmt Werte zwischen 0 und 1 an. Länder mit sehr hoher menschlicher Entwicklung haben einen HDI größer als 0,8; Länder mit geringer menschlicher Entwicklung einen HDI kleiner als 0,5.

Der Entwicklungshilfe-Ausschuss der OECD unterteilt die Entwicklungsländer anhand einer Länderliste I und II. Leistungen an Länder der ersten Liste werden als öffentliche Entwicklungshilfe anerkannt. Für Länder der Liste II gilt dies nicht. Die Unterteilung erfolgt nach den Kriterien der Weltbank.

Am wenigsten entwickelte Länder sind die ärmsten Entwicklungsländer, sie werden auch als „Vierte Welt“ bezeichnet. Für ihre Einstufung werden folgende Kriterien herangezogen: BIP pro Kopf (unter 750€ jährlich), physische Lebensqualität, wirtschaftlicher Verwundbarkeitsindex und Einwohnerzahl (maximal 75 Millionen). Diese Länder sind berechtigt, Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu Vorzugsbedingungen zu erhalten. Einziges LDC-Land aus Lateinamerika ist Haiti, die Mehrheit der Länder sind afrikanische Staaten (vgl. Andersen, 2005).

5.3 ... hin zu *newly industrializing countries*

In der vergangenen Dekade sind aus der Asche der Entwicklungsländer eine Reihe von Schwellenländer zu wichtigen globalen AkteurInnen emporgestiegen (vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2013). Bei Schwellenländern wird angenommen, dass sie „an der Schwelle zum Industriestaat stehen und genug Eigen- dynamik besitzen, um Merkmale eines Entwicklungslandes in absehbarer Zeit zu überwinden“ (Andersen, 2005).

Schwellenländer befinden sich in einem Wandlungsprozess: Das Wirtschaftswachstum und

das Pro-Kopf-Einkommen steigen überdurchschnittlich, trotzdem kann die soziale Entwicklung oftmals nicht mit dem wirtschaftlichen Wachstum mithalten, wie das Bildungsniveau, die Säuglingssterblichkeit oder der Zugang zu Energie- und Wasserversorgung zeigen. Klassischerweise zählen zu den Schwellenländern wirtschaftlich und politisch aufstrebende G20-Staaten wie Brasilien, Argentinien und Mexiko. Schwellenländer haben sowohl im nationalen, als auch im internationalen Rahmen einen Vorbildcharakter: Sie können über ihre eigene Entwicklung und ihr Verhalten Einfluss auf andere Länder ausüben. In der Entwicklungspolitik braucht es deswegen die Zusammenarbeit mit diesen Ländern, um globale Güter wie Frieden, nachhaltige Entwicklung und Sicherheit zu erreichen.

Viele Schwellenländer kämpfen mit strukturellen Problemen und wachsen nur bis zu einem gewissen Punkt, der sogenannten „Mittleinkommensfalle“: Ab hier sind sie mit niedrigen Wachstumsraten, wirtschaftlichem Stillstand oder sogar der Gefahr des Rückfalls zu einem Entwicklungsland konfrontiert (vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2013).

2001 wurde von Jim O'Neill der Begriff BRIC(-S) geprägt, mit dem die Aufmerksamkeit auf profitable Chancen in Ländern, die als Schwellenländer gelten, gelenkt werden soll.

5.4 Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika

5.4.1 Einführung: Das Phänomen BRICS

BRIC ist die Abkürzung für Brasilien, Russland, Indien und China, entworfen 2001 vom Analysten Jim O'Neill vom Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen Goldman Sachs. O'Neill bezog sich dabei auf die Staaten, die in Zukunft hohe Wachstumsraten vorweisen werden und deswegen Ziele von InvestorInnen sein sollten (vgl. Mielniczuk, 2013, S.1075). BRIC wurde zu einer Marke, „a near ubiquitous financial term, shaping how a generation of investors, financiers and policymakers view the emerging markets“ (Pants, 2013, S.92). Die Staaten realisierten die Bedeutsamkeit des Wandels in der globalen Wahrnehmung und nutzten es, um ihre Gruppe zu strukturieren und ihr Gewicht in der globalen Politik und Wirtschaft zu unterstreichen. Trotz abweichender binnenländischer politischen und ökonomischen Arrangements erreichten sie ihr Ziel (vgl. Tett, 2010¹¹; zitiert nach Pants, 2013, S.92). 2009 hielten die BRIC-Mitglieder ihren ersten Gipfel in Jekaterinburg, Russland und förderten damit den Zusammenschluss ihrer politischen Gruppe. 2011 wurde Südafrika als Mitglied und als 'S' in die Abkürzung aufgenommen. In den letz-

11 Tett, Gillian (2010): The Story of the Brics. In: Financial Times.

ten Jahren gewann BRICS aufgrund verschiedener Faktoren an Bedeutung: das Wirtschaftswachstum Chinas, das Sichtbarwerden der Schwellenländer in Zeiten weltweiter Krisen, die wirtschaftliche Macht eines Blocks, der nun der EU und den USA gegenübersteht und die *soft power*, die die Hegemonie der USA in der Waagschale hält (vgl. Mielniczuk, 2013, S.1075). BRICS wurde zu einer politischen Realität, es beinhaltet 43% der Weltbevölkerung, 18% des globalen Handels und 20% des weltweiten BIP (vgl. Mielniczuk, 2013, S.1076). Die BRICS-Staaten verpflichten sich dem Transfer von entwicklungsfördernden Technologien, der Verminderung von Armut, der Reform des UN-Sicherheitsrates und der Finanzinstitutionen, dem Respekt für internationales Recht, der Ablehnung von Interventionen und einer unipolaren Weltordnung (vgl. Mielniczuk, 2013, S.1087).

5.4.2 Das „B“ in BRICS

Die Struktur eines internationalen Systems ist auch eine Struktur von sozialen Rollen. Im Folgenden wird die Identität Brasiliens vor der Blockbildung analysiert, um zu zeigen, warum O'Neill Brasilien einen (B)RICS-Status gewährt und wie seine Theorie zu rechtfertigen ist.

In Präsident Fernando Collor de Mellos Amtszeit von 1990 bis 1992 präsentierte sich Brasilien vor der UNGA als verlässlicher Partner, der die Abrüstung in seiner Region vorantreibt, den Wandel in der internationalen Wirtschaft mit beeinflusst und Reformen auf binnenländischem Level beginnt (vgl. Mielniczuk, 2013, S.1079). Fernando Henrique Cardoso, brasilianischer Präsident in siebenjähriger Amtszeit ab 1995, betonte „[the] growing convergence of values, with democracy, economic freedom and social justice“ (General Assembly, 1995a, S.14). Diese Werte stehen in Verbindung mit Freiheit und Wohlstand eines Landes, so Luiz Felipe Lampreia, Außenminister von 1993 und von 1995 bis 2011. Lampreia machte auf die brasilianischen Privatisierungsmaßnahmen und strukturellen Reformen aufmerksam, die ökonomische Stabilität und nachhaltiges Wachstum gewährleisten (vgl. General Assembly, 1995b, S.2). Die wirtschaftliche Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit sollte durch die Bildung eines regionalen Blocks verbessert werden (vgl. General Assembly, 1995b, S.5f.; Mielniczuk, 2013, S.1079). Denn Lampreia kritisierte, dass es die internationale Gemeinschaft verpasste, den Vorteil in Ressourcen zu sehen, die Fortschritt für alle ermöglichen (vgl. General Assembly, 2000, S.5). Basierend auf dem Motto der französischen Revolution geschah der Fortschritt der Freiheit auf dem Rücken von Gleichheit und Brüderlichkeit (vgl. General Assembly, 2000, S.4):

„It is inadmissible that the most prosperous nations [...] should be legally entitled to restrict access to their markets for agricultural goods, while they call for the free flow of those goods in which they benefit from an enormous competitive advantage. It is [...] intolerable that these countries be allowed [...] to subsidize the production and export of agricultural commodities [...]. These policies cause enormous harm to exporting nations that are more efficient and competitive in this field, but lack the financial means to offer equally generous fiscal incentives to their farmers“ (General Assembly, 2000, S.5).

2003 artikulierte Lula da Silva, dass „[l]iberalization should not require countries to abandon the prerogative of formulating industrial, technological, social and environmental policy“ (General Assembly, 2003, S.7). Handel bedeutet Entwicklung und Entwicklung bedeutet Armut zu verhindern (vgl. General Assembly, 2003, S.7). Zudem forderte Lula da Silva einen permanenten Sitz für Brasilien im Sicherheitsrat als Repräsentant der Entwicklungsländer. Der Staat positionierte sich als globaler Akteur, der sowohl regionale PartnerInnen, als auch internationale wie die Arabische Welt und BRICS sucht (vgl. General Assembly, 2003, S.6). Durch die internationale Finanzkrise entstand eine neue Weltpolitik, geprägt durch das Ende alter Bündnisse und traditioneller Machtzentren und durch eine von Eigeninitiative geprägte Einstellung der Entwicklungsländer, die Kooperationen ohne die Vermittlung alter Mächte suchten, wie es IBSA, die G-20 oder BRICS zeigten. Der Wunsch der Schwellenländer war es, eine multipolare Weltordnung zu errichten (vgl. General Assembly, 2008, S.7).

Brasilien profitierte in den letzten Jahren von der neuen Süd-Süd-Kooperation und stärkte seine Position in Verhandlungsforen. Auf globaler Ebene achtete Brasilien darauf, keine neue geopolitische Spaltung zu fördern; der Ausbau der Kooperationen mit Schwellenländern sollte nicht die Beziehung zu den entwickelten Ländern beeinflussen. Denn sie sind gerade in Bezug auf den Außenhandel wichtig (vgl. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.28f.).

5.4.3 Exkurs: Die Haltung RICS

Chinas und Indiens Selbstverständnis, sowie ihr Verständnis für internationale Beziehungen war über die Zeit der Blockbildung geprägt durch die Transition von Bipolarität zu Multipolarität. Zudem sind sich die Staaten einig über eine notwendige Reform des UN-Sicherheitsrates (vgl. Mielniczuk, 2013, S.1086) und „the need to transform the existing structures of economic governance“ (Mielniczuk, 2013, S.1086). Doch China bleibt das größte Hindernis, um permanente Mitgliedschaften des Sicherheitsrates zu reformieren (vgl. Pant, 2013, S.100f).

Die Diskurse Brasiliens, Russlands und Südafrikas waren weniger einheitlich. In den frü-

den 90er Jahren akzeptierten sie die unilaterale Natur der internationalen Beziehungen. Brasilien bemühte sich von der unipolaren Situation nach dem Kalten Krieg zu profitieren. Um die Jahrtausendwende, als man die Globalisierung der ausschließenden Praktiken und reiche Länder des Protektionismus beschuldigte, begann sich eine *developmentalist identity* zu formen. Brasilien zielte nun darauf ab, eine multipolare Weltordnung zu errichten. Auch Russland betonte die multipolare-entwicklungsorientierte Natur der internationalen Beziehungen. Südafrika stellte bald die von Nelson Mandela geforderte Versöhnung zwischen armen und reichen Ländern ein, nahm seinen Entwicklungsstatus an und kämpfte für seine Interessen und für die anderer afrikanischer Länder. Mitte 2000 identifizierten sich Brasilien, Russland und Südafrika mit dem multipolaren-entwicklungsorientierten Diskurs von China und Indien (vgl. Mielniczuk, 2013, S.1087): „The move from a liberal–unilateral to a developmental–multipolar set of social claims was a truly ‘discursive alignment’ that created the conditions of possibility for the emergence of BRICS“ (Mielniczuk, 2013, S.1087).

5.4.4 Kritik am Konzept

Die Bildung der BRICS führte fünf grundverschiedene Staaten zusammen, die mehr trennt, als sie eint. Eine Nachhaltigkeit der politischen Kooperation ist daher ungewiss (vgl. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.28):

„Zunehmend diversifizierte Ökonomien stehen weitgehend rohstoffbestimmten Wirtschaften gegenüber, schrumpfende Gesellschaften wachsenden Bevölkerungen, autoritäre Systeme pluralistischen Demokratien, staatskapitalistische Volkswirtschaften offenen Marktwirtschaften“ (Joerissen/Steinhilber, 2010, S.28).

Beispielsweise enthielten sich Brasilien, Russland, Indien und China einer Resolution des UN-Sicherheitsrates, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die libysche Bevölkerung im Bürgerkrieg zu schützen, Südafrika stimmte dafür. Zwischen den vier enthaltenen Staaten herrschte dann jedoch Uneinigkeit bezüglich ihrer Einstellung gegenüber der westlichen Intervention (vgl. United Nations Security Council Resolution, 2011; Pant, 2013, S.95).

Das U.S. Conference Board stellte im *Global Economic Outlook* von 2012 das Wunder BRICS in Frage: „[A]s China, India, Brazil and others mature from rapid, investment-intensive 'catch-up' growth, the structural 'speed limits' of their economies are likely to decline“ (The Conference Board, 2012¹²; zitiert nach Pant, 2013, S.91). AnalystInnen deuteten

12 The Conference Board (2012): Global Economy to Slow Further in 2013 (press release).

bereits an, dass die Wachstumsraten fallen werden, mit signifikanten Auswirkungen auf die Fähigkeit der Staaten, die globalen Machtverhältnisse zu formen (vgl. Sharma, 2012). Doch hinter dem Debakel liegt mehr als nur sinkende Wachstumsraten. Die BRICS verpassten es, über ökonomisches Wachstum auch diplomatische Durchsetzungskraft zu gewinnen (vgl. Pant, 2013, S.92): Die Diversifizierung der politischen Kanäle zwischen lokalen Süd-Süd-Kooperationen und globaler geopolitischer Eingliederung, erhöhte zwar die Sichtbarkeit Brasiliens in der internationalen Gemeinschaft, doch die schwache institutionelle Verankerung und wenig Entscheidungsgewalt verhinderten Brasiliens Annäherung an das Machtzentrum (Vg. Joerissen/Steinhilber, 2010, S.29).

Südafrika wurde auf Wunsch Chinas Teil der BRIC, da China den Staat als Tor zum afrikanischen Kontinent benötigte. Doch der südafrikanische Einfluss auf den Rest Afrikas ist mäßig. Südafrika steht abseits von den BRICS-Staaten, aufgrund seiner weniger vielversprechenden Wachstumsraten (vgl. Pant, 2013, S.96).

Ein weiterer Kritikpunkt ist die strukturelle Verschiedenheit zwischen China und den anderen Staaten: Der Aufstieg der Volksrepublik China ist spektakulär, ihre Dominanz macht es schwer, den Grundgedanken der BRICS – das globale Machtverhältnis zu ändern – zu verwirklichen: Chinas Anteil an den Exportgeschäften innerhalb der BRICS-Staaten betrug 2012 38% (vgl. Leahy/England, 2013¹³; zitiert nach Pant, 2013, S.97f.). Brasilien und Russland sind abhängig vom Export ihrer Rohstoffe nach China. Ihr Wirtschaftswachstum sinkt, wegen des verlangsamten Wirtschaftswachstums in China (vgl. Sharma, 2013). Deswegen wird in der neu gegründeten Entwicklungsbank eine Dominanz von China befürchtet (vgl. Pant, 2013, S.98). Die wirtschaftliche Beziehung zwischen Brasilien und China ist angespannt: Brasilien sieht die Volksrepublik China als unfaire Konkurrentin (vgl. The Economist, 2012) und beschuldigt die Volksrepublik, „that [it] [...] is dumping diverted exports from depressed Europe. [...] Brazilian manufacturers trying to export to China face steep non-tariff barriers on manufactured goods“ (The Economist, 2012). Brasilien sorgt sich um den Einstrom chinesischer Investitionen und billigen Importen, um den unterbewerteten Yuan und um den steigenden Einfluss Chinas in Lateinamerika, das Brasilien als eigene Einflusszone sieht (vgl. Pearson/Leahy, 2011¹⁴; zitiert nach Pant, 2013, 98).

Die BRICS-Staaten pflegen ein gewisses Misstrauen gegeneinander. Je mächtiger China wird, desto eher werden die anderen Staaten versuchen, diese Macht auszubalancieren,

13 Leahy, Joe/England, Andrew/Mallet, Victor (2013): Reality Bites for Emerging Market Reliance on China's Growth. In: Financial Times.

14 Pearson, Samantha/Leahy, Joe (2011): Cheap Asia Imports Hit Brazil's Industries. In: Financial Times.

denkbar sind auch Kooperationen mit den USA; was jedoch der Essenz ihrer Blockbildung widerspricht (vgl. Wohlforth, 1999, S.28¹⁵; zitiert nach Pant, 2013, S.100).

Die BRICS fordern eine Reform des Bretton-Woods-Systems (Vg. Joerissen, 2010, S.29): „[T]he international financial institutions should reflect the changes in the world economy, increasing the voice and representation of emerging economies and developing countries“ (Shasha, 2011, S.4). Während des Führungswechsels in den internationalen Finanzinstitutionen haben sie es jedoch verpasst, die westliche Dominanz herauszufordern: Weder schlugen sie die Kandidatur der französischen Kandidatin Christine Lagarde aus, noch empfahlen sie einen gemeinsamen Kandidaten oder eine gemeinsame Kandidatin als Präsidenten oder Präsidentin der Weltbank (vgl. Pant, 2013, S.101).

5.4.5 Zukünftige Aussichten

Einerseits könnten die BRICS-Staaten aus ihren Unterschieden profitieren und Arbeitsfelder aus verschiedenen Perspektiven analysieren. Ebenso könnten sie eine multipolare Sichtweise der einseitigen, westlichen Sichtweise gegenüber stellen:

„[D]ifferent points of views, a commitment to free debate and a willingness to learn from each other are key reasons why BRICS’s continued existence makes a great deal of sense. Even as the world becomes increasingly multipolar, the global debate remains dangerously one-sided and centered on Western points of view“ (Stuenkel, 2012).

Doch wenn die BRICS „can [not] articulate a common vision on global issues, they will remain unable to set the global agenda and discourse“ (Pant, 2013, S.101). Diese Uneinigkeit haben die UN-Resolution über den libyschen Bürgerkrieg und das Erstarren in Zeiten des Führungswechsels in den internationalen Finanzinstitutionen deutlich gezeigt.

Zudem wird die BRICS als Block nicht in der Lage sein, der Hegemonie der USA entgegenzutreten, wegen des chinesischen Vorpreschens, doch hauptsächlich wegen der sinkenden Wachstumsraten. Existierende Schwierigkeiten wie Immobilienkrisen und Inflationen führen zur Sorge, dass der nächste wirtschaftliche Schock von den BRICS-Staaten selbst ausgelöst wird (vgl. Van Agtmaal, 2012).

6. Importsubstituierende Industrialisierung

6.1 Einführung in die Importsubstituierende Industrialisierung

Importsubstituierende Industrialisierung „is the development of the domestic production of industrial articles, mainly of the processing industry, that were formerly imported.“ (Cukor,

15 Wohlforth, William C. (1999): The Stability of a Unipolar World. In: International Security, 24 (1), S.28.

1970, S.3¹⁶; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.42), mit dem Ziel, die inländische Produktion zu diversifizieren, um industrielles Wachstum einzuleiten (vgl. Stiglitz, 1999, S.1125ff.; Lachmann, 1994, S.231). Importsubstitution bildet also den Kern der Industrialisierung.

Man unterscheidet drei Stadien der ISI: das horizontale, das intermediäre und das vertikale Stadium (vgl. Bisenberger, 2012, S.43):

Im ersten Stadium, dem horizontalen, werden kurzlebige Konsumgüter produziert, da für sie schon eine inländische Nachfrage besteht. An diesem Punkt beginnt die Industrialisierung. Diese Güter können arbeitsintensiv erzeugt werden und ihre Produktion, die Anwendung einfacher industrieller Fertigungsmethoden, ist bekannt. Die meisten Länder haben dieses Stadium in den 60er Jahren absolviert.

Im zweiten Stadium, dem intermediären, werden weniger nachgefragte, kurzlebige Konsumgüter (z.B. Pharmazeutika) und Produktionsmittel (z.B. Petrolprodukte) produziert.

Das dritte, vertikale Stadium, ist durch industrielle Interdependenz gekennzeichnet. Die Nachfrage nach Produktionsmitteln und langlebigen Gebrauchsgütern entsteht erst mit der Entstehung des industriellen Sektors. Fortgeschrittene Länder wie Argentinien und Brasilien befinden sich hier (vgl. Hesse, 1968, S.642ff.).

Der Prozess der staatlichen Entwicklung durch die ISI wurde ab der Weltwirtschaftskrise bewusst herbeigeführt (vgl. Furtado, 1976, S.115f.¹⁷; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.44). Dabei sollten die entstehenden Industrien, aufgrund ihrer geringen Wettbewerbsfähigkeit, durch staatliche Hilfeleistungen, wie Investitionshilfen für heimische ErzeugerInnen, Steuererleichterungen, Subventionen und Schutzzölle, unterstützt werden (vgl. Chen, 1969, S.241). Die USA folgten diesen Empfehlungen und stiegen zu einer Industrienation und wirtschaftlichen Weltmacht auf. Die lateinamerikanischen Länder setzten hingegen auf den Freihandel (vgl. Cameron/Neal, 2003, S.225f.¹⁸; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.47f.). Für den Wirtschaftstheoretiker Friedrich List waren protektionistische Maßnahmen nötig, um den Wandel von einer Agrar- zu einer Industriewirtschaft vollziehen zu können: Freihandel ist nur bei bereits entwickelten Volkswirtschaften förderlich (vgl. Lachmann, 1994, S.84f.). Um die Kosten der Industrialisierung zu decken, wie die Einfuhr von Betriebseinrichtungen und Technologie, muss der Staat auf ausländisches Kapital zurückgreifen. Dieser Pro-

16 Cukor, György (1970): *The Role of Import Substitution and Export Development in the Industrialization of Developing Countries*. Budapest: Center for Afro-Asian Research.

17 Furtado, Celso (1976): *Economic Development of Latin America. Historical Background and Contemporary Problems*. (2. Auflage) Cambridge: Cambridge University Press.

18 Cameron, Rondo/Larry, Neal (2003): *A Concise Economic History of the World*. New York: Oxford University Press.

zess sollte jedoch nur von temporärer Dauer sein und von internen Ersparnissen abgelöst werden, um eine Auslandsverschuldung zu vermeiden. Denn durch ausländisches Kapital wird die Zahlungsbilanz belastet, was Importe begrenzt und zu einer Inflation führen kann (vgl. Larrain, 1989, S.105f.).

6.2 Theoretische Grundlagen der ISI

6.2.1 *Comisión Económica para América Latina*

„Der lateinamerikanische Strukturalismus, die theoretische Rechtfertigung der importsubstituierenden Industrialisierung, war die erste Entwicklungstheorie, die aus dem Süden stammt“ (Calzadilla/Novy, 1995, S.34). Der eigenständige theoretische Beitrag wurde möglich aufgrund der 1948 durch den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen gegründeten CEPAL. Das Aufgabengebiet der CEPAL wurde 1984 auch auf den karibischen Raum ausgeweitet (vgl. United Nations CEPAL, 2013). Die Etablierung der CEPAL ist vor dem Hintergrund der Abhängigkeit vom Weltmarkt und der Vergessenheit des Kontinents in Zeiten von Krisen zu sehen (vgl. Chisté, 1996, S.25).

„It was founded with the purpose of contributing to the economic development of Latin America, coordinating actions directed towards this end, and reinforcing economic ties among countries and with other nations of the world. The promotion of the region's social development was later included among its primary objectives“ (United Nations CEPAL, 2013).

Die Gründung der Vereinten Nationen und ihrer regionalen Wirtschaftskommissionen gaben Lateinamerika die Hoffnung, ihre selbstständigen Entwicklungsmöglichkeiten durch die ISI auf internationalem Niveau zu festigen (vgl. Chisté, 1996, S.25). Die CEPAL gilt als Vordenkerin in wirtschaftlicher, wirtschaftspolitischer und sozialer Hinsicht. Sie unterstützt und berät lateinamerikanische Regierungen hinsichtlich ihrer Entwicklungsstrategien (vgl. Chisté, 1996, S.46).

Von 1949 bis 1963 war Raúl Prebisch Generalsekretär der CEPAL. Prebisch trat für die ISI ein mit dem Ziel, die lateinamerikanische Wirtschaft zu diversifizieren und somit weniger anfällig für externe Krisen werden zu lassen. Denn ausschlaggebend war die Erfahrung Lateinamerikas mit der Weltwirtschaftskrise und der Verschlechterung der *terms of trade*. Die CEPAL setzte sich ein für den Wandel vom exportorientierten Entwicklungsmodell hin zum binnenmarktorientierten. Auf diese Weise sollten die Abhängigkeiten Lateinamerikas und seine wirtschaftliche Rückständigkeit beendet werden (vgl. Calzadilla/Novy, 1995, S.34; Jäger/Novy, 2004, S.149; Larrain, 1989, S.102ff.). Die Importsubstitution basiert da-

bei „auf der Grundüberlegung, daß [sic!] es eine langfristige Verschlechterung der Terms of Trade von Rohstoffen im Vergleich zu Industrieprodukten gäbe“ (Calzadilla/Novy, 1995, S.34). Die ISI entwickelte sich seit den 30er Jahren spontan und unformalisiert in den lateinamerikanischen Ländern, die bereits eine Industrie etabliert hatten. Erst in den 50er Jahren wurde sie mit der Gründung der CEPAL in einem Modell festgehalten (vgl. Silva, 2007, S.71f.).

6.2.2 Verschlechterung der *Terms of Trade*

„Die *terms of trade* (ToT) eines Landes sind definiert als Verhältnis des Exportgüterpreisindex zum Importgüterpreisindex. Sie geben an, wie viele Mengeneinheiten an Importgütern ein Land für eine Mengeneinheit der Exportgüter im int[ernationalen] Tausch erwerben kann“ (vgl. Speier/Boeck, 1998, S.731).

Federführend war das von Prebisch entwickelte „Zentrum-Peripherie-Modell“. Prebisch kam in seiner Untersuchung zu folgendem Ergebnis: Während eines wirtschaftlichen Aufschwungs steigen die Preise für Primärgüter stärker an als die für Industriegüter. Während eines wirtschaftlichen Abschwungs fallen diese jedoch tiefer, als die für Industriegüter und tiefer, als sie gestiegen sind. Der Zugewinn geht verloren und es entsteht eine Differenz. Primärgüter unterliegen also einer niedrigeren Preiselastizität als Industriegüter (vgl. Lachmann, 1994, S.108; Chen, 1969, S.38). Dies verursacht Preisschwankungen (vgl. Beier, 1965, S.35). Zentren können nun den Kostendruck auf die Peripherie abwälzen. Durch die schwächere Position der Peripherie kommt es zu einem Werttransfer aus den Produktivitätszugewinnen der Peripherie in das Zentrum (vgl. Beier, 1965, S.70).

Die

„negative Entwicklung der terms of trade für die Landwirtschaft ist [...] das Ergebnis einer bewußten [sic!] politischen Entscheidung, weil man sich dadurch eine stärkere Förderung des industriellen Sektors und eine größere Wachstumsrate des BIP versprach. Niedrige Agrarpreise sollen den Wachstumsprozeß [sic!] 'finanzieren', da die niedrigen Löhne die Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüterindustrie fördern sollten“ (Lachmann, 1994, S.108).

Nach Prebisch stellt ein Ausweg aus der Misere der Verschlechterung der *terms of trade* für die Länder der Peripherie nur die Industrialisierung dar (vgl. Bisenberger, 2012, S.30f.).

6.3 ISI in Argentinien

Bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges entwickelte sich Argentinien zu einer führenden Exportnation für landwirtschaftliche Produkte. Aus Europa wurden stetig Nahrungsmittel

nachgefragt, die Transportkosten waren billig, Arbeitskräfte strömten ins Land und Kapital floss (vgl. Waldmann, 2010, S. 19). Bei der Etablierung von Industrien nahm Argentinien eine Vorreiterrolle an (vgl. Bernecker/Tobler, 1996, S.18ff.¹⁹; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.58). Der brasilianische Wirtschaftswissenschaftler Celso Furtado geht davon aus, dass ohne diese ersten Ansätze einer industriellen Basis – in der sogenannten *Belle Époque* – eine spätere ISI nicht möglich gewesen wäre (vgl. Furtado, 1976, S.115²⁰; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.59). Doch die Industrie konnte nicht zu einem wirtschaftlichen Wachstumsmotor werden: Technologisch war sie im Rückstand und Ressourcen mussten importiert werden. Die Chance für eine Diversifizierung und ausgeglichene Entwicklung war gering (vgl. Waldmann, 2010, S.26f.).

Der Erste Weltkrieg verstärkte die Rezession von 1913: Die Welthandelsströme wurden unterbrochen und der Import brach ein, doch der Exportsektor profitierte. Das Kriegsgeschehen förderte in einigen Branchen die Importsubstitution, andere Sektoren, die abhängig von ausländischen Rohstoffen waren, konnten das Aussetzen der internationalen Konkurrenz nicht ausnutzen. Peter Waldmann, Jurist, Soziologe, Gewalt- und Terrorismusexperte, ist nicht der Ansicht, dass Argentinien hier die Chance verpasst hat, sich von der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Industrienächte zu lösen. Die Alliierten erhöhten gar den Druck, nur sie zu beliefern (vgl. Waldmann, 2010, S.31f.).

In der Nachkriegszeit erzielten die *terms of trade* für agrarische Produkte wieder steigende Preise auf dem Weltmarkt und Argentinien konnte sich erholen, seine internationale Spitzenposition bei dem Export von Agrarprodukten gar behaupten (vgl. Waldmann, 2010, S.30).

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 ließ den Fokus auf den Exportsektor zu einem unsicheren Geschäft werden: Die *terms of trade* verschlechterten sich, Importe stagnierten, Zahlungsbilanzprobleme traten auf und Staatseinnahmen sanken. So stieg die Staatsverschuldung an. Als Gegenmaßnahmen kam es zu ersten Ansätzen der ISI: Staatliche Instrumente, die den ISI-Prozess einläuteten, umfassten vor allem Schritte, die Importe einschränkten und damit die lokale Industrieproduktion stimulierten (vgl. Waldmann, 2010, S.55). Doch der Industrialisierungsschub war nicht außergewöhnlich groß: Man verpasste ein höheres wirtschaftliches Wachstum im industriellen Bereich und eine Anpassung an die veränderten

19 Bernecker, Walther L./Tobler, Hans Werner (1996): Einleitung – Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Außenbeziehungen Lateinamerikas im 20. Jahrhundert. In: Dies. (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Lateinamerikas (Band 3). Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Klett-Cotta. S.4-228.

20 Furtado, Celso (1976): Economic Development of Latin America. Historical Background and Contemporary Problems. (2. Auflage) Cambridge: Cambridge University Press.

internationalen Bedingungen. Stattdessen folgte man weiterhin dem Wachstumsmodell der *Belle Époque* (vgl. Waldmann, 2010, S.61).

Die ISI war zunächst als Ergänzung zum traditionellen Agrarexportsektor gedacht, unter Perón wurde sie dann zu einem Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik (vgl. Waldmann, 2010, S.73; Carreras/Potthast, 2010, S.177, S.185).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehörte Argentinien zu den Gläubigernationen. Anders als im Ersten Weltkrieg war Argentinien in der Lage gewesen, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen, die der Verlust der europäischen Märkte, die sinkende Exportfähigkeit der verbleibenden HandelspartnerInnen und der Lieferboykott der USA mit sich brachten. Die wirtschaftliche Struktur war zu Beginn des Zweiten Weltkrieges differenzierter und flexibler als zu Beginn des Ersten. Nach 1940 sanken die Importe, die Zahlungsbilanzüberschüsse stiegen an, die Binnenkonjunktur wurde durch die hohe Liquidität angetrieben: Die Importsubstitution führte zu einer Auslastung der industriellen Kapazitäten, die Beschäftigungszahlen stiegen. In den Nachkriegsjahren steigert sich dies zu einem Boom. Die Preise und die *terms of trade* standen auf einem hohen Niveau, als die Verkehrswege wieder intakt und die Nachfrage aus dem zerstörten Europa groß war. Eine Vertiefung des Industrialisierungsprozesses gilt als Voraussetzung für ein dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum. Dabei hatte der argentinische Staat mit wachsenden Interventionsmechanismen eine wichtige Rolle inne; ausländische Unternehmen der Eisen- und Straßenbahnen oder des Telefonnetzes wurden verstaatlicht (vgl. Waldmann, 2010, S.73ff.).

Ab 1949 konnten wegen der sinkenden Preise für Agrarexporte keine Gewinne mehr auf dem Weltmarkt erzielt werden (vgl. Carreras/Potthast, 2010, S.199), die *terms of trade* begannen zu fallen. Der Boom der Nachkriegsjahre ging über in eine Rezession (vgl. Waldmann, 2010, S.77). Der agrarische Wirtschaftszweig wurde vernachlässigt, weder wurde die Landwirtschaft mechanisiert, noch Reformen vollzogen (vgl. Waldmann, 2010, S.78; Bisenberger, 2012, S.70f.). Dagegen wurde der Binnenmarkt fokussiert: Antriebskraft der Entwicklung war der inländische Konsum. Deshalb war man bestrebt, die Lohnquote und die Beschäftigungszahlen hoch zu halten. Auf diese Weise konnte die ISI aufrechterhalten werden (vgl. Somavilla, 1996, S.62f.). Doch die Wachstumsraten für einfache Konsumgüter stagnierten bereits wieder, da der Binnenmarkt gesättigt war. Zudem verhinderte Peróns Politik der Lohnerhöhungen eine Effizienzsteigerung der Produktivität und schränkte die internationale Wettbewerbsfähigkeit ein (vgl. Zettl, 1989, S.142). Das fortgeschrittene intermediäre Stadium verlangte den Import von technologisch modernen Kapi-

talgütern, was aufgrund des Devisenmangels nicht möglich war: Dieser lähmte die Industrialisierung, wodurch der Importbedarf stieg und der Devisenmangel weiter zunahm (vgl. Zettl, 1989, S.130).

Steigende Handelsbilanzdefizite führten Argentinien an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Nach 1950 beschritt Perón den Weg eines harten Stabilisierungskurses. Die Exportproduktion erhielt nun staatliche Subventionen; um die Industrialisierung zu dynamisieren nahm man ausländische Direktinvestitionen, vor allem von den USA, an. Doch die Stabilisierungsmaßnahmen waren nicht erfolgreich (vgl. Waldmann, 2010, S.78). 1955 kam es zum Ende der Ära Perón. „Die Umstellung von dem alten, vormals erfolgreichen Wachstumsmodell der 'Belle Époque' auf ein Konzept der ökonomischen Diversifizierung [war ein] [...] objektiv schwierige[s] Unterfangen“ (Waldmann, 2010, 79). Die ISI war jedoch kein Fehlschlag, sondern eine wichtige Etappe im lateinamerikanischen Entwicklungsprozess. Doch Fehler und Missgriffe verfälschten den Kern der Strategie (vgl. Drekonja-Kornat, 1997, S.18). Eingeleitet durch einen Militärputsch ging die ISI 1976 zu Ende (vgl. Bisenberger, 2012, S.91).

6.4 Zwischenfazit: Gründe für das Versagen der ISI in Argentinien

Argentinien versäumte es, trotz industrieller Vorreiterrolle und eines starken agrarexportierenden Sektors, eigene Entwicklungspotentiale zu entfalten. Die von Perón forcierte ISI, die wirtschaftliche Abhängigkeiten und die Anfälligkeit einer vom Außenhandel abhängigen Volkswirtschaft überwinden sollte, stieß an ihre Grenzen (vgl. Bisenberger, 2012, S.91).

Im Folgenden werden die Gründe für die Fehlentwicklung der ISI in Argentinien genannt. Die Vernachlässigung des Agrarsektors und der Exportwirtschaft führte zu einer negativen Zahlungsbilanz, was eine zunehmende Devisenknappheit zur Folge hatte. Dadurch war es nicht möglich, die ISI zu finanzieren. Als Konsequenz hatte man mit einer hohen Auslandsverschuldung zu kämpfen und einer inflationsbedingten Finanzierung, die jedoch nur temporär durchgeführt werden konnte. Vor allem unter Perón kam es durch Gewinntransfer und die Umverteilung der Ressourcen aus dem Agrar- in den Industriesektor zu einer Produktivitätslücke. Eine homogene Wirtschaft, Wettbewerbsnachteile und Exportrückgänge waren die Folge (vgl. Haferland, 2010, S.22²¹; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.91f.).

Wegen der Protektion der Industrie entwickelte diese keine internationale Wettbewerbsfä-

21 Haferland, Judith (2010): Agrarelite, Diktatur und Neoliberalismus. 100 Jahre Wirtschaftspolitik bis zur Argentinien-Krise 2001/2002. Ursachen und Hintergründe des Staatsbankrotts. Hamburg: Diplomica.

higkeit. Dies führte zu weiteren Staatseingriffen, um inländische ProduzentInnen zu schützen und den steigenden Kapitalbedarf zu decken. Die ISI soll junge Industriezweige schützen. Doch eine dauerhafte Abschottung durch Handelsbarrieren führen zu fehlenden Anreizen für Effizienzsteigerung und Innovation (vgl. Stiglitz, 1999, S.1126). So bildet sich aus den argentinischen Industrieunternehmen keine dynamische Unternehmerschaft heraus (vgl. Waldmann, 2010, S.198). Eine ISI ist daher nur sinnvoll bei bereits gegebener internationaler Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Waldmann, 2010, S.199f.; Lachmann, 1994, S.231). Durch einen Abbau der Handelshemmnisse hätte sich Argentinien in den Weltmarkt integrieren können und seinen Industriesektor international wettbewerbsfähig machen können. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum wäre die Folge gewesen (vgl. Haferland, 2010, S.22f.²²; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.95).

Der industrielle Sektor stagnierte aufgrund der Sättigung des Binnenmarktes und der Unfähigkeit, international konkurrenzfähig zu sein. Die Industrieproduktion musste an das Wachstum der inländischen Nachfrage angepasst werden, was zu einer Verlangsamung des Wachstums führte. Dadurch stieg die Inflationsrate (vgl. Bisenberger, 2012, S.93).

Rent-Seeking und die Einflussnahme von verschiedenen Interessensgruppen verhinderten eine konstante Wirtschaftspolitik und die Umsetzung der ISI (vgl. Haferland, 2012, S.78; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.94).

Doch trotz der Rückschläge konnte sich Argentinien durch die ISI zu einem modernen Industriestaat entwickeln. Der Anteil des Industriesektors am BIP stieg. Obwohl eine Effizienzsteigerung kaum gelang, wuchsen einigermaßen fortschrittliche Unternehmen und Industrien (vgl. Lachmann, 1994, S.109). Durch die Industrialisierung bildete sich eine Mittelschicht heraus, ein wesentliches Element für einen Industriestaat (vgl. Bisenberger, 2012, S.95). Argentinien konnte seine Volkswirtschaft in dem Sinne diversifizieren, als dass die Nation von der überkommenen Landwirtschaft zur industriellen Warenproduktion wechseln konnte (vgl. Rodrick, 2011, S.223).

Die ISI ist Bestandteil des Industrialisierungsprozesses. Durch sie wird es möglich, eine eigene Industrie aufzubauen unter dem schützenden Dach von Handelsschranken. Doch die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit muss im Zentrum liegen. Die Exporte dürfen für die Binnenmarktproduktion nicht vernachlässigt werden (vgl. Foders, 1987, S.124f.²³; zi-

22 Haferland, Judith (2010): Agrarelite, Diktatur und Neoliberalismus. 100 Jahre Wirtschaftspolitik bis zur Argentinien-Krise 2001/2002. Ursachen und Hintergründe des Staatsbankrotts. Hamburg: Diplomica.

23 Foders, Federico (1987): Handelspolitik und weltwirtschaftliche Integration von Entwicklungsländern. Das Beispiel Argentinien, Brasiliens und Jamaikas. In: Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Band 82. München/Köln/London: Weltforum.

tiert nach Bisenberger, 2012, S.96).

6.5 Brasilien zwischen ISI und Exportorientierter Industrialisierung

6.5.1 ISI in Brasilien

Die Industrialisierung Brasiliens war bereits seit der Unabhängigkeit im kollektiven Gedächtnis verankert (vgl. Cervo, 2012, S.28). Vor 200 Jahren wurden vom portugiesischen König Dom João VI durch die Öffnung der Häfen für den Außenhandel und die Förderung des Baus von Fabriken die Weichen hierfür gelegt (vgl. Cervo, 2012, S.23).

„Der brasilianische Industrialisierungsprozess gab [...] nicht der Strömung des brasilianischen ökonomischen Denkens Recht, die sie als Imports substituierende Industrialisierung (ISI) konzipierte“ (Cervo, 2012, S.28). Der Regierung ging es nicht um die Substitution von Importen, sondern um die Vollziehung der Industrialisierung: Imports substitution war eine Konsequenz und keine Motivation oder gar ein Modell.

Die Industrialisierung erfolgte in drei Etappen: In der Ersten wurde die auf Rohstoffverarbeitung ausgerichtete Industrie eingeführt, dann die Basisindustrie und anschließend die Unternehmen und Technologien der dritten Generation. Zusätzlich, um die Entwicklung der rohstoffverarbeitenden Industrie zu fördern, setzte man auf Auslandsinvestitionen, eine staatliche Wirtschaftsplanung und Exportorientierung (vgl. Cervo, 2012, S.28; Schmalz, 2012, S.266).

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 verstärkte den lokalen Industrialisierungsprozess durch die ISI (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.195): Die Basisindustrie profitierte vom staatlichen Protektionismus aufgrund des Zusammenbruchs des Weltmarkts und den fehlenden Importmöglichkeiten von Industriegütern und wandte sich dem Binnenmarkt zu. Doch die Industrie kümmerte sich wenig um die eigene Produktivität, was eine Grundvoraussetzung ist für Unternehmen, die international wettbewerbsfähig sein wollen (vgl. Cervo, 2012, S.28; Calcagnotto, 2012, S.326; Novy/Calzadilla, 1995, S.195).

Die gesellschaftliche Machtbasis von Getúlio Vargas, Präsident von 1930 bis 1945 und von 1950 bis 1954, fußte auf drei Pakten: mit der städtischen Industriebourgeoisie, der ArbeitnehmerInnen und der Agraroligarchie. Dabei wurden sowohl Industrien als auch Agrarexportgüter staatlich gefördert. In dieser Zeit entstanden staatliche Regulierungsbehörden (z.B. der „Ausschuss zum Schutz der Zuckerproduktion“), um im Agrarexportsektor ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage beizubehalten, sowie den Erzeugerpreis und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stabilisieren (vgl. Calcagnotto, 2012, S.326).

In den 1950er Jahren wurde die Importsubstitutionspolitik umfassender betrieben. Dabei wurde der Agrarsektor einem Preis- und Angebotskontrollsystem unterworfen, um Produzentenpreise zu stützen und Konsumentenpreise zu subventionieren (vgl. Calcagotto, 2012, S.327).

Der Nordosten Brasiliens war zu dieser Zeit unterentwickelt. Daher wurde 1959 die Organisation SUDENE gegründet, die den Grund der Unterentwicklung im Fokus auf den Agrarexportsektor sah. Solange der Anteil der industriellen Fertigung nicht steigen würde, würden sich die *terms of trade* weiter verschlechtern (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.197).

1962 wurde die Nationale Versorgungsaufsichtsbehörde SUNAB gegründet, die die Weltmarktprodukte reglementierte. Die SUNAB regelte die Verteilung der Produkte, setzte Mindestpreise und Gewinnmargen fest, kontrollierte Ex- und Importmengen und war zur Beschlagnahmung von Nahrungsmitteln befugt (vgl. Calcagotto, 2012, S.327).

Um 1970 erreichte die ISI den Höhepunkt mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 11,5% (vgl. Schmalz, 2012, S.266).

Durch die Einführung der ISI verschob sich die Einkommenssteigerung in den nächsten Jahren von der Landwirtschaft in die Industrie. Der Binnenmarkt ersetzte den Exportsektor als Wachstumsmotor. Die Produktion erfolgte in Brasilien ausschließlich für den nationalen Markt. Unternehmen wie die Telekommunikation oder die Elektronikindustrie wurden verstaatlicht (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.198f.).

In den 50er Jahren wurden die Schwächen der ISI zum ersten Mal bemerkt: Sie war unfähig, adäquate Bedingungen auf der Nachfrageseite zu schaffen. Die Krise der ISI wurde nachfrageseitig verursacht, da der Markt auf einen kleinen Teil der Bevölkerung beschränkt war. Aufgrund der fehlenden Nachfrage der Bevölkerungsmehrheit kam es zu einer Veränderung der Substitutionsergebnisse hin zu einer Politik der Exportförderung (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.200).

In den nächsten Jahren fiel die Leistungsbilanz, durch den Ölpreisschock von 1973/74, den Verfall der übrigen Rohstoffpreise und den kostenintensiven Auslandsinvestitionen. Die Regierung vertiefte die Importsubstitution und förderte gleichzeitig die Exportpolitik durch den *Plano Nacional de Desenvolvimento*, um dem entgegenzuwirken (vgl. Schmalz, 2012, S.266). Doch der Plan scheiterte, es kam zu einem Verfall der Agrarexportpreise und einer Verschlechterung der *terms of trade* (vgl. Calcagotto, 2012, S.327; Schmalz, 2012, S.267; Novy/Calzadilla, 1995, S.201). Brasilien geriet 1981 in die Rezession (vgl. Schmalz, 2012, S.266; Novy/Calzadilla, 1995, S.201). In der Lateinamerikaforschung wird diese Dekade

des Nullwachstums „das verlorene Jahrzehnt“ genannt (vgl. Boris, 2009, S.67ff.²⁴; zitiert nach Schmalz, 2012, S.266).

6.5.2 Exportorientierte Industrialisierung

Die Wirtschaftspolitik orientierte sich nun an einer weltmarktorientierten Industrialisierung (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.201), denn durch die Verschuldungskrise mussten Devisen beschaffen werden. Importe wurden gedrosselt und Exporte angekurbelt. So wurde mit der Verschuldungskrise ein Konsens zwischen industriellen und agrarischen Interessen erzielt, um eine Wirtschaftspolitik einzuleiten, die die Produktion auf den Weltmarkt ausrichtete und somit Exportüberschüsse erleichterte. Durch die weltmarktorientierte Entwicklung wurden mehr Devisen erworben, als durch eine weitere ISI eingespart werden konnten (vgl. Calzadilla/Novy, 1992, S.242ff.²⁵; zitiert nach Novy/Calzadilla, 1995, S.202).

Vor allem transnationalen Unternehmen gelang der Sprung in den Weltmarkt, da sie über Zugang zu Technologie und Kenntnisse der internationalen Märkte verfügten. Auch staatliche Unternehmen wurden „multinationalisiert“: Sie intensivierten ihre globalen Netzwerke, diversifizierten ihre Produktion und suchten sich ausländische, finanzkräftige PartnerInnen (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.202). Um im Globalisierungsprozess bestehen zu können, war das zentrale Anliegen Brasiliens die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

ISI und Exportorientierung sind keine einander ausschließenden Strategien. Die durch multinationale Unternehmen getragene Phase der ISI war jedoch Grund dafür, dass Brasilien in die Strukturanpassungskrise stürzte (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.204).

6.5.3 Zwischenfazit: ISI in Brasilien im Vergleich zu Argentinien

In Brasilien war die nationale Industrialisierung das politische Hauptanliegen. Die Agrarwirtschaft war der zweitwichtigste Sektor und wurde direkt und fortwährend unterstützt (vgl. Cervo, 2012, S.29): Die Exporteinnahmen aus der Kaffeeproduktion finanzierten die Importsubstitution im Industriebereich (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.198).

In Argentinien erhielt weder der eine, noch der andere Sektor Priorität. Dies löste Konflikte zwischen beiden Sektoren, agrarisch und industriell, aus.

Das brasilianische Militärregime führte die Industrialisierung weiter und stärkte Wirt-

24 Boris, Dieter (2009): Lateinamerikas politische Ökonomie: Aufbruch aus historischen Abhängigkeiten im 21. Jahrhundert? (Erweiterte und aktualisierte Auflage) Hamburg: VSA.

25 Calzadilla, Bernardo/Novy, Andreas (1992): Brasilien: Vom Binnenmarkt zum globalen Markt. In: Beirat für wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitische Alternativen: vom obsoleten zum adäquaten marktwirtschaftlichen Denken. Marburg: Metropolis. S.235-252.

schaftsverbände und Gewerkschaften mittels Staatskorporatismus. Die argentinische Militärregierung unterdrückte hingegen die Organisation derselben. Durch die Kooperationen hatten die brasilianischen IndustrieunternehmerInnen keine Konflikte mit dem Agrarsektor. Dieser wurde als die Quelle des nationalen Reichtums angesehen und war in den Entwicklungsstrategien der Regierung präsent. Im brasilianischen Entwicklungsprozess herrschte eine natürliche Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Industrie. Die beiden wirtschaftlichen Basissektoren galten als komplementär und ein strukturelles Gleichgewicht zwischen ihnen war für den Entwicklungsprozess unabdingbar. Diese industrielle Ausrichtung förderte die Landwirtschaft in solch einem Maße, dass die Landwirtschaftsindustrie das höchste Niveau der Produktivität erreichte und Brasilien weltweit größter Lebensmittelexporteur war (vgl. Cervo, 2012, S.29f.).

6.6 ISI in Chile

Chiles Wirtschaft war von 1850 bis 1930 durch den Export von Salpeter gekennzeichnet. Doch die Einführung der künstlichen Herstellung von Salpeter in den Industrieländern führte die chilenische Wirtschaft in den 1920er Jahren in eine Krise. Salpeter wurde nun durch Kupfer als Hauptexportprodukt verdrängt. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 setzte der am Export orientierten chilenischen Wirtschaft stark zu und führte zu ihrer Umstrukturierung (vgl. Kay, 2004, S.525ff.): „Der Einbruch bei den Exporteinnahmen und die daraus resultierende Knappheit an Importkapazitäten diente der Förderung des nationalen Industriesektors, der sich schnell zum dynamischsten Bereich der chilenischen Wirtschaft mausern sollte“ (Kay, 2004, S.527).

Ende der 30er Jahre begann der Staat diesen Industrialisierungsprozess aktiv zu unterstützen durch die Einführung von protektionistischen Handelsschranken gegenüber ausländischem Wettbewerb, durch die Verbesserung der Infrastruktur und durch finanzielle Ressourcen. Der Staat wurde zum Hauptförderer der ISI und einer nach innen gerichteten Entwicklungspolitik mit einem Fokus auf den Binnenmarkt (vgl. Kay, 2004, S.527; Taylor, 2006, S.15; Sapelli, 2003, S.2).

Die Weltwirtschaftskrise führte in der Gesellschaft zu Misstrauen gegenüber der *laissez-faire* Praktiken einer Regierung und zu einer breiten Akzeptanz der Staatsintervention, da diese Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze versprach (vgl. Silva, 2007, S.71). Durch diese institutionalisierte Form der Einmischung versuchte der Staat die Arbeiterklasse in die kapitalistische Entwicklung einzuspannen, kontrollierte das Wachstum subversiver

Ideologien und stellte finanzielle Mittel zur Verfügung, um die industrielle Flaute zu überwinden (vgl. Taylor, 2006, S.16). So wurde unter dem chilenischen Präsidenten Pedro Aguirre Cerda (1938-1941) die staatliche Entwicklungskorporation CORFO gegründet, die sich entwickelnde Industrien beriet und sie finanziell unterstützte (vgl. Taylor, 2006, S.15; Silva, 2007, S.73). Die gesellschaftliche Oberschicht um Finanzleute, HändlerInnen, GrundbesitzerInnen und Industrielle unterstützen die ISI-Politik: Die Weltwirtschaftskrise machte ihnen bewusst, dass interne Wirtschaftsentfaltung und die Stimulation der binnenländischen Industrie der einzige Weg war, Wirtschaftswachstum zu erreichen (vgl. Drake, 1973²⁶; zitiert nach Silva, 2007, S.72). Zusätzlich unterstützte auch die nordamerikanische Regierung und internationale Organisationen die Grundsätze der ISI, um die kapitalistische Entwicklung in der „Dritten Welt“ zu fördern (vgl. Taylor, 2006, S.16).

Da der Kupferexport 75% der chilenischen Exportverdienste darstellte, war die Kapitalakkumulation den Weltmarktpreisen ausgeliefert. Zudem war Chile abhängig von den USA als Abnehmerin und Verkäuferin von technologischen und konsumorientierten Importen (vgl. Taylor, 2006, S. 18).

Der Agrarsektor hatte zunehmend Schwierigkeiten, den Lebensmittelbedarf der wachsenden Städte zu decken: Inländisch wurde zu wenig produziert, die Nachfrage stieg aber weiter an. Dadurch verschlechterte sich die Handelsbilanz (vgl. Kay, 2004, S.527f.). Ein ungleich verteilter Grundbesitz und der Wechsel zur ISI-Politik, die durch geringe öffentliche Investitionen in die Landwirtschaft, durch Preisregelungen und Fremdwährungskurse den Agrar- und Kupfersektor diskriminierte, begründeten das Versagen der Landwirtschaft. Eine Agrarreform war notwendig, um langfristige Wachstumsraten zu erreichen, international wettbewerbsfähig zu werden und den Lebensstandard der LandwirtInnen zu verbessern. Seit den 50er Jahren wurden Reformen im Agrarbereich angestrebt: Wirtschaftliche Stagnation und soziale Diskriminierung von KleinlandwirtInnen sollten durch ein Programm der Kontinuität und des Wandels behoben werden. Die Methoden der ISI wurden intensiviert, gleichzeitig modernisierten Landreformen den Agrarsektor, da dieser als Schlüssel zur Industrialisierung und Wettbewerbsfähigkeit angesehen wurde (vgl. Kay, 2004, S.528f.; Kirsch, 1977²⁷; zitiert nach Silva, 2007, S.73; Silva, 2007, S.73; ebd. S.75). Wachstum wurde angestrebt, Industriepolitiken verstärkt und die Sozialhilfe eingeführt.

26 Drake, Paul W. (1973): The Political Responses of the Chilean Upper Class to the Great Depression and the Threat of Socialism. In: Cople Jaher, Frederic (Hrsg.): The Rich, the Wellborn, and the Powerful. Urbana: University of Illinois Press.

27 Kirsch, Henry (1977): Industrial Development in a Traditional Society. Gainesville: University of Florida Press.

Diese Politik schuf eine zustimmende soziale Koalition aus Industriellen, der Mittelschicht und städtischen Arbeitskräften; GrundbesitzerInnen und LandwirtInnen waren ausgeschlossen.

Während der 50er und 60er Jahre wurden die Probleme der ISI-Politik sichtbar: Staatliche Ausgaben für die Industrie und Sozialhilfe führten zu inflationärem Druck. Um diesem Druck standzuhalten, benötigte es die Unterstützung des IWF, die jedoch den Industrien einen „Stopp-Start-Charakter“ gab und zu sozialen und politischen Unruhen führte. Der Mineralexport finanzierte bereits einen Großteil der ISI, doch internationale Krisen führten zu Zahlungsausfällen. Der Sektor stagnierte, da der Fokus auf dem Binnenmarkt und nicht auf internationaler Wettbewerbsfähigkeit lag (vgl. Silva, 2007, S.74f.). Die intermediäre ISI hatte ihr Limit erreicht. Um die vertikale Stufe zu erreichen wurden Investitionen benötigt. Doch die Industrialisierung hatte sich auf Industrien fokussiert, die Technologien voraussetzten. Zunächst benötigte es jedoch Basisindustrien und langlebige Konsumgüter (vgl. Prebisch, 1970; zitiert nach Silva, 2007, S.75).

Abschließend ist festzuhalten, dass in Chile vor allem politische Faktoren, der durch die USA geförderte Militärputsch des sozialistischen Präsidenten Salvador Allendes (1970-1973) und nicht ökonomische, verantwortlich waren für das Ende der ISI (vgl. Silva, 2007, S.75).

6.7 Zwischenfazit: ISI in Chile im Vergleich zu Argentinien und Brasilien

Das Wirtschaftswachstum in Chile, auf dem Rücken der Weltwirtschaftskrise stattfindend und auf der ISI basierend, war abhängig von den Weltmarktpreisen für Kupfer und verlor bald an Geschwindigkeit wegen des kleinen binnenländischen Marktes und der Ineffizienz der Importsubstitution (vgl. Sapelli, 2003, S.12). Sapelli nutzt als Indikator für die Produktivität der Wirtschaft die Kaufkraft des Exports (pro Kopf). Diese zeigt für Chile, an unten abgebildeter Grafik, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Wachstumsschub stattfand, doch nach der ersten Dekade das Einkommensniveau einbrach. 1929 erfolgte ein Aufschwung, der in eine lange Periode der Stagnation überging. Erst in den 80er Jahren konnte die Wirtschaft wieder Wachstumswachstum verzeichnen und 1992 wurde das Level von 1929 erreicht (vgl. Sapelli, 2003, S.13).

Chile: Per capita capacity to import

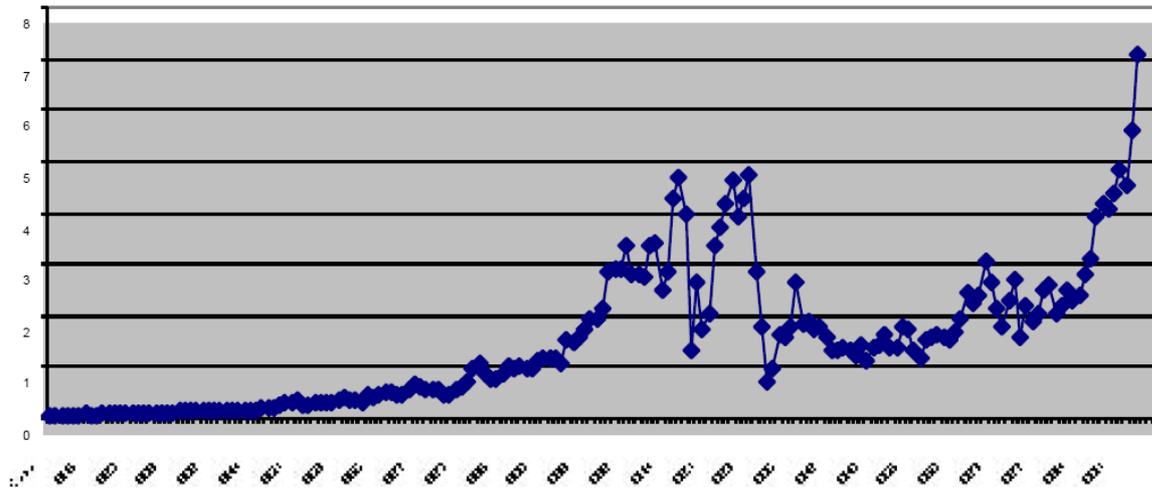


Abb. 3: Chile: Per capita capacity to import.

Quelle: Sapelli, Claudio (2003): The Political Economics of Import Substitution Industrialization. Documento de Trabajo, 257. Verfügbar unter http://www.economia.puc.cl/docs/dt_257.pdf (10.09.2014).

Die Wirtschaftskrise führte in Argentinien zu politischen Unruhen, die 1930 in einen Militärputsch mündeten. Die darauf folgende Militärregierung hatte kein Interesse an Nationalismus und dem Industriesektor, stattdessen konzentrierte sie sich auf die Landwirtschaft (vgl. Smith, 1969²⁸; zitiert nach Silva, 2007, S.79). Mit dem Machtantritt Peróns wurden die Interessen der Arbeitskräfte schließlich in die Politik aufgenommen. Die Regierung enteignete die in Privatbesitz befindliche Eisenbahn, das Kommunikationssystem und die Häfen. Der Staatsdirigismus über den Außenhandel gab dem Staat das Monopol auf den Export von Agrarprodukten (vgl. Skidmore/Smith, 1997, S.88²⁹; zitiert nach Silva, 2007, S.79). Peróns ISI wurde durch die staatliche *Banco Industrial* bezahlt, die jedoch Mittel- und Kleinindustrien bevorzugte und diese durch Handelsbarrieren schützte. Diese Politik diskriminierte auch landwirtschaftliche Interessen (vgl. Waisman, 1987, S.138³⁰; zitiert nach Silva, 2007, S.79); aus diesem Grund stagnierte der Agrarsektor, obwohl er den Großteil des Außenhandels ausmachte. Inflation und Zahlungsschwierigkeiten waren die Folge. Die Zustimmung zu Peróns Wirtschaft war in Argentinien geringer als in Brasilien oder Chile. Die Kluft zwischen einerseits den Klein- und mittelgroßen ProduzentInnen und der Mittelschicht und andererseits den LandwirtInnen und GroßproduzentInnen verursachte

28 Smith, Peter H. (1969): Politics and Beef in Argentina: Patterns of Conflict and Change. New York: Columbia University Press.

29 Skidmore, Thomas E./Smith, Peter H. (1997): Modern Latin America. (4. Auflage) New York: Oxford University Press.

30 Waisman, Carlos (1987): Reversal of Development in Argentina: Postwar Counterrevolutionary Policies and Their Structural Consequences. Princeton: Princeton University Press.

politische Instabilität, da anders als in Brasilien oder Chile keine Bemühungen unternommen wurden, die Konflikte zu lösen (vgl. Silva, 2007, S.79).

Brasilien und Chile folgten einem stabileren Weg, der auf Staatsausbau und Industrialisierung abzielte (vgl. Skidmore, 1967³¹; zitiert nach Silva, 2007, S.80). Bevor Brasilien eine Industriepolitik einleitete vollzog es die Zentralisierung der Macht „in the federal executive and laid the institutional foundations for the state corporatist incorporation of labor into the political system“ (Haggard, 1990³²; zitiert nach Silva, 2007, S.80). Die Regierung etablierte Basisindustrien als öffentliche Unternehmen. Diese Politik, im Gegensatz zur Situation in Argentinien und Chile, diskriminierte nicht den Export von landwirtschaftlichen Gütern. 1952 wurde die BNDES gegründet, die aufstrebende Industrien förderte. Der öffentliche Sektor in Brasilien und Chile, anders als in Argentinien, kooperierte mit dem Privatsektor. Aufgrund der nicht vorhandenen Diskriminierung in Brasilien konnte sich der Agrarsektor ausweiten und eine adäquate Versorgung garantieren und hatte nicht mit Produktionsschwierigkeiten wie in Chile zu kämpfen. In Brasilien konnte mit dieser Politik eine unterstützende Koalition aus Industriellen, der Mittelschicht, GrundbesitzerInnen und teilweise aus Arbeitskräften geschaffen werden. Internationales Kapital wurde jedoch vermieden und LandwirtInnen ausgeschlossen.

In den 50er und 60er Jahren wurde das Limit der ISI erreicht (vgl. Silva, 2007, S.80). Es wurde offensichtlich, dass die Entwicklungsstrategie angepasst werden musste und dass diese Anpassung den Antrieb des Exports bedeutete (vgl. Prebisch, 1970³³; zitiert nach Silva, 2007, S.80). Die Staaten reagierten auf die Probleme mit der Intensivierung der Industrialisierung durch Produktdiversifikation von Konsumgütern und steigerten die Entwicklung der Basisindustrie. Brasilien brachte diesen Weg weiter voran als Argentinien und Chile. Die Staaten diversifizierten die Exporte, eine Verlagerung fand statt vom Agrar- und Mineralexport hin zum Export industrialisierter Güter. HauptabnehmerInnen waren lateinamerikanische Handelsverbände. Der Agrarsektor wurde jedoch lediglich in Brasilien reformiert und diversifiziert.

Die lateinamerikanischen Staaten befanden sich zu dieser Zeit in unterschiedlichen politischen Konstellationen. In Chile erfolgte die Anpassung der Industriepolitik und Landwirtschaft unter demokratischen Regierungen, bis die Bemühungen in der Diktatur von 1973

31 Skidmore, Thomas E. (1969): *Politics in Brazil, 1930-1964: An Experiment in Democracy*. London: Oxford University Press.

32 Haggard, Stephan (1990): *Pathways from the Periphery: The Politics of Growth in the Newly Industrializing Countries*. Ithaca: Cornell University Press.

33 Prebisch, Raúl (1970): *Change and Development: Latin America's Great Task*. New York: Praeger.

endeten. In Brasilien und Argentinien nahmen Militärregierungen die Probleme der ISI in Angriff. Diese trugen notwendige Anpassungen jedoch auf den Schultern der Arbeitskräfte aus (vgl. Silva, 2007, S.80f.). Unter der Diktatur Pinochets erfolgte in Chile der Wandel hin zu einer neoliberalen Politik – ein harscher Bruch mit den Methoden der ISI und eine Verschiebung hin zu einer orthodoxen, IWF-gesponserten Stabilisation und ökonomischer Lockerung. Argentinien folgte 1976, jedoch bezogen auf die Privatisierungswelle nicht so radikal wie Chile. Brasilien ging neoliberale ökonomische Reformen langsamer und später, in den 1990er Jahren, an. Trotz substantieller Veränderungen legte Brasilien, anders als Argentinien und Chile, den *developmental state* nie ab oder verbannte gar die Industriepolitik (vgl. Weyland, 1996³⁴; zitiert nach Silva, 2007, S.82f.).

6.8 Exkurs: Wie die ISI erfolgreich funktionieren kann – am Beispiel Südostasiens

Auch Südostasien durchlebte seit 1950 eine ähnliche Entwicklung wie Lateinamerika, charakterisiert durch rasches und kontinuierliches Wachstum. Seit dem Ende der 70er Jahre gingen ihre Wege jedoch auseinander. Für die lateinamerikanischen Länder stellten die 80er Jahre eine „verlorene Dekade“ dar, die südostasiatischen Länder konnten ihr Wachstumstempo jedoch beibehalten. Vergleicht man Südkorea und Brasilien, so war beider langfristiger Entwicklungen gekennzeichnet durch kontinuierliches Wachstum. Doch während Südkorea seine Wachstumsraten halten konnte, halbierten sich die brasilianischen zwischen 1950 und 1983. Nun stellt sich die Frage: Was haben die lateinamerikanischen Länder falsch gemacht (vgl. Calzadilla/Novy, 1995, S.36ff.)?

Zentraler Unterschied ist die Bedeutung des Exports. In den südostasiatischen Staaten wurde die Exportorientierung als zentraler Wachstumsfaktor gesehen. In den 80er Jahren stiegen die Exporte um jährlich 10%, während andere Entwicklungsländer Rückgänge verzeichnen mussten. In Lateinamerika war der Exportanteil auch geringer, da die Staaten lediglich Primärgüter und keine industriellen Güter exportierten (vgl. Calzadilla/Novy, 1995, S.37). In Südkorea wurde die ISI nur bis zum Beginn der 60er Jahre verfolgt, dann wurde der Schwerpunkt auf eine exportorientierte Industrialisierung gelegt, um arbeitsintensive Industrien zu fördern. Die Industriesektoren wurden ausgebaut, die hohe Exporterlöse erzielen konnten, um die Importe zu finanzieren (vgl. Calzadilla/Novy, 1995, S.38).

Ein weiterer Grund für den Misserfolg in Lateinamerika ist in der Auslandsverschuldung zu sehen: Lateinamerikanische Staaten waren höher verschuldet, als sie fähig zur Rückzah-

34 Weyland, Kurt (1996): *Democracy without Equity: Failures of Reform in Brazil*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.

lung waren. Südostasiatische Staaten konnten ihrem Schuldendienst besser nachkommen. Sie verwendeten Kredite für die Förderung der exportorientierten Industrialisierung. Aufgrund der Binnenmarktorientierung der lateinamerikanischen Staaten reagierten diese sensibler auf externe Schocks und waren abhängig vom Import von Industriegütern.

Die südostasiatischen Länder gingen bereits in den 70er Jahren von der ISI über zu einer exportorientierten Industrialisierung, da die Kosten der ISI anstiegen und die Märkte begrenzt waren. In Lateinamerika war dies erst nach der Schuldenkrise feststellbar.

In Südostasien hatte der Staat eine aktive und starke Rolle bei der Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung inne, eine konservative Wirtschaftspolitik wurde durchgesetzt. In Lateinamerika dominierte eine populistische Politik (vgl. Calzadilla/Novy, 1995, S.36ff.). Durch autokratische Regierungsformen wurden Gewerkschaften unter Kontrolle gehalten und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität musste nicht gleich zu höheren Löhnen führen (vgl. Calzadilla/Novy, 1995, S.39). Die sogenannten „Chaebols“, als Familienunternehmen entstandene Unternehmensgruppen wie Hyundai oder Samsung, waren Instrumente in der Wirtschaftspolitik des Staates und haben den Industrialisierungsprozess mitbestimmt. Zu ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit führte die gezielte Förderung durch vorbestimmte Exportleistungsstandards (vgl. Calzadilla/Novy, 1995, S.39).

6.9 Fazit der ISI

Die Krise der ISI ließ lateinamerikanische Staaten über Veränderungen nachdenken: die Intensivierung von nach innen gerichteten Entwicklungsmodellen, die die Verletzlichkeit gegenüber ausländischen Schocks minimieren würden, oder ein exportorientiertes Modell auf der Basis einer Kombination aus Exportintensivierung und -diversifizierung. Die Länder, die bereits eine industrielle Basis aufgebaut hatten, wie Argentinien und Chile, entschieden sich für Ersteres, da es hier eine starke Lobby gab, die die heimische Industrie schützen wollte (vgl. Sapelli, 2003, S.5).

BefürworterInnen der ISI weisen auf die nationalen Statistiken hin, die beweisen, dass diese Strategie beachtliches Wachstum geliefert hat (vgl. Sapelli, 2003, S.2). Doch hinter der staatlichen Schutzwand wuchs ein ineffizienter Industriesektor, dessen Produkte höhere Preise erreichten als die Weltmarktpreise (vgl. Sapelli, 2003, S.6). Zudem waren die inländischen Industrien nicht wettbewerbsfähig, aufgrund der verzerrten Preise, der oligarchisch ausgerichteten Märkte und dem nicht vorhandenen Degressionseffekt. Vor allem in Chile war dies der Fall.

Die ISI hatte drei Schlüsselprobleme: erstens der mangelhafte Fokus auf die Exporte, was die Fähigkeit Devisen zu generieren verhinderte; zweitens die Verletzlichkeit für *terms of trade*-Schocks aufgrund dieser geringen Exportbasis und drittens makroökonomische Politiken, die das Vermögen der Unterschicht erhöhen sollten (vgl. Sapelli, 2003, S.7).

Die ISI verhinderte ein Wachstum des Exportsektors, da die hohen Kosten der industriellen Produktion es den eigenen gefertigten Produkten erschwerten auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen (vgl. Sapelli, 2003, S.8).

Eine Stagnation der Exporte war die logische Konsequenz der ISI, jedoch wurde diese erst sichtbar, als die *terms of trade* in den 50er und 60er Jahren fielen. Dies zeigte, wie sehr kleinere Länder den Veränderungen der *terms of trade* ausgesetzt sind. Sinkende *terms of trade* wurden durch straffere Handelsbarrieren bewältigt, die jedoch auch dann beibehalten wurden, als sich die *terms of trade* wieder verbesserten, ein anheizender Effekt, der zu einer geschlossenen Volkswirtschaft führte. Die vollständige Abschottung der Wirtschaft ließ die Verletzlichkeit gegenüber den *terms of trade* weiter steigen. Die Devisen, die auf diese Weise gespart wurden, waren gleich null und führten zu Krisen in der Zahlungsbilanz, Krisen, die die ISI eigentlich hätte verhindern sollen.

Die staatliche Schutzstrategie verursachte durch höhere Preise Kosten, sowohl für die ExporteurInnen, als auch für die Bevölkerung. Der Staat versuchte deshalb für die Gruppen, die von Preissteigerungen betroffen waren, aufzukommen. Finanziert wurde dies durch eine weitreichende Geldmarktpolitik (vgl. Sapelli, 2003, S.9). Diese makroökonomische Politik kreierte einen Teufelskreis „in which expenditure financed by monetary expansion generated excess demand for imports, that was handled by increasing protection, that created the need for further subsidies, and so on“ (Sapelli, 2003, S.10).

Es gab zwei Wege aus diesem Teufelskreis: Ersterer beinhaltete den Anstieg von Steuern bis zur Zwangsenteignung von Aktiva, der zweite das Sinken der Steuern, das bedeutete, dass andere Wachstumsstrategien benötigt wurden (wie Wachstum durch Exportorientierung). Viele Länder bestritten den ersten Weg, so wie Chile mit der Verstaatlichung von Kupferminen und einer Agrarreform, Brasilien bestritt jedoch den zweiten Weg. Aus diesem Blickwinkel war die ISI eine Fehlentwicklung (vgl. Sapelli, 2003, S.11).

7. Demokratisierungswelle der 80er Jahre

7.1 Perspektiven der Demokratisierung: von der Transition zur Konsolidierung

Demokratie wird in der Politischen Wissenschaft als

„Wettbewerb politischer Parteien um den Zugang zur politischen Macht durch regelmäßige, geheime und allgemeine Wahlen begriffen. Zu den Voraussetzungen für einen *effektiven* Wettbewerb gehört ein Umfeld, in dem fundamentale Menschenrechte und besonders Rechtsgarantien [...] beachtet werden müssen“ (Heinz, 2001, S.17).

Der Demokratietheoretiker Joseph Schumpeter führte den prozeduralen Demokratiebegriff ein. Dieser zielt auf die Entscheidung zwischen kompetitiven Eliten ab: Um in einer Demokratie politische Entscheidungen zu treffen, erwerben Einzelne die Entscheidungsbefugnis durch die Stimmen des Volkes (vgl. Schumpeter, 1950, S.428). Eine permanente Veränderung schreitet dabei prozesshaft voran: Um Demokratien aufrechtzuerhalten benötigt es demokratieverträgliche und sie stützende Sozialstrukturen (vgl. Nohlen, 1987a, S.5, S.17³⁵; zitiert nach Heinz, 2001, S.18). Der Politikwissenschaftler Bernd Guggenberger setzt Demokratie mit Partizipation gleich. Eine fortschreitende Demokratisierung soll durch eine pluralistische Gesellschaft erreicht werden. Dieses gesamtgesellschaftliche Gleichgewicht verhindert eine Monopolisierung von politischen Entscheidungen im Dienste einzelner Interessengruppen (vgl. Guggenberger, 1985, S.134ff.).

Politikwissenschaftler Rainer Tetzlaffs Minimaldefinition von Demokratie beinhaltet Mindestkriterien, die auch in der lateinamerikanischen Diskussion akzeptiert werden. Diese sind freie, faire, regelmäßig wiederkehrende Wahlen, die Anerkennung von Menschenrechten und Bürgerfreiheiten, sowie die Rechtsbindung von Politik, die Gewaltenteilung und Machtkontrolle voraussetzt (vgl. Tetzlaff, 1997, S.102³⁶; zitiert nach Heinz, 2001, S.19).

Demokratisierung ist ein langfristiger, komplexer und widersprüchlicher Entwicklungsprozess. Die Zivilgesellschaft spielt dabei eine besondere Rolle, da sie Widerstand gegen unerwartete Veränderungen verringern und die Isolierung der Politik von der Gesellschaft verhindern kann. Interessenunterschiede können so frühzeitig geklärt werden (vgl. Lipset, 1994, S.13). Damit widersprach der Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset den Ansätzen, die von einem hohen Wirtschaftswachstum auf eine Demokratisierung schließen. Lipsets Ansatz ist deswegen besonders interessant, da in Lateinamerika gesellschaftliche Defizite für die fehlende Demokratiefähigkeit verantwortlich gemacht werden (vgl. Heinz, 2001, S.20).

Ende der 80er Jahre begann in Argentinien, Brasilien und Chile erfolgreich die Transition

35 Nohlen, Dieter (1987): Mehr Demokratie in der Dritten Welt? Über Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie in vergleichender Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25-26, S.3-18.

36 Tetzlaff, Rainer (1997): Demokratie. In: Albrecht, Ulrich/Volger, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik. München/Wien: Oldenbourg. S.102-104.

zur Demokratie. Transition ist ein Prozess der politischen Demokratisierung, der mit den ersten freien Wahlen, einer neuen Verfassung oder dem Machtwechsel nach den ersten freien Wahlen beendet wird. Auf einen erfolgreichen Transitionsprozess folgt die Konsolidierung der Demokratie, in der sich die Demokratie verfestigt. Es ist jedoch auch möglich, dass sie in eine oligarchische Demokratie zurückfällt, wie in lateinamerikanischen Ländern, in denen formal-demokratische Institutionen einer geringen politischen Beteiligung der Bevölkerung gegenüberstehen (vgl. Heinz, 2001, S.24f.). Als Kriterium für den Übergang von der Transition zur Konsolidierung werden die zweiten erfolgreich durchgeführten Wahlen genannt (vgl. Huntington, 1991, S.266³⁷; zitiert nach Heinz, 2001, S.26) oder die Verabschiedung einer neuen Verfassung (vgl. Heinz, 2001, S.26).

Der Politikwissenschaftler Adam Przeworski weist das Argument zurück, dass Diktaturen ein höheres Wirtschaftswachstum erreichen als Demokratien. Ebenso führt nicht ein wirtschaftlicher Aufschwung notwendigerweise zu einer Demokratie, wie bereits Lipset widersprach. Existiert bereits eine Demokratie, wird das Wirtschaftswachstum jedoch einen positiven Effekt auf ihr Überleben haben (vgl. Przeworski et al., 1996, S.40f.). Zudem überlebt eine Demokratie eher, wenn die Einkommensungleichheit mit der Zeit verringert wird (vgl. Przeworski et al., 1996, S.43).

7.2 Die Situation in Lateinamerika

Das westliche Demokratiemodell kann nicht unreflektiert auf Lateinamerika übertragen werden, da spezifische historische Erfahrungen und kulturelle Determinanten beachtet werden müssen (vgl. Wiarda, 1990³⁸; zitiert nach Heinz, 2001, S.30). Lateinamerikanische Erfahrungen mit Demokratie waren historisch kurz und eher unglücklich. Es gab keinen eindeutigen, vorwärts gerichteten Weg zur Demokratie, sondern einen unsicheren Prozess mit Unterbrechungen, Rückfällen und demokratischem Neubeginn. Die politische Entwicklung führte nicht zu einem Trumpf der Demokratie, sondern versöhnte sich und passte sich an autoritäre, korporative und undemokratische Formen an. Vielfach ging dabei die politische Entwicklung nicht Hand in Hand mit sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung, sondern gefährdete und unterstützte sie gleichermaßen (vgl. Wiarda, 1990, S.5f³⁹; zitiert nach

37 Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman/London: University of Oklahoma Press.

38 Wiarda, Howard J. (1990): *The Democratic Revolution in Latin America*. New York/London: Holmes & Meier.

39 Wiarda, Howard J. (1990): *The Democratic Revolution in Latin America*. New York/London: Holmes & Meier.

Heinz, 2001, S.30f.).

Der Politikwissenschaftler Manfred Mols hält vier Ergänzungen für nötig, die für den lateinamerikanischen Begriff einer offenen, pluralistischen Demokratie Hindernisse darstellen: die langjährige Erfahrung mit der nationalen Autonomie lateinamerikanischer Länder, sowie die Abhängigkeit von Europa und den USA, die Marginalität großer Teile der Bevölkerung, das Verständnis von Demokratie als soziale Demokratie und das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, bei dem Misstrauen und Kontrollversuche seitens des Staates vorherrschen (vgl. Véliz, 1980⁴⁰; zitiert nach Heinz, 2001, S.31).

Zu Beginn der 80er Jahre erfolgte eine lateinamerikanische (Re-)Demokratisierungswelle auf die in den 70er Jahren herrschenden autoritären Regime. Möglich war dies aufgrund der schwachen gesellschaftlichen Unterstützung für die Diktaturen: Sie hinterließen eine katastrophale sozioökonomische Leistungsbilanz und ächteten Menschenrechte. Manchmal leiteten die Militärs selbst die Demokratisierung ein, entweder flohen sie daraufhin oder zogen sich kontrolliert zurück, oder die Demokratisierung wurde zwischen alten und neuen Eliten friedlich verhandelt. Selten war der Prozess „von unten“ erkämpft oder ging mit Gewaltanwendung einher. Die Errichtung der lateinamerikanischen Demokratien war nicht an ein gewisses sozioökonomisches Entwicklungsniveau gebunden, sondern hing von den Handlungen der politischen AkteurInnen ab. Die Transitionsprozesse führten zu liberal-repräsentativen Demokratien.

Es stellte sich die Frage, ab wann ein politisches System als demokratisch einzustufen sei. Ausgehend von Robert A. Dahls „Polyarchie-Konzept“ begründen freie und faire Wahlen, sowie politische Freiheitsrechte eine Demokratie. Die Durchführung kompetitiver Wahlen in den 80er Jahren markierten demzufolge den Zeitpunkt der flächendeckenden Demokratisierung Lateinamerikas. Da der Demokratiebegriff an den Wahlen festgemacht wurde, erntete dieser Kritik. Man konnte und wollte lateinamerikanische Staaten nicht als Demokratien bezeichnen, wenn sie eine defizitäre Qualität wie rechtsstaatliche Mängel oder die verbleibende Militärmacht aufwiesen. Deswegen wird oft von „defekter Demokratie“ gesprochen. Der Begriff bezieht sich nicht auf die Unterscheidung zwischen Demokratien und Nichtdemokratien, sondern auf ein demokratisches System, das gemessen an den entwickelten liberal-rechtsstaatlichen Demokratien gewisse Mängel aufweist.

In Lateinamerika gilt die Demokratie als wichtige Voraussetzung für die sozioökonomische

40 Véliz, Claudio (1980): *The Centralist Tradition in Latin America*. Princeton: Princeton University Press.

Entwicklung. Doch die Demokratisierung sparte die ökonomische und soziale Sphäre bisher aus: Soziale Ungerechtigkeit, Marginalisierung und Diskriminierung von Bevölkerungsanteilen stehen der gleichberechtigten Mitwirkung und Teilhabe am gesellschaftspolitischen Leben und Wohlstand entgegen. Der gleichzeitige Übergang zu einer neoliberalen Marktwirtschaft verschärfte die sozialen Probleme (vgl. Krennerich, 2003). Der neoliberale Übergang wurde möglich, da es aufgrund der Diktaturen kein linkes Parteienspektrum mehr gab, die die Demokratie hätte dazu nützen können, ein alternatives Entwicklungsprojekt zu errichten (Konecny, 2008, S.3).

7.2.1 In Argentinien

In Argentinien kam das Ende der Militärherrschaft durch einen Bruch und nicht etwa als Folge von Verhandlungen wie in Brasilien und Chile zustande. Nach der Niederlage im Falklandkrieg (1982) setzte das Militär selbst Präsidentschaftswahlen an (vgl. Heinz, 2001, S.92f.). Drei Präsidenten haben seitdem der politischen Entwicklung Argentiniens eine einflussreiche Richtung vorgegeben: Raúl Alfonsín (1983-1989), Carlos Menem (1989-1999) und Néstor Kirchner (2003-2007). Sie alle mussten jeweils die Probleme, die die Vorgängerregierung hinterließ, aufarbeiten. Im Falle Alfonsíns war dies der Autoritarismus und die Missachtung der Menschenrechte durch das Militär. Alfonsín fokussierte sich auf die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, ließ jedoch wirtschaftliche Aspekte schleifen. Menem setzte hier an und wollte der Wirtschaft durch liberale Reformen Wachstumsimpulse verleihen. Kirchners Kurs bestand darin, die sozial bedenklichen Reformen seines Vorgängers Menem rückgängig zu machen.

Alfonsín ging als Sieger aus den ersten demokratischen Wahlen hervor (vgl. Waldmann, 2010, S.136f). Der Politiker verkörperte dieselbe Aufbruchstimmung, die nach der Militärherrschaft bei der Bevölkerung dominierte. Nach Jahren der Repression und Zensur wurden demokratische Werte neu entdeckt. Viele BürgerInnen waren zur politischen Partizipation bereit: Pluralismus und Toleranz, ein friedliches Miteinander im Rahmen der Gesetze und demokratischer Institutionen, Menschenleben als das höchste Gut und Gemeinwohl vor Einzelinteressen waren Werte, die angestrebt wurden. Alfonsín gründete eine Untersuchungskommission, die *Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*, die sich mit der Aufarbeitung der Verbrechen der Militärjunta beschäftigte und sorgte dafür, dass sich die Hauptverantwortlichen vor Gericht verantworten mussten. Denn die Aufklärung der finsternen Kapitel in der Geschichte eines Staates ist unabdingbar, wenn ein Staat seiner

Rechtsstaatlichkeit gerecht werden will. Die Zivilgesellschaft wurde jeglicher Schuld freigesprochen; die Schuld wurde zu gleichen Teilen dem Militär und Guerillagruppen zugeteilt, womit eine nationale Versöhnung ermöglicht wurde.

Doch die Streitkräfte ließen Alfonsín die Grenzen seiner demokratischen Präsidentschaft spüren, wie der Osteraufstand von 1987 und die Aufstände von 1988 und 1990 zeigten (vgl. Waldmann, 2010, S.138f., Heinz, 2001, S.95). Anders als andere neue Demokratien erlebte Argentinien eine Vielzahl an Militärrebellionen. Das Wort Rebellion macht deutlich, dass es nicht ihre Absicht war, die gewählte Regierung abzusetzen, sondern durch Androhung und Anwendung von Gewalt ihre Interessen gegenüber der Regierung und dem Armeegeneralstab durchzusetzen (vgl. Heinz, 2001, S.97).

Alfonsín scheiterte mit seinem Anspruch, die Interessen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände zu vereinbaren. Der *Plan Austral* (1985), der die Inflation stoppen sollte, zeigte, wie sehr die Interessen beider Seiten voneinander abwichen. Die Wirtschaftskrise tat ihr Übriges, um den Staat zu lähmen (vgl. Waldmann, 2010, S.140). Während der Hyperinflation kam es zu Hungeraufständen und Massenplünderungen, sodass Alfonsín seine Amtsgewalt auf Menem übertrug. Die Hyperinflation zeigte die Sackgasse auf, in der sich das Land aufgrund des langen Kurses der Importsubstitution befand. Um die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren, unternahm man einen harschen Kurswechsel, den *golpe de mercado*: Defizitäre Staatsunternehmen wurden verkauft und öffentliche Wohlfahrtsleistungen gestrichen, damit sollte der Staatshaushalt seine Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Die Befreiung der Wirtschaft von Restriktionen und Auflagen sollte Wachstumsimpulse bringen. Die Bevölkerung stimmte dieser Kehrtwende zu, die in den Neoliberalismus mündete (vgl. Waldmann, 2010, S.141). Dieser Kurswechsel entsprach der allgemeinen internationalen Konjunktur- und Stimmungslage: Der Kapitalismus triumphierte, er schien die optimale Entwicklungsstrategie zu sein (vgl. Waldmann, 2010, S.142). Menem weitete die neoliberale Politik auch auf die Verteidigungspolitik aus. Hinsichtlich Begnadigungen von Armeeingehörigen war er sehr freizügig. Er begründete dies damit, dass endlich eine Versöhnung des Landes stattfinden und mit dem Wiederaufbau der Nation begonnen werden müsste. Verfahren und Urteile waren somit zum ersten Mal in der Geschichte der jungen Demokratie wegen Begnadigungen ausgesetzt oder amnestiert (vgl. Heinz, 2001, S.105). Menem erreichte damit einen erweiterten Handlungsspielraum gegenüber dem Militär (vgl. Heinz, 2001, S.106).

7.2.2 In Brasilien

In Brasilien begann 1974 die elfjährige Transition zur Demokratie, beeinflusst, aber nicht kontrolliert, von der Militärführung. 1985 wählte ein Wahlkollegium den ersten zivilen Präsidenten nach 21 Jahren Diktatur, Tancredo de Almeida Neves (verstarb vor Amtsantritt) (vgl. Heinz, 2001, S.148). Eine direkte Wahl des Präsidenten ließ sich jedoch erst 1989 mit Fernando Affonso Collor de Mello (1990-1992) durchsetzen (vgl. Heinz, 2001, S.146).

Beeinflusst wurde der Übergang in Brasilien von innenpolitischen Strukturen. Der ökonomische Kontext begünstigte paradoxerweise die Demokratisierung. Die Erhöhung des Erdölpreises führte 1973 zum Ende des Wirtschaftswunders in Brasilien, damit verlor das Militär seine Legitimation (vgl. Heinz, 2001, S.146).

In Brasilien unterstützten sowohl die Militärspitze als auch die Zivilgesellschaft die Rückkehr zur Demokratie. Die Militärs setzten sich für eine Liberalisierung ein und befürworteten eine kontrollierte politische Öffnung (vgl. Heinz, 2001, S.147). Doch die Zivilgesellschaft konnte, auch aufgrund fehlender militärischer Reformen, weder eine politische Alternative zum existierenden Parteiensystem bilden, noch an der Politik partizipieren (vgl. Heinz, 2001, S.147, S.152).

1979 beschloss der Kongress eine Amnestie für die seit 1961 begangenen politischen Straftaten. Von der Amnestie ausgenommen waren die Verantwortlichen für die Straftaten, politische Gefangene kamen frei. Gegen Militärs, PolizistInnen und Angehörige von Geheimdiensten, die Menschenrechtsverletzungen begingen, konnte nun nicht mehr ermittelt werden, auch nicht in der neuen Demokratie.

Neves suchte noch vor seiner Wahl den Kontakt zu MilitärministerInnen und versprach, keine Politik des Revanchismus zu betreiben, also keine Strafverfolgung unter anderem wegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption einzuleiten (vgl. Heinz, 2001, S.148). Die große Armut weiter Teile der Bevölkerung hatte unmittelbaren Einfluss auf ihre politischen Beteiligungschancen. Analphabetismus und mangelnde politische Bildung führten zu einem Wahlverhalten, das durch Vergünstigungen und Versprechungen beeinflussbar war (vgl. Heinz, 2001, S.149).

Heimische sowie ausländische AutorInnen nennen zwei strukturelle Schwächen des politischen Systems, die eine Konsolidierung der Demokratie fragwürdig machten: Erstens verfügte der gewählte Präsident in der Regel über keine parlamentarische Mehrheit im Kongress. Er war gezwungen, KoalitionspartnerInnen zu finden, die sich ihre Unterstützung

bezahlen ließen durch die Bedienung von Klientelinteressen (vgl. Heinz, 2001, S.149f.). Zweitens waren Parteienkonstellationen fragil, zersplittert und zentrifugal, wie die verschiedenen Interessen der Gewerkschaften, UnternehmerInnen und LandbesitzerInnen zeigten (vgl. Sola, 1994, S.503f.). Schwache Parteien wurden durch das Wahlrechtssystem begünstigt und zu einer personalistischen, klientelistischen und individualistischen Repräsentation ermutigt. Durch die Wahlgesetzgebung drückten PolitikerInnen ihre Präferenzen aus, die dann institutionalisiert wurden (vgl. Mainwaring, 1991, S.30).

Nach dem Tod Neves folgte José Sarney (1985-1990), der sich auf das Militär als wichtigsten außerparlamentarischen Machtfaktor stützte, so war er 1988 von 240 Militärangehörigen als BeraterInnen umgeben (vgl. Heinz, 2001, S.153). Armeeminister Leônidas Pires und SNI-Direktor Ivan de Souza Mendes entwickelten sich zu wichtigen Vertretern zwischen dem Militär und der Regierung. Sie mäßigten das politische Verhalten ziviler Eliten während der Transition, zügelten Exzesse des militärischen Verhaltens und förderten die Durchsetzung der Interessen des Militärs (vgl. Zirker, 1991, S.69f.⁴¹; zitiert nach Heinz, 2001, S.153f.).

Um die Menschenrechtsverletzungen unter der Militärdiktatur aufzuarbeiten wurde von der Erzdiözese São Paulo eine Arbeitsgruppe beauftragt (vgl. Heinz, 2001, S.154). Doch in den ersten zwei Jahren Sarneys Amtszeit wurde nicht einE OffizierIn wegen terroristischer Straftaten verurteilt (vgl. Stepan, 1988, S.107f.⁴²; zitiert nach Heinz, 2001, S.154). Die Autorin Ursula Prutsch nennt als Gründe für die späte Aufarbeitung (ab 2012!) das Florieren der Wirtschaft unter der Militärdiktatur, ein gezielter, nicht maximal eingesetzter Terror und die lange Phase der Öffnung ab 1979 (vgl. Prutsch/Rodrigues-Moura, 2014, S.24).

1990 kam Collor de Mello an die Macht. Seine Regierung irritierte das öffentliche starke Profil des Militärs und den dadurch ausgeübten politischen Druck (vgl. Heinz, 2001, S.162).

7.2.3 In Chile

Der Beginn des chilenischen Transitionsprozesses ist nicht eindeutig festlegbar: Einige AutorInnen sehen ihn 1989/90 eingeleitet durch die Übergabe der politischen Macht an zivile Kräfte. Andere AutorInnen legen den Beginn der Transition auf 1980 fest, als die neue Verfassung eingeführt und der Übergang zu einer Demokratie festgeschrieben wurde (vgl. Co-

41 Zirker, Daniel (1991): The Civil-Military Mediators in Post-1985 Brazil. In: Journal of Political and Military Sociology, 19 (1), S.47-73.

42 Stepan, Alfred (1988): Rethinking Military Politics: Brazil and the Southern Cone. Princeton: Princeton University Press.

doceo, 2007, S.83). In Chile war die Stärke, Durchsetzungsfähigkeit und Autonomie der Zivilgesellschaft ein entscheidender Faktor für die Rückkehr zur Demokratie (vgl. Codoceo, 2007, S.85). Sie beteiligte sich durch Massenprotesten an politischen Veränderungen, weil sie erwartete, dass die Kosten, wie Repression, geringer waren als der Nutzen (vgl. Bos, 1996, S. 89).

Von 1973 bis 1983 gab es keine politische und soziale Opposition, die dem Regime hätte gefährlich werden können (vgl. Codoceo, 2007, S.86), lediglich vereinzelte öffentliche Aktionen, die sich gegen das autoritäre Regime richteten (vgl. Codoceo, 2007, S.90). Die Epoche war geprägt von Repression und Menschenrechtsverletzungen (vgl. Codoceo, 2007, S.86). Politische Parteien, ArbeiterInnen- und Studierendenorganisationen waren verboten (vgl. Gobierno de Chile, 1990⁴³; zitiert nach Codoceo, 2007, S.87), ihre Hauptaufgabe bestand darin, ihre Mitglieder zu schützen und für ihr Überleben zu sorgen. Angst, Verfolgung und das Arbeiten im Untergrund prägten diese Zeit. Dies ermöglichte dem Regime Kontrolle und Dominanz und eine politische und wirtschaftliche Neugründung zwischen 1973 und 1980 (vgl. Codoceo, 2007, S.90).

Die Entstehung einer sozialen Bewegung und ersten Opposition gegen das Regime begann im Vikariat für Menschenrechte, das 1976 von der katholischen Kirche gegründet wurde. Die kirchliche Unterstützung war eine Anlaufstelle für Opfer des Regimes. Hier trafen sich die ersten Organisationen für die Opfer der Repression, hier entstanden Anzeigen gegen das Regime und die Koordination der Arbeit (vgl. Guillaudat, 1998, S.94⁴⁴; zitiert nach Codoceo, 2007, S.91). Die soziale Bewegung war der Ausgangspunkt für die Explosion der Proteste gegen das Regime nach 1983 (vgl. Codoceo, 2007, S.92).

Ab 1982 befand sich Chile in einer schweren Wirtschaftskrise, ein wichtiger Grund für die Ausweitung der Demonstrationen (vgl. Correa et. al., 2001⁴⁵; zitiert nach Codoceo, 2007, S.93). Diese fanden ein unerwartetes Echo in Sektoren, die bisher Sympathie gegenüber dem Regime zeigten. Auch durch die Kritik öffentlicher, einflussreicher Personen entstand im Land ein neues Klima (vgl. Verdugo, 1999⁴⁶; zitiert nach Codoceo, 2001, S.93). Die Proteste wurden in dieser Zeit von zivilen Organisationen angeführt oder fanden unter der Verantwortung von politischen Parteien statt. Erstere forderten wirtschaftliche und soziale

43 Gobierno de Chile (1990): Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación. Band 1. Santiago de Chile.

44 Guillaudat, Patrik/Mouterde, Pierre (1998): Los Movimientos Sociales en Chile. 1973-1993. Santiago de Chile: LOM.

45 Correa, Sofia/Figueroa, Consuelo/Jocelyn-Holt, Alfredo/Rolle, Claudio/Vicuna, Manuel (2001): Historia del Siglo XX Chileno. Santiago de Chile: Sudamericana.

46 Verdugo, Patricia (1999): Bucarest 181. Santiago de Chile: Sudamericana.

Reformen, die Parteien wollten Veränderungen politischer Natur und zielten ab auf das Ende der Diktatur (vgl. Codoceo, 2001, S.93f.).

Am 10. August 1983 wurde Sergio Onofre Jarpa zum Innenminister ernannt (vgl. Durruty, 1999, S.47⁴⁷; zitiert nach Codoceo, 2001, S.96). Er initiierte die „Politik der Öffnung“ in Richtung der demokratischen Opposition. Die Strategie des Regimes bestand nun einerseits aus einer Politik der Repression, andererseits aus dem Angebot von Gesprächen mit Teilen der Opposition (vgl. Moulian, 1997⁴⁸; zitiert nach Codoceo, 2001, S.96).

Doch die Proteste ließen noch vor Beginn der Liberalisierungsphase nach und konnten keinen Einfluss auf die Transition nehmen. Der Doktorand Fernando Codoceo begründet das Abebben mit der Verhängung der Ausgangssperre, der wirtschaftlichen Erholung, der Teilung der Opposition in zwei Blöcke und ihrer zwei Strategien zur Überwindung der Militärdiktatur: Ein Teil der Opposition wollte die Diktatur stürzen oder zur Aufgabe zwingen, der andere Teil wollte einen Dialog mit der Diktatur erreichen und einen gemeinsamen Weg zur Demokratie gehen (vgl. Codoceo, 2001, S.98f.). Die Entscheidung über den einzuschlagenden Weg wurde von zwei Komponenten beeinflusst: Ideologische Unterschiede in den Gruppierungen und unterschiedliche biographische Erfahrungen, die die Mitglieder mit der Repression der Diktatur machten (vgl. Codoceo, 2001, S.120). Vor allem Mitglieder der linken Parteien wurden Opfer von Menschenrechtsverletzungen (vgl. Codoceo, 2001, S.116) und wollten deswegen eine *ruptura*, und keine *reforma* (mit) der Diktatur.

Das autoritäre Regime leitete mit der Verfassung von 1980 selbst den Übergang zur Demokratie ein (vgl. Codoceo, 2001, S.120). Einen Grund hierfür gab es eigentlich nicht, da die Wirtschaftskrise überwunden, Massenproteste zurückgegangen und der Rückhalt in der Bevölkerung gestärkt war. Der Politologe Mark Arenhövel geht davon aus, dass das Regime Legitimation erlangen wollte (vgl. Arenhövel, 1998⁴⁹; zitiert nach Codoceo, 2001, S.120). Bis 1983 sah die Opposition die Verfassung von 1980 als illegitim an, da sie erstens von einem diktatorischen Regime und zweitens zu einem Zeitpunkt eingeführt wurde, als Repression und Verfolgung ihren Höhepunkt erreichten. Ab 1983 kamen erste Stimmen auf, die die Verfassung anerkennen wollten, um die Diktatur zu beenden. Bis zum Plebiszit 1988 wurden politische Allianzen gebildet, ein demokratisches Manifest veröffentlicht und die Verfassung akzeptiert (vgl. Codoceo, 2001, S. 121f., S.130).

Der demokratischen Opposition gelang also mit friedlichen Mitteln, das autoritäre Regime

47 Durruty, Ana Victoria (1999): La Derecha Desatada. Santiago de Chile: Planeta.

48 Moulian, Tomás (1997): Chile Actual. Anatomía de un Mito. Santiago de Chile: LOM.

49 Arenhövel, Mark (1998): Strategien der Demokratisierung: Transition und Konsolidierung in Spanien und Chile. Gießen: Focus.

zu überwinden: Sie gewann das in der Pinochet-Verfassung vorgegebene Plebiszit von 1988 über seinen Verbleib an der Macht. Diese friedliche Rückkehr war jedoch mit Kompromissen erkaufte: Die Opposition akzeptierte die Selbstamnestierung der Militärs und sie nahm eine Verfassung an, die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränkte und dem Militär und regimetreuen Parteien weitere Einflussbereiche sicherte (vgl. Krumwiede, 2004, S.253).

7.3 Kritik an den neuen Demokratien

Über Gehalt und Stabilität der neuen Demokratien wurden Zweifel geäußert und Kritik geübt. Generell unterscheiden sich zwei Kritiklinien: Für KritikerInnen der ersten Linie handelt es sich bei den Post-Transitionsregimen nicht um Demokratien, sondern um „Fassadendemokratien“ oder „Nationale Sicherheitsregime“. KritikerInnen der zweiten Linie erkennen den Transitionsprozess zwar an, bemängeln jedoch die verschieden starken Defizite der neuen Demokratien.

Für die erste Gruppe sind die neuen Demokratien das Spiegelbild des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Politische Entscheidungen werden oftmals von einer Technokratenelite entschieden, im Widerspruch stehend zu Wahlkampfversprechungen des gewählten Präsidenten oder der gewählten Präsidentin. Beispiele hierfür waren Menem in Argentinien und Collor de Mello in Brasilien (vgl. Heinz, 2001, S.34f.). Petras und Vieux nennen die neuen Demokratien „neoautoritäre Systeme“:

„The regimes have continued to function within an authoritarian institutional framework and to pursue policies totally at variance with democratic procedures. The regimes practice many of the same institutional policies and political processes begun under the military [...]“ (Petras/Vieux, 1994, S.5).

Diese Systeme sind nicht demokratisch, da sie eine Zivilgesellschaft erzeugen, in welcher Entscheidungen aus Angst und daher unfrei getroffen werden. Diese Angst wird durch ständige Drohungen einer Rückkehr des Militärs generiert. In einer Demokratie braucht es eine aktive, unabhängige und organisierte Zivilgesellschaft. In Lateinamerika war dies nicht gegeben, da die Bedürfnisse der Bevölkerung ignoriert und politische Visionen verhindert wurden (vgl. Petras/Vieux, 1994, S.7).

Die zweite Gruppe spricht von einem Übergang zur Demokratie, der anhand universaler und lateinamerikanischer Standards bestätigt wird. Kritisiert werden jedoch die Schwächen der Demokratien: Nicht die Durchführung freier Wahlen ist mit Demokratie gleichzusetzen, sondern die Verbreitung und Vertiefung demokratischer Verfahren (vgl. Heinz, 2001,

S.35). Eine Partizipation der Bevölkerung und die richterliche Überprüfung von politischen Entscheidungen durch die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit, müssen ermöglicht werden. Diese Gruppe macht folgende vier Schwächen der neuen Demokratien aus: das schwache politische System und seine Institutionen, schwache politische Parteien, das Fehlen von Wirtschafts- und Sozialreformen und der Einfluss des Militärs auf den politischen Prozess.

Daher sind sowohl sozioökonomische Faktoren, als auch der Ausbau politischer Institutionen Voraussetzungen für die Konsolidierung der Demokratie.

In den damaligen präsidentiellen Systemen Lateinamerikas konnte die Legislative nur geringen Einfluss ausüben, da der Präsident, durch Exekutivdekrete, am Parlament vorbei regieren konnte. Er verfügte nicht über die Mehrheit in der Legislative, da die Wählerentscheidungen bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen differierten. Die Parteien, die den Präsidenten unterstützen, finden keine Mehrheit im Parlament, daher regierte der Präsident per Dekret und in Konfrontation zum Parlament. Ein Beispiel hierfür war die Amtsführung Collor de Mellos.

Zudem waren die politischen Parteien schwach. Obwohl sie die Interessen der Bevölkerung in der Regierung artikulieren sollten, machten es ihnen organisatorische, innerparteiliche und programmatische Defizite unmöglich, ihre Aufgaben zu erfüllen. Stattdessen hatten Wirtschaftsgruppen und TechnokratInnen einen starken Einfluss auf die Politik. Zusätzlich herrschte eine Unfähigkeit notwendige Wirtschafts- und Sozialreformen durchzusetzen (vgl. Heinz, 2001, S.36f.). Neoliberale Mechanismen erreichten zwar makroökonomische Ziele, jedoch auf Kosten der Bevölkerung: die Verelendung breiter Teile der Bevölkerung hatte rasant zugenommen (vgl. Jung, 1995, S.92⁵⁰; zitiert nach Heinz, 2001, S.38).

Der Politologe Samuel Valenzuela weist auf die Bedeutung der „autoritären Enklaven“ für den Konsolidierungsprozess hin: Die „reservierten [Politik] Bereiche' [entziehen] spezifische Bereiche der Regierungsaufgaben und substantive Politikentscheidungen dem Handlungsfeld der gewählten Vertreter [sic!]“ (Valenzuela, 1992, S.64; zitiert nach Heinz, 2001, S.39). Vor allem in Chile war dies der Fall. Autoritäre Enklaven sind demzufolge der Bereich Militärfragen (z.B. die Missionen der Streitkräfte), die Existenz politischer EntscheidungsträgerInnen, die nicht demokratisch gewählt sind (z.B. SenatorInnenstellen, die mit VertreterInnen von Heer, Luftwaffe, usw. besetzt werden), der demokratisch unkontrollier-

⁵⁰ Jung, Winfried (1995): Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Spannungen in Lateinamerika. In: KAS-Auslandsinformationen, 5, S.80-100.

bare Einfluss von Gruppen auf Regierungen, die das System der *checks and balances* außer Kraft setzen (z.B. Wirtschaftsgruppen) und Drohungen, Aufstandsversuche und andere Mittel, um Regierungen zu bestimmen, anstatt Wahlen durchzuführen und anzuerkennen (vgl. Valenzuela, 1992, S.64ff.⁵¹; zitiert nach Heinz, 2001, S.39).

Die meisten AutorInnen gehen davon aus, dass das Militär den Transitionsprozess verlangsamt oder für die neue Demokratie eine Belastung ist, da es Autonomie gegenüber den gewählten Regierungen fordert. Andere AutorInnen meinen, dass die Möglichkeiten des Militärs, eine aktive politische Rolle zu spielen, gering sind: Erstens haben Militärregierungen gegenüber zivilen Regierungen keinen Vorteil, aufgrund der negativen Wirtschaftspolitiken der Militärregime. Zweitens reicht die Stabilität des politischen Systems für eine effektive Regierungsführung aus. Und drittens fehlt dem Militär ein positiver regionaler Kontext (vgl. Heinz, 2001, S.40). Für weitere AutorInnen stehen die neuen Demokratien unter dem Schutz des Militärs: Der Demokratisierungsprozess wird durch die Vergangenheit der Militärdiktaturen und das gegenwärtige Verhalten der Militärführungen so stark beeinflusst und eingeschränkt, dass man von „beschützenden Demokratien“ sprechen muss (vgl. Loveman, 1994⁵²; zitiert nach Heinz, 2001, S.40).

7.4 Fazit der Demokratisierungsbestrebungen

In Argentinien kam das Ende der Militärherrschaft durch einen Bruch und nicht etwa als Folge von Verhandlungen wie in Brasilien und Chile zustande. Das Militär selbst setzte dabei die Präsidentschaftswahlen an (vgl. Heinz, 2001, S.92f.). Der erste demokratische Präsident, Alfonsín, sorgte für eine Aufarbeitung der Verbrechen der Militärjunta. Dabei wurde die Zivilgesellschaft jeglicher Schuld freigesprochen, um eine nationale Versöhnung zu ermöglichen. Doch anders als andere neue Demokratien erlebte Argentinien eine Vielzahl an Militärrebellionen (vgl. Heinz, 2001, S.97). Wirtschaftliche Maßnahmen misslangen Alfonsín und so gab er sein Amt noch vor Ablauf seiner Amtszeit an Menem ab, der eine neo-liberale Wirtschaftspolitik verfolgte (vgl. Waldmann, 2010, S.141). Menem begann mit den Begnadigungen von Armeemitgliedern. Verfahren und Urteile waren somit zum ersten Mal ausgesetzt oder amnestiert (vgl. Heinz, 2001, S.105).

51 Valenzuela, Samuel (1992): Democratic Consolidation in Post-Transitional Settings: Notion, Process, and Facilitating Conditions. In: Mainwaring, Scott/O'Donnell, Guillermo/Valenzuela, Simon (Hrsg.): Issues in Democratic Consolidation. The New South American Democracies in Comparative Perspective. Notre Dame: University of Notre Dame Press. S.57-104.

52 Loveman, Brian (1994): „Protected Democracies“ and Military Guardianship: Political Transitions in Latin America, 1978-1993. In: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, 36 (2), S.105-189.

In Brasilien begann 1974 die elfjährige Transition zur Demokratie, beeinflusst, aber nicht kontrolliert, von der Militärführung. Bedingt wurde der Übergang in Brasilien von innenpolitischen Strukturen und dem schlechten ökonomischen Kontext, durch den das Militär an Legitimation verlor (vgl. Heinz, 2001, S.146). Sowohl Militärspitze, als auch Zivilgesellschaft unterstützten die Rückkehr zur Demokratie (vgl. Heinz, 2001, S.147).

1979 wurde eine Amnestie für die seit 1961 begangenen politischen Straftaten erlassen (vgl. Heinz, 2001, S.148) und erst 2012 mit einer Aufarbeitung begonnen. Gründe für die späte Aufarbeitung sind das Florieren der Wirtschaft unter der Militärdiktatur, ein gezielter, nicht maximal eingesetzter Terror und die lange Phase der Öffnung ab 1979 (vgl. Prutsch/Rodrigues-Moura, 2014, S.24).

Neves, der erste Präsident des Wahlkollegiums, suchte noch vor seiner Wahl den Kontakt zu MilitärministerInnen und versprach, keine Politik des Revanchismus zu betreiben. (vgl. Heinz, 2001, S.148). Auch Sarney stützte sich auf das Militär als wichtigsten außerparlamentarischen Machtfaktor (vgl. Heinz, 2001, S.153). Erst 1990, mit Collor de Mello, wurde das öffentliche starke Profil des Militärs und der dadurch ausgeübte politische Druck irritiert (vgl. Heinz, 2001, S.162).

In Chile war die Zivilgesellschaft ein entscheidender Faktor für die Rückkehr zur Demokratie (vgl. Codoceo, 2007, S.85). Ab 1982 befand sich Chile in einer schweren Wirtschaftskrise, ein wichtiger Grund für die Ausweitung der Proteste (vgl. Correa et. al., 2001⁵³; zitiert nach Codoceo, 2007, S.93).

Doch die Proteste ließen noch vor Beginn der Liberalisierungsphase nach und konnten keinen Einfluss auf die Transition nehmen (vgl. Codoceo, 2001, S.98f.). Das autoritäre Regime leitete mit der Verfassung von 1980 selbst den Übergang zur Demokratie ein (vgl. Codoceo, 2001, S.120), um Legitimation zu erlangen (vgl. Arenhövel, 1998⁵⁴; zitiert nach Codoceo, 2001, S.120). Der demokratischen Opposition gelang es mit friedlichen Mitteln das autoritäre Regime zu überwinden: Sie gewann das in der Pinochet-Verfassung vorgegebene Plebiszit von 1988 über seinen Verbleib an der Macht. Diese friedliche Rückkehr war jedoch mit Kompromissen erkaufte: die Selbstamnestierung der Militärs und eine Verfassung, die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränkte und dem Militär und regimetreuen

53 Correa, Sofia/Figueroa, Consuelo/Jocelyn-Holt, Alfredo/Rolle, Claudio/Vicuna, Manuel (2001): Historia del Siglo XX Chileno. Santiago de Chile: Sudamericana.

54 Arenhövel, Mark (1998): Strategien der Demokratisierung: Transition und Konsolidierung in Spanien und Chile. Gießen: Focus.

Parteien weitere Einflussbereiche sicherte (vgl. Krumwiede, 2004, S.253).

8. Neoliberalismus

8.1 Einführung in den Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist eine politische Wirtschaftslehre. Darunter werden wirtschaftspolitische Maßnahmen verstanden, die auf Wirtschaftswachstum, makroökonomische Stabilität, Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung abzielen. Es wird eine offene Wirtschaft angestrebt, die aufgrund eines wettbewerbsfähigen Exportsektors in den Weltmarkt integriert ist. Dem Staat wird eine untergeordnete Rolle zugeschrieben, stattdessen ist der Markt der zentrale Allokations- und Regulationskörper. Den Mittelpunkt bildet der Privatsektor.

Der Neoliberalismus basiert demzufolge auf einer antiinterventionistischen Wirtschaftstheorie und entstand aufgrund der Wirtschaftskrise von 1973. Der Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman gilt als Begründer dieses Ansatzes. Die Position der *free traders* hatte großen Einfluss auf die Verbreitung des Neoliberalismus: Sie äußerten Kritik am Modell der ISI und dem Fokus auf den Binnenmarkt. Stattdessen befürworteten sie eine Liberalisierung des Außenhandels und eine exportorientierte Strategie. Als Vorbilder wurden die südostasiatischen Länder herangezogen.

Aufgrund der Verschuldungskrise der 80er Jahre wurden SAP implementiert, die als Ausgangspunkt des Neoliberalismus gesehen werden können. Dieser Kurswechsel hatte sich nicht rational sondern zwangsläufig im Zuge der Verschuldungskrise und aus den mit Auflagen verbundenen Strukturanpassungskrediten internationaler Finanzinstitutionen ergeben.

Solch ein Kurswechsel ist mit dem Widerstand vieler Interessengruppen verbunden, die von den Reformen betroffen sind: Einerseits löste die neoliberale Politik in der Praxis überkommene wirtschaftliche und machtpolitische Strukturen auf, andererseits verursachte sie aufgrund der SAP und ihrer regressiven Einkommensverteilungswirkung soziale Kosten, die vor allem von den einkommenschwachen Bevölkerungsgruppen übernommen wurden. Der neoliberale Ansatz unterliegt Kritik wegen der Verstärkung der Konzentrations- und Exklusionstendenzen des Marktes, die im Gegensatz zu sozialpolitischen Zielen stehen. Zusätzlich werden durch die Fixierung des Ziels von wirtschaftlichem Wachstum natürliche Ressourcen unreguliert ausgebeutet. Die Reduzierung der Rolle des Staates steht im Widerspruch zu notwendigen staatlichen Steuerkapazitäten, die diese Transformationspro-

zesse erforderlich machen (vgl. Sottoli, 1998, S.548f.).

8.2 Theoretischer Hintergrund des Neoliberalismus in Lateinamerika

8.2.1 Die Rolle des IWF

Der IWF wurde am 22. Juli 1944 (1947 nahm er seine Arbeit tatsächlich auf) als Sonderorganisation der Vereinten Nationen gegründet. 45 Staaten erstellten in Bretton Woods, New Hampshire, den Rahmen für eine internationale ökonomische Kooperation, um eine Wiederholung der desaströsen Wirtschaftspolitiken zu verhindern, die zur Weltwirtschaftskrise geführt hatten. Die Unterzeichnung des Gründungsvertrages erfolgte im Dezember 1945 durch 29 Staaten, heute vereint der IWF 186 Mitgliedsstaaten (vgl. International Monetary Fund, 2014a). Die Mission des IWF ist, Stabilität im internationalen System zu gewährleisten. Erreicht wird dies auf drei Wegen: durch die Beobachtung der globalen Wirtschaft und der Wirtschaften der Mitgliedstaaten, durch das Verleihen von Geld an diejenigen Staaten, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben und durch praktische Unterstützung eben jener Länder (vgl. International Monetary Fund, 2014b).

Der IWF verfolgt also folgende Ziele: Wechselkursstabilität, Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Ausweitung des Welthandels, kurzfristige Kreditvergabe, um Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu überwinden, Freihaltung des Zahlungsverkehrs von staatlichen Beschränkungen, Überwachung der Geldpolitik und technische Hilfe (vgl. Fineder, 2009, S.6).

Die Aufgabenbereiche des IWF überschneiden sich teilweise mit der seiner Schwesterorganisation, der Weltbank. Ursprünglich war eine Aufgabenteilung vorgesehen. Der IWF war zuständig für die Vergabe kurzfristiger Kredite an Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die Weltbank für die Vergabe langfristiger Kredite, doch kommt diese heute nicht mehr zum Tragen, da auch der IWF langfristige Kredite und die Weltbank Kredite aufgrund von Zahlungsbilanzschwierigkeiten vergibt (vgl. Fineder, 2009, S.7).

8.2.2 Kreditvergabe des IWF

Der IWF finanziert seine Kreditgeschäfte über die Quote dessen, was die Mitgliedstaaten einzahlen. Die Quote jedes Mitgliedstaates basiert auf der Größe seiner Wirtschaft und bestimmt dann die Höhe des Kredites, den sich der Staat vom IWF leihen kann. Momentan kann ein Land jährlich bis zu 200% seiner Quote ausleihen und kumulativ 600%. Aufgrund der Wirtschaftskrisen in den 90er Jahren konnten die Schwellenländer jedoch ihre jährliche

mögliche Quote der Kredite überziehen (vgl. Miyakoshi, 2014, S.1).

Die Quote bestimmt nicht nur die Höhe eines möglichen Kredits für einen Staat, sondern auch seine Wahlmacht bei Entscheidungen. Das größte Mitglied ist die USA, mit einer Quote von 65 Milliarden US-Dollar (vgl. International Monetary Fund, 2014c) und einem Stimmanteil von 16,75% (vgl. International Monetary Fund, 2014d).

Der IWF vergibt Kredite exklusiv an seine Mitgliedstaaten wenn diese ihre Verbindlichkeiten gegenüber Dritten nicht mehr begleichen können. Das Land importiert also mehr, als es durch Exporte einnehmen kann (vgl. Fineder, 2006, S.12).

Im Folgenden ist die Kreditantragsabwicklung dargestellt:

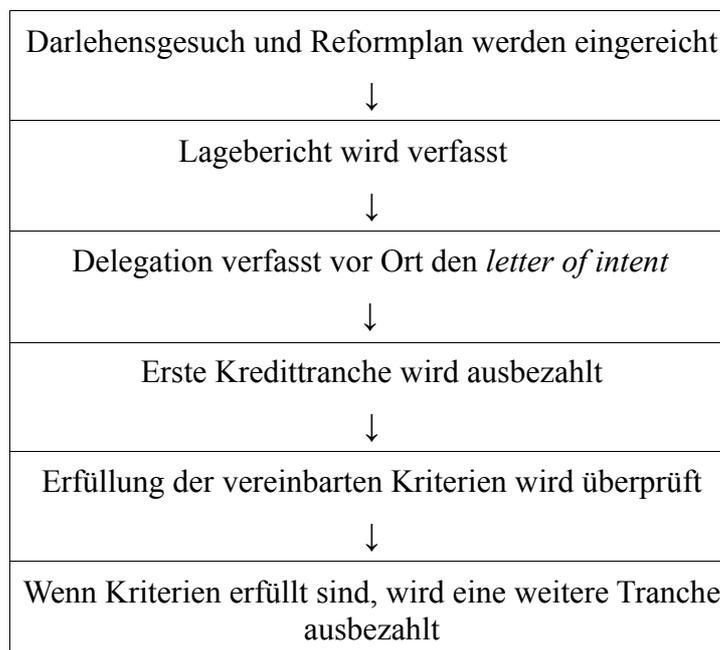


Abb. 4: Kreditantragsabwicklung.

Quelle: Fineder, 2006, S.12; eigene Modifikation

Gleichzeitig mit dem Darlehensgesuch muss ein Kreditnehmerland einen Reformplan einreichen. Die Kreditgewährung erfolgt unter der Voraussetzung, dass ein Land die Bereitschaft zeigt, Reformen umzusetzen mit dem Ziel, zukünftige Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu vermeiden und die Ursachen dieser auszuräumen. Praktisch beginnen Verhandlungen meist ohne die Einreichung eines formalen Antrags, sondern durch Konsultationen. Ein Team wird damit beauftragt, einen Lagebericht über die Situation des Landes zu verfassen. Eine Delegation untersucht dann im kreditnehmenden Land die Situation vor Ort und verfasst eine Absichtserklärung (*letter of intent*) über die umzusetzenden Maßnahmen. Nach Kreditgenehmigung wird sofort ein zugesagter Betrag ausgezahlt, der Rest der Aus-

zahlung erfolgt in Tranchen. Diese werden erst ausgezahlt, wenn das kreditnehmende Land nachweisen kann, dass die im *letter of intent* vereinbarten Ziele umgesetzt werden. Die Erfüllung der festgelegten Ziele ist jedoch oft nur schwer oder gar nicht messbar (vgl. Dreher, 2003, S.8ff.⁵⁵; zitiert nach Fineder, 2009, S.13).

8.2.3 Strukturanpassungsprogramme

8.2.3.1 SAP als Anreiz für Reformen

Da der Welthandel schwach und die Zinssätze hoch waren bekamen viele Schwellenländer Zahlungsbilanzprobleme (vgl. Wetter, 1985, S.174). Ein Land leidet unter Zahlungsbilanzschwierigkeiten, wenn mehr Geld ins Ausland fließt, als im Inland verdient werden kann. Die Zahlungsbilanz ist also ein Indikator dafür, wie sehr eine Volkswirtschaft mit dem Ausland verflochten ist (Fineder, 2006, S.7). Die Nachfrage nach der Bereitschaft des IWF und aufgestockter Arrangements stieg im Zuge dessen an.

Der IWF unterscheidet zwischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten externen oder internen Ursprungs und ob sie kurz- oder langfristig sind. Das Kriterium für die Vergabe von SAP ist, dass die Zahlungsbilanzschwierigkeiten langfristig sind. Kredite für kurzfristige Zahlungsausfälle können mit, wenn überhaupt, wenigen Konditionen in Anspruch genommen werden (vgl. Guitián, 1980, S.25⁵⁶; zitiert nach Wetter, 1985, S.175).

SAP werden mit der Begründung der Anreizproblematik der Regierungen in Reformländern gerechtfertigt. Die Unterstützung beinhaltet wirtschaftspolitische Beratung und finanzielle Transfers. Diese mindern Devisenengpässe und Anpassungskosten der Stabilisierung und des eingeleiteten Strukturwandels. Damit wird die Erfolgsaussicht eines Reformprozesses erhöht. IWF und Weltbank vergeben nun Kredite zur Unterstützung dieses Reformprozesses. Die Kredite sind an die Einhaltung bestimmter Konditionen gebunden. Die Konditionalität betrifft vor allem ökonomische Reformen, zu deren Umsetzung sich die Nehmerländer verpflichten (vgl. Hemmer/Marienburg, 2006, S.4).

Artikel V des IWF-Vertrages, der wie folgt lautet, lässt keine Zweifel entstehen über die Zulässigkeit dieser Konditionalitäten.

„A member's use of the resources of the Fund shall be in accordance with the purpose of the Fund. The Fund shall adopt policies on the use of its resources that will assist members to solve their balance of payments problems in a manner consistent with the purposes of the Fund and that will establish adequate safeguards for the temporary use

55 Dreher, Axel (2003): Die Kreditvergabe von IWF und Weltbank. Ursachen und Wirkungen aus politisch-ökonomischer Sicht. Berlin: WVB.

56 Guitián, Manuel (1980): Fund Conditionality and the International Adjustment Process: The Early Period, 1950-70. In: Finance and Development, 4.

of its resources" (Wetter, 1985, S.174).

Das Ziel der SAP ist, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu beseitigen und langfristige Wachstumsförderung zu erreichen (vgl. Weltbank, 1980, S.67f.). Die SAP werden aufgrund der Ausgangslage und Probleme individuell für jeden Staat erarbeitet. Doch viele Maßnahmen finden sich in jedem Programm wieder. Für diese Standardelemente wurde 1989 durch den Ökonom John Williamson der Begriff *Washington Consensus* geprägt. Darunter sind wirtschaftspolitische Maßnahmen zusammengeführt, die nach Williamson den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen, auf die sich die Fachleute des IWF und der Weltbank und des *United States Treasury* einigen konnten in Bezug auf die wichtigsten Reformvorschläge für Lateinamerika (vgl. Hemmer/Marienburg, 2006, S.6). Der *Washington Consensus* besteht also aus wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die kurzfristig makroökonomische Stabilität herstellen sollen, wie die Vermeidung von Zahlungsbilanzproblemen und Inflation, und zu einer effizienteren Ressourcennutzung führen sollen. Mittelfristig sollen sie Wirtschaftswachstum ermöglichen (vgl. Führmann, 2003, S.11).

Die Armutsbekämpfung wird nur implizit erwähnt, die in Armut lebende Bevölkerung soll von einer Marktöffnung und Stärkung der Marktkräfte profitieren. Durch eine effizientere Ressourcennutzung wird Wirtschaftswachstum und größere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erreicht, wovon schlussendlich auch die ärmeren Bevölkerungsanteile Nutzen ziehen können. Durch *Trickle-Down*-Effekte erreichen Wohlfahrtsgewinne auch untere Bevölkerungsschichten. Deregulierung und Privatisierung sollen in Armut lebenden Menschen den Zugang zu einem effizienten Bildungs- und Gesundheitswesen ermöglichen (vgl. Kulesa, 1997, S.21⁵⁷; zitiert nach Führmann, 2003, S.11). Die SAP führen jedoch oftmals zu ernsthaften sozialen und politischen Spannungen in den betroffenen Ländern (vgl. Wetter, 1985, S.174).

8.2.3.2 Elemente der SAP: *Washington Consensus*

Der *Washington Consensus* umfasst folgende zehn wirtschaftspolitische Forderungen:

- ▶ Herstellung fiskalischer Disziplin
- ▶ Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben
- ▶ Steuerreform
- ▶ finanzielle Liberalisierung

57 Kulesa, Margareta E. (1997): Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Strukturanpassungspolitik: Theorie und Praxis. In: Meyer, Günter (Hrsg.): Strukturanpassung in der Dritten Welt. Mainz: Universität Mainz Interdisziplinärer Arbeitskreis Dritte Welt. S.11-43.

- ▶ Schaffung stabiler, wettbewerbsfähiger Wechselkurse
- ▶ Handelsliberalisierung
- ▶ Abbau von Barrieren gegenüber ausländischen Direktinvestitionen
- ▶ Privatisierung
- ▶ Deregulierung und
- ▶ Schutz der *Property Rights* (vgl. Williamson, 2000, S.252f.).

Damit zielt der *Consensus* ab auf wirtschaftliche Stabilität und Abbau des Protektionismus (vgl. Hemmer, 2006, S.8; Fineder, 2009, S.16).

▶ Ad Herstellung fiskalischer Disziplin

Um Haushaltsdefizite abzubauen, müssen Staatsausgaben gekürzt werden. Der Nachfrageüberhang nach inländischen und ausländischen Gütern wird durch die Senkung der inländischen Absorption abgebaut.

▶ Ad Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben

Die Verringerung der Haushaltsdefizite muss von einer Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben begleitet werden, um ungünstige Verteilungs- und Wachstumseffekte der Haushaltssanierung zu vermeiden. Gekürzt werden öffentliche Zuwendungen, die höher sind, als ihr ökonomischer Ertrag rechtfertigt (z.B. Militär). Bereiche mit hohen ökonomischen Erträgen und positiven Effekten auf eine gleichmäßige Einkommensverteilung bleiben von Kürzungen ausgenommen (z.B. Bildungs- und Gesundheitswesen) (vgl. Williamson, 1994, S.17ff.⁵⁸; Williamson, 1997, S.48ff.⁵⁹; zitiert nach Hemmer, 2006, S.9). In der Praxis ist dies jedoch nicht der Fall und auch im Bildungs- und Gesundheitssektor wird massiv gekürzt. Vor allem die armen Bevölkerungsschichten leiden darunter. Auch wenn dadurch die Inflation eingedämmt werden kann, wird das soziale Ungleichgewicht erhöht.

▶ Ad Steuerreform

Um neue Einnahmequellen zu erschließen bedarf es Steuerreformen und effizientere Erhebungsmechanismen. Dabei geht es nicht um eine Erhöhung der Steuersätze sondern um eine Ausdehnung der Bemessungsgrundlage. Die Effizienz der Finanzverwaltung muss dabei über Ausbildung und Korruptionsbekämpfung gesteigert werden (vgl. Williamson, 1994, S.17ff.⁶⁰; Williamson, 1997, S.48ff.⁶¹; zitiert nach Hemmer, 2006, S.9).

58 Williamson, John (1994): In Search of a Manual for Technopols. In: Williamson, John (Hrsg.): The Political Economy of Policy Reform. Washington D.C.: IDB. S.9-26.

59 Williamson, John (1997): The Washington Consensus Revisited. In: Emmerij, Louis (Hrsg.): Economic and Social Development into the XXI Century. Washington D.C.: IDB. S.48-61.

60 Williamson, John (1994): In Search of a Manual for Technopols. In: Williamson, John (Hrsg.): The Political Economy of Policy Reform. Washington D.C.: IDB. S.9-26.

61 Williamson, John (1997): The Washington Consensus Revisited. In: Emmerij, Louis (Hrsg.): Economic

► Ad Wechselkursstabilisierung

Die Wechselkurse sollten aufgrund der Marktparameter gebildet werden. Das erfordert oftmals eine Abwertung der nationalen Währung. Es kommt zu einer Verschiebung des relativen Preises zu Gunsten der handelbaren Güter. Preisverzerrungen aufgrund des Wechselkurses, die bisher die Importgüter begünstigten, werden beseitigt und die Wettbewerbsfähigkeit von Exportgütern nicht mehr behindert. Über eine stärkere Exporttätigkeit können negative Beschäftigungseffekte der Haushaltssanierung kompensiert werden (vgl. Williamson, 1997⁶²; zitiert nach Hemmer, 2006, S.10).

► Ad Handelsliberalisierung und ► Ad Abbau von Barrieren gegenüber ausländischen Direktinvestitionen

Ziel der außenwirtschaftlichen Öffnung ist die Integration der Volkswirtschaft in das internationale System und die Aktivierung wohlfahrtsfördernder Effekte des Außenhandels. Der Zugang zum Weltmarkt setzt voraus, dass staatlich bestimmte Beschränkungen des internationalen Handels, wie tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse, abgebaut werden. Des Weiteren ist die Beschränkung des internationalen Kapitalverkehrs abzubauen und die Konvertibilität der Währung sicherzustellen (vgl. Hemmer, 1999, S.S.28⁶³; zitiert nach Hemmer, 2006, S.12f.). Diese Liberalisierung erfordert eine Wechselkursbereinigung, damit Preisverzerrungen im Außenhandel verhindert werden, die Importe begünstigen und Exporten schaden. Diese Bereinigung ist die Voraussetzung für einen exportorientierten Industrialisierungsprozess (vgl. Krugman, 1999, S.169⁶⁴; zitiert nach Hemmer, 2006, S.13).

► Ad Finanzielle Liberalisierung und ► Ad Deregulierung

Die Liberalisierung der Märkte erfordert den Abbau staatlicher Vorgaben und Beschränkungen. Produktions- und Handelsentscheidungen werden dezentralisiert und eine effizientere Allokation der Ressourcen ermöglicht. Dazu benötigt es einen funktionierenden Preismechanismus ohne Preisregulationen (vgl. Weltbank, 1996, S.26⁶⁵; Hemmer, 1999, S.27f.⁶⁶; zitiert nach Hemmer, 2006, S.11). Es geht dabei nicht um die Deregulierung an

and Social Development into the XXI Century. Washington D.C.: IDB. S.48-61.

62 Williamson, John (1997): The Washington Consensus Revisited. In: Emmerij, Louis (Hrsg.): Economic and Social Development into the XXI Century. Washington D.C.: IDB. S.48-61.

63 Hemmer, Hans-Rimbert/Wilhelm, Rainer (1999): Zum Zusammenhang zwischen Transformation und Armut – unter besonderer Berücksichtigung Vietnams. In: Hemmer, Hans-Rimbert (Hrsg.): Wirtschaftliche Systemtransformation und Armutsbekämpfung – eine ökonomische Analyse am Beispiel der Sozialistischen Republik Vietnam. Münster: LIT.

64 Krugman, Paul R. (1999): Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg: Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen. Frankfurt am Main: Campus.

65 Weltbank (1996): Weltentwicklungsbericht 1996. Washington D.C.

66 Hemmer, Hans-Rimbert/Wilhelm, Rainer (1999): Zum Zusammenhang zwischen Transformation und Armut – unter besonderer Berücksichtigung Vietnams. In: Hemmer, Hans-Rimbert (Hrsg.): Wirtschaftliche Systemtransformation und Armutsbekämpfung – eine ökonomische Analyse am Beispiel

sich, sondern um die Mobilisierung wohlfahrts- und effizienzsteigernder Effekte. Dazu benötigt es die Entstehung von Wettbewerbsmärkten. Der Staat erhält die Aufgabe, Institutionen zum Schutz des Wettbewerbs zu schaffen. Ohne eine angemessene Staatsaufsicht wird die Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft aufs Spiel gesetzt (vgl. Hemmer, 2006, S.12).

► *Ad Privatisierung*

Viele Entwicklungsländer sind gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an staatseigenen Unternehmen. Ein System mit Privateigentum verfügt hingegen über stärkere Anreize zu einer effizienteren Mittelverwendung. Dies hat positive Auswirkungen auf die Kapitalbildung und den Wachstumsprozess. Es müssen jedoch Wettbewerbsmärkte etabliert werden, damit volkswirtschaftliche Effekte mobilisiert werden. Die Überführung eines Staatsunternehmens in ein Privatunternehmen hat für sich noch keinen Einfluss auf die Marktöffnung. Staatliche Unternehmen sollen deshalb nicht voreilig privatisiert werden (vgl. Hemmer, 2006, S.15). Es ist wichtig, dass der Monopolstatus von Staatsunternehmen wegfällt und private Unternehmen in einen Wettbewerb treten können (vgl. Weaver, 1995, S.10). Aus den Verkaufserlösen für (defizitäre) Staatsunternehmen ergeben sich positive Haushaltseffekte (vgl. Hemmer, 2006, S.15).

► *Ad Property Rights*

Die *Property Rights* müssen vor allem bei einer Transformation von einer zentral- zu einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft überdacht werden. Private Eigentums- und Verfügungsrechte müssen neu abgegrenzt und definiert werden. Das Rechtssystem soll den Schutz der Eigentumsrechte garantieren. Grundsätzlich sind Menschen bereit, ihre Arbeitskraft und ihre Ersparnisse zur Verfügung zu stellen oder in Weiterbildungen zu investieren, wenn sie erwarten können, von den Erträgen dieser Investition zu profitieren. Neben dem Schutz der Eigentumsrechte ist auch eine Redistribution ländlichen Eigentums notwendig (vgl. Hemmer, 2006, S.14f.).

8.2.4 Kritik an den Vorgehensweisen des IWF

Der IWF unterliegt starker Kritik, da er vor allem die externen Faktoren der Zahlungsbilanzschwierigkeiten ignoriert. Ein Prinzip, festgehalten im Gründungsvertrag, besagt, dass die SAP eigentlich mit dem Grund der Zahlungsbilanzprobleme verknüpft werden sollen:

"If the deficit [...] is the result of excessive demand, then the proper remedy is to restrain domestic expenditure. But if the cause of the deficit is a cyclical change in international economic conditions, then the deficit should be financed by credits until there is a

der Sozialistischen Republik Vietnam. Münster: LIT.

recovery in the world economy“ (Bernstein, 1984, S.331⁶⁷; zitiert nach Wetter, 1985, S.175).

Das *Executive Board* des IWF betonte, dass SAP aufgrund der binnenländischen Situation und der Ursache der Zahlungsbilanzschwierigkeiten des Nehmerlandes erstellt werden:

„In helping members to devise adjustment programs, the Fund will pay due regard to the domestic, social and political objectives, the economic priorities, and the circumstances of members, including the causes of their balance of payments problems“ (vgl. Executive Board, 1979, S.22⁶⁸; zitiert nach Wetter, 1985, S.175).

Doch die Strukturanpassungspolitik zeigt, dass der IWF seine eigenen Leitlinien zu lose interpretiert (vgl. Killick, 1984, S.36⁶⁹; zitiert nach Wetter, 1985, S.175).

Des Weiteren wird kritisiert, dass der IWF zu stark an angebotsorientierten Faktoren ausgerichtet ist, um die strukturelle Schwäche der Mitgliedsstaaten zu überwinden. Erweiterte Arrangements und ein Dreijahresplan sind nicht ausreichend, um Zahlungsbilanzschwierigkeiten eines Landes fundamental zu überwinden. Zudem sind die Konditionen des IWF zu stark beeinflusst von *monetary thinking*, was zu politischen und sozialen Spannungen in den betroffenen Ländern führt (vgl. Wetter, 1989, S. 175f.).

Abschließend ist festzuhalten, dass die SAP als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum verkauft werden (vgl. Thibaut, 1996, S.142; zitiert nach Fineder, 2009, S.22). Das Ziel von Armutsreduktion und Wachstumsfazilität wird ad absurdum geführt, da durch die auferlegten Konditionalitäten die Zahlungsbilanzschwierigkeiten noch verstärkt werden und keine langfristige Lösung der Probleme angestrebt wird (vgl. Fineder, 2006, S.22).

8.3 Die Situation in Lateinamerika

1982 wurde aufgrund der Schuldenkrise den lateinamerikanischen Ländern ein neoliberaler Umbau empfohlen und die ISI zugunsten von Marktöffnung, Deregulierung, Entstaatlichung und Anbindung an den Weltmarkt abubrechen (vgl. Drekonja-Kornat, 1997, S.18), um Wirtschaftswachstum, Konkurrenzfähigkeit und Wohlfahrtsgewinne für alle zu erreichen (vgl. Boeckh, 2001).

„Im Jahr 1980 begann die Weltbank, Strukturanpassungskredite an Länder mit Zahlungsbilanzproblemen zu vergeben. Anlass zur Einführung dieser Programme waren schwerwiegende makroökonomische Instabilitäten in den Entwicklungsländern. Diese äußerten sich in großen Zahlungsbilanzdefiziten, hohen Inflationsraten und geringem Wirtschaftswachstum“ (Führmann, 2003, S.9f).

67 Bernstein, Edward M. (1984): Principles of Bretton Woods Conference Seen as Relevant to Current Problems. In: IMF Survey.

68 Executive Board (1979): Use of Fund's General Resources and Stand-by Arrangements, §4. S.22.

69 Killick, Tony/Bird, Grahafi/Sharpley, Jennifer/Sutton, Mary (1984): IMF Policies in Developing Countries: The Case for Change. In: The Banker, 134 (698), S.36.

8.3.1 In Argentinien

Menem setzte ab 1989 auf neoliberale Reformen, die mit der *urgencia económica* begründet wurden und als einziger Weg galten, die Inflation zu beseitigen (vgl. Waldmann, 2010, S.121; Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.109f.; S.116). 1991, mit dem Amtsantritt des neuen Wirtschaftsministers Domingo Cavallo, wurde hierfür der Stabilisierungsplan „Konvertibilitätsplan“, in der Literatur auch *Plan Cavallo* genannt, verabschiedet.

Der Plan umfasste in erster Linie die Konvertibilität der nationalen Währung, Austral⁷⁰, in US-Dollar. Künftige Abwertungen des Austral durften nur noch mit der Zustimmung des Parlamentes vorgenommen werden. Damit wurde der Emission zur Deckung von Haushaltslücken als eine der vielen Quellen der Inflation Einhalt geboten. Reserven der Zentralbank durften weder verpfändet, noch zur Bedienung von Schulden herangezogen werden, nur so war die Umtauschgarantie einzuhalten. Zusätzlich sollte argentinischem Fluchtkapital die Rückkehr in das Land erleichtert werden, indem Kredite auch in US-Dollar aufgenommen werden konnten. Der Plan verbot jegliche Indexierung. Für 1992 sah er die Wiedereinführung des Peso vor in einem Verhältnis zum US-Dollar mit 1:1 (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.115).

Um die Inflation zu beseitigen wurde der Haushalt saniert, ein Indexierungsverbot und eine Zollreform erlassen, durch welche die Zölle gesenkt und Spezialzölle abgeschafft wurden. Der Rückgang der Zolleinnahmen und die Abschaffung von Exportsteuern standen im Widerspruch zum Ziel der Haushaltssanierung, dennoch hoffte die Regierung damit die Staatseinnahmen in ausreichendem Maße anheben zu können. Durch die Privatisierungspolitik sollten zusätzliche Staatseinnahmen aufgebracht werden.

Stabilisierung und Konsolidierung machten den Weg frei für ein Abkommen mit dem IWF, um das Schuldenproblem langfristig in den Griff zu bekommen (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.116).

Der Konvertibilitätsplan konnte zwar die Gesamtwirtschaft reaktivieren und damit staatliche Steuereinkünfte ausweiten, durch die Einnahmeausfälle kompensiert wurden, jedoch reichten diese zur vollen Deckung des Konvertibilitätsplans nicht aus. Der Plan hatte zweifelhafte Verteilungseffekte, durch die Überbewertung des Austral wachstumshemmende Effekte auf den Exportsektor und keine positive Wirkung auf die mangelhafte Haushaltsstabilität. Doch der Plan festigte das Ansehen der Regierung Menem, die sich auf einen

70 Vorgängervährung des Peso bis Ende 1991

breiten gesellschaftlichen Konsens stützen konnte und ermöglichte weitere Handlungsspielräume (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.117f.).

Denn eine wirtschaftliche Stabilisierung ist erst dann von Dauer, wenn sie in eine zweite Phase wirtschaftlicher Transformation führt. Diese muss den Fokus auf produktive Investitionen und eine grundlegende Restrukturierung des produktiven Apparates, vereinbar mit den Umstrukturierungsprozessen auf dem Weltmarkt, beinhalten. Stattdessen wurden öffentliche Unternehmen und damit zukünftige Einnahmequellen, beispielsweise im Erdölsektor, abgestoßen und Massenentlassungen bedeuteten den Verlust qualifizierter Arbeitskräfte (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.118f.).

Ab 1989 wurden Staatsbetriebe privatisiert. Innerhalb von drei Jahren entzog sich die Regierung der seit Jahren vom Staat kontrollierten öffentlichen Unternehmen. Die Radikalität der Privatisierungen war erstaunlich, da zum Zeitpunkt der Redemokratisierung die öffentliche Meinung war, dass die Mängel in der Effizienz der Unternehmen auf eine falsche Politik unter Militärdiktatur zurückzuführen seien und es reichen würde, die Unternehmen unter einer neuen Leitung zu restrukturieren und in eine neue Wirtschaftspolitik zu integrieren.

Die Restrukturierungsbemühungen stießen jedoch bald an ihre Grenzen: Interessenverflechtungen, begrenzte Handlungsspielräume der Regierung und des administrativen Apparates, die Verschuldungssituation und der Mangel an konsistenten Projekten machten der Regierung ein konsequentes Gegensteuern unmöglich.

Menems neoliberale Politik erhielt Unterstützung, da die öffentlichen Staatsunternehmen als Ursache für die argentinische Hyperinflation angesehen wurden. Die Regierung verfügte über historisch einmalige Handlungsspielräume; denn mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität war jede Maßnahme gerechtfertigt. Aufgrund der Menge an Staatsunternehmen erhoffte man sich eine beachtliche Verminderung der Schuldenlast, verbesserte Qualität und sinkende Kosten. Eine schnellstmögliche Privatisierung schien der einzige Ausweg aus der Krise zu sein (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.120ff.).

Da es jedoch nur wenige potentielle KäuferInnen gab entstanden neue Monopolunternehmen. Staatliche Regulierungsinstanzen, die aufgrund der Privatisierungen gegründet wurden, funktionierten nicht, stattdessen blühte die Korruption. Die Übernahmeverträge beinhalteten zwar Investitions- und Terminregelungen, doch wenn sich das Unternehmen weigerte, seinen Verpflichtungen nachzukommen war der Staat außerstande, die Einhaltung

durchzusetzen. Die neuen Unternehmen folgten Privatinteressen, das gesellschaftliche Interesse wurde ignoriert (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.123).

Der Privatisierungsprozess hat das Staatseigentum abgeschafft, ohne Markt- und Wettbewerbsbedingungen einzuführen. Diese können nur durch staatliche Regulierungs- und Kontrollorgane eingeführt werden (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.124).

Bis zum *argentino* sank das BIP um über ein Viertel, das durchschnittliche Einkommen pro Kopf sank um zwei Drittel, von 8.000 US-Dollar im Jahr 1998 auf 3.000 US-Dollar im Jahr 2002. Argentinien hatte sich bisher in Sachen Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit immer positiv vom lateinamerikanischen Standard abgesetzt. Nun lebte die Hälfte der Bevölkerung offiziell in Armut (vgl. Wolff, 2003, S.2).

8.3.2 Zwischenfazit: Neoliberalismus in Argentinien

Die Regierung Menem vermochte einen radikaleren Bruch mit der ISI zu vollziehen als dies einerseits die Militärdiktatur, andererseits die erste demokratische Regierung unter Alfonsín praktizieren konnte. Die Bevölkerung unterstützte eine wirtschaftliche Stabilisierung unter demokratischen Rahmenbedingungen aufgrund der traumatischen Erfahrungen mit der Diktatur und zweier aufeinanderfolgender Hyperinflationen. Zudem wurde die Stabilisierung nun von den Peronisten getragen, den traditionellen OpponentInnen einer liberalen Stabilisierungs-, Privatisierungs- und Öffnungspolitik. Dies zeigte der Gesellschaft, dass es praktisch keine Alternative gab.

Doch die Liberalisierung musste ohne Staatsapparat auskommen, der nur über ein Minimum an Autonomie und Regulierungskapazitäten verfügte. Die Macht lag bei der Exekutive, was zu einer Marginalisierung des Parlaments führte und zu einer Zunahme von Korruption. Von der Privatisierungs- und Öffnungspolitik profitierten damit lediglich wenige Monopol- und Oligopolgruppen, die in enger Verbindung mit ausländischen Kapitalgruppen standen.

Die Liberalisierungs- und Stabilisierungspolitik konnte nicht fundamentale Strukturprobleme der argentinischen Wirtschaft lösen: Langfristige produktive Investitionen wurden immer noch vernachlässigt. Stattdessen manövrierte die Außenöffnung bei gleichzeitiger Eliminierung der staatlichen Subventionen auch die Industrieunternehmen in eine finanzielle Krise, die aufgrund ihrer in den 80er Jahren vollzogenen Modernisierungs- und Rationalisierungsanstrengungen eigentlich international wettbewerbsfähig waren.

Argentinien vollzog zwar einen Bruch mit der ISI, jedoch erfolgte dieser nicht vollständig. Die sozialen Kosten dieses Bruches gingen einseitig zur Lasten der arbeitenden Bevölkerung (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.146f.).

8.3.3 In Brasilien

Ab 1985 veränderte sich die brasilianische Wirtschaftspolitik (vgl. Amann, 2003, S.107), ermöglicht durch die demokratische Transition (vgl. Amann, 2003, S.109). Brasiliens Charakteristika und Position auf dem Weltmarkt wurden neu definiert: Handelsbarrieren wurden gelockert, Märkte dereguliert, Privatisierungen vollzogen und eine konventionelle Geldmarkt- und Steuerpolitik implementiert. Die Wirtschaftsleistung konnte sich dadurch erheblich verbessern. Mitte der 1990er Jahre folgte Brasilien einem Stabilisierungsprogramm, das die Hyperinflation der 80er Jahre endlich beendete. Durch die steigende Produktivität und die globale Orientierung verbesserte sich die brasilianische Wettbewerbsfähigkeit. Dennoch ist Brasilien weiterhin abhängig von ausländischen Devisen und kämpft mit einer ungleichen Einkommensverteilung (vgl. Amann, 2003, S.107).

Sarney wollte 1986 mit dem *Plan Cruzado* die Inflation durch die Etablierung einer neuen Währung und der Einführung von Preis- und Lohnstopps beenden (vgl. Amann, 2003, S.109), doch der Plan schlug fehl und die Inflation wuchs weiter, während die Einkommen sanken. Die Regierung erkannte, dass sie die Inflation nur durch Markt- und Steuerreformen, einem Indexierungsverbot und dem Fortführen konventioneller Geldmarkt- und Steuerpolitik bekämpfen konnte. 1988 wurden erste Schritte in Richtung limitierter Privatisierungen und Handelspolitikreformen unternommen. Ende 1989 wurde der neoliberale Wechsel dann endgültig vollzogen. Die Regierung unter Collor de Mello führte ökonomische Reformen durch. Diese beinhalteten folgende Punkte (vgl. Amann, 2003, S.110): Um die industrielle Effizienz und Exportleistung zu verbessern, wurden Handelsreformen mit dem Ziel der Liberalisierung implementiert. Zwischen 1990 und 1994 wurde der Zollsatz mehr als halbiert. Nicht-tarifäre Handelshemmnisse wurden abgeschafft. Diese stellten vor 1990 den wichtigsten Schutz für die heimische Industrie dar. Die Abschaffung führte zu einem Anstieg des wettbewerbsfähigen Drucks auf Brasilien. Die Zölle wurden in den nächsten Jahren weiter gesenkt, um mit dem Außenzolltarif des MERCOSUR übereinzustimmen (vgl. Amann, 2003, S.111f.).

Privatisierungen wurden ab 1988 vorsichtig und zunächst zurückhaltend durchgeführt. Col-

lor de Mello weitete dann die Deregulierungs- und Privatisierungsbestrebungen aus. Bis 1992 wurde die in Staatseigentum befindliche Petrochemie und die Stahlunternehmen privatisiert. Das Programm PND führte die Privatisierung weiterer Sektoren, wie Telekommunikation, Energie, Bankwesen und Bergbau für den Staat durch und machte diese Sektoren dem Wettbewerb zugänglich. Um die umfassenden Privatisierungen durchzusetzen benötigte es jedoch eine Verfassungsänderung, die den Eintritt sowohl nationaler, als auch internationaler privater InvestorInnen erlaubte. Die notwendige Gesetzesänderung wurde 1995 unter Cardoso durchgesetzt. Dies ermöglichte den Eintritt neuer MarktkonkurrentInnen, um privatisierte AmtsinhaberInnen herauszufordern.

Der Erfolg der brasilianischen Privatisierungen lag im transparenten Regulierungssystem. Regulationsagenturen, beispielsweise für Öl und Gas, Telekommunikation und Energie, haben folgende Aufgaben: Sie verwalten die Bewilligungen der Konzessionen für die TrägerInnen der öffentlichen Versorgung, sie kontrollieren die Qualität der Dienstleistungen und legen gewisse Standards fest. Zudem bestimmen die Regulationsagenturen die Preise und geben Investitionsanreize. Je nachdem wie dringlich eine Privatisierung durchgeführt oder eine Kurskorrektur vorgenommen werden muss, bestimmen sie hier Prioritäten für die betroffenen Sektoren. Eine bekannte bundesstaatliche Regierungsagentur ist die *Agência Nacional de Petróleo*, die den Ölsektor reguliert und mit dem Ministerium für Bergbau und Energie verbunden ist. Je mehr sich der Staat als direkter Produzent zurückzieht, desto mehr Macht und Einfluss gewinnen diese Regulationsagenturen.

Die privatisierten Sektoren profitieren von den Regulationsagenturen, die sicherstellen, dass wettbewerbsfähige Märkte entstehen zwischen InvestorInnen mit unterschiedlichen Nationalitäten. Es gab inzwischen nur noch einen Bruchteil an Handelsbarrieren gegenüber ausländischen Investitionen, im Gegensatz zu Beginn der 90er Jahre (vgl. Amann, 2003, S.112f.).

1993 wurde der Stabilisierungsplan *Plano Real* unter Wirtschaftsminister Cardoso und Präsident Itamar Franco (1992-1994) umgesetzt. Er beinhaltete folgende Punkte: erstens Ausgabenkürzungen, möglich gemacht durch Steuererhöhungen, da diese steigende Einnahmen versprachen; zweitens ein Indexierungsverbot, die Abschaffung des Lohn- und Preisindexierungssystems, drittens die Einführung einer neuen Währung, des Real, festgelegt am Dollar mit einem Verhältnis 1:1 und viertens eine Geldmarktpolitik, um inflationären Druck auszugleichen und den Wert des Real beizubehalten (vgl. Amann, 2003, S.117). Der Plan war erfolgreich und brachte die Inflation unter Kontrolle: „[T]he Real Plan appeared

to demonstrate that in the Brazilian context accelerated growth and declining inflation could be mutually compatible macroeconomic objectives“ (Amann, 2003, S.117).

Mit der Einführung des Real im Juli 1994 wurde die Inflation beendet. Doch der schwache Status der öffentlichen Ausgaben wurde ebenso sichtbar. Cardoso musste das Haushaltsdefizit nachhaltig reduzieren. Dazu wurden Investitionsausgaben beschränkt, wie Aufwendungen und Personalkosten. Die indirekte Indexbindung wurde angehoben und staatliche Beiträge zur Pensionsvorsorge ausgeweitet. Diese Maßnahmen konnten das Defizit in einen Mehrwert umwandeln. Des Weiteren reduzierten die Maßnahmen die öffentliche Kreditaufnahme (vgl. Amann, 2003, S.114).

Doch der *Plano Real* hatte zwei langfristige strukturelle Schwächen: wiederkehrende steuerliche und externe Ungleichgewichte. So kam er 1999 zu einem Ende (vgl. Amann, 2003, S.118 und 121).

8.3.4 Zwischenfazit: Neoliberalismus in Brasilien

Der Neoliberalismus hatte in Brasilien das Ziel, staatliche Defizite zu verringern, die Inflation zu bekämpfen, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zu stärken und ausländische Investitionen anzuziehen (vgl. Schmalz, 2008, S. 75). Damit schlug Brasilien den Weg einer progressiven Integration in die globale Wirtschaft ein (vgl. Amann, 2003, S.136).

Während der anfänglichen neoliberalen Implementierung zeigten die Maßnahmen unter Collor de Mello noch keine Erfolge. Das BIP pro Kopf fiel um 8,36%, die Industrieproduktion um 13,3% (vgl. Souza, 2005, S.449⁷¹; zitiert nach Schmalz, 2008, S.75). Der Präsident trat 1992 zurück, als ein umfangreiches Korruptionssystem aufflog (vgl. Vizontini, 2003b, S.85⁷²; zitiert nach Schmalz, 2008, S.75). Im Zuge des *Brady-Plan* kam es zur Wiederaufnahme der Kooperation mit dem IWF (vgl. Schmalz, 2008, S.75). 1998 nahm Brasilien ein erstes, 1999 ein zweites Strukturanpassungsprogramm des IWF auf (vgl. Schmalz, 2008, S.78f.).

In der Amtszeit Francos schien sich ein Ende der Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik anzudeuten: Die Wirtschaft wuchs bei einer hohen Inflationsrate. Cardosos Amtsantritt war der Beginn der achtjährigen Epoche, in der das neoliberale Regime konsolidiert wurde (vgl. Schmalz, 2008, S.76f.). Der *Plano Real* zeigte Erfolge: Da die Währung überbewertet und an den US-Dollar gekoppelt war, sanken sowohl die Inflation, als auch die Armut.

71 De Souza, Nilson Araújo (2005): *A Longa Agonia da Dependência. Economia Brasileira Contemporânea*. Sao Paulo: Editora Alfa-Omega.

72 Vizontini, Paulo Gilberto Fagundes (2003b): *Relações Internacionais do Brasil. De Vargas a Lula*. Sao Paulo: Fundacao Perseu Abramo.

Doch durch die Überbewertung entstand ein chronisches Handelsbilanzdefizit: Importprodukte wurden verbilligt und Exportprodukte mussten zu hohen Preisen verkauft werden (vgl. Schmalz, 2008, S.78f.; Leubolt, 2013, S.63). Um das Defizit endgültig zu reduzieren mussten die gedämpften Exporte gefördert werden. Brasilien war sich bewusst, dass der *argentino* 2001 durch enttäuschende Exportleistungen verursacht wurde (vgl. Amann, 2003, S.136).

Die Rolle des Staates veränderte sich in Brasilien entscheidend. Früher nahm dieser aktiv an ökonomischen Aktivitäten durch seine Unternehmen teil. Nun war er ein Regulationsorgan: Er verband die Interessen von InvestorInnen und KonsumentInnen, musste jedoch seine Aufgaben von Interessenverflechtungen frei halten. Hier konnte der Staat wieder als Förderer von Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit auftreten (vgl. Amann, 2002, S.958f.).

Der Neoliberalismus und die SAP konnten die Inflation in Brasilien eindämmen. Dies bestätigte die Elemente des *Washington Consensus*. Doch die Nettoergebnisse der Politiken waren enttäuschend: Der Neoliberalismus mündete nicht in wirtschaftliches Wachstum. Die Einkommensverteilung wurde zwar nicht verschlimmert, aber jene, sowie die Situation der Armen, verbesserte sich auch nicht (vgl. Amann, 2002, S.957).

„Brazil has made strenuous efforts to embark upon a new era of global economic integration and orthodox macroeconomic policy. However desirable this change in policy direction may have been, however, the experience of the past decade has indicated that it did not always translate into greater macroeconomic stability“ (vgl. Amann, 2003, S.114).

8.3.5 In Chile

In Chile wurde das Militär von einer Gruppe junger, neoliberaler TechnokratInnen, den *Chicago Boys*, unterstützt. Diese sahen die geschlossene Wirtschaftsstruktur in Folge der ISI und die damit einhergehende dominante Rolle des Staates und seiner protektionistischen Praktiken als das Übel der Krise. Eine wirtschaftliche Liberalisierungsstrategie sollte den Markt für private Initiativen öffnen und eine kapitalistische Wirtschaft ermöglichen (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.152).

1980 wurde unter der Mitwirkung der *Chicago Boys* ein wirtschaftliches und soziales Modernisierungs- und Reformprojekt, die sogenannten „Sieben Modernisierungen“, verabschiedet. Darin waren unter anderem folgende Punkte enthalten: Die Sozialversicherungssysteme wurden privatisiert. Der Bildungsbereich wurde dezentralisiert und der Verantwor-

tung der Gemeinden unterstellt, die wiederum die Verantwortung an private TrägerInnen übertragen konnten. Zuschüsse für Studierende an privatisierten Universitäten wurden reduziert und das System der Eigenfinanzierung eingeführt. Das Gesundheitssystem wurde privatisiert, staatliche Mittel wurden für die Ärmsten ausgegeben und die private Krankenversicherung eingeführt. In der Agrarpolitik wurde das Gesetz der Enteignung zurückgenommen. Der Agrarsektor wurde liberalisiert und eine Exportorientierung setzte ein. Neue und wettbewerbsfähige Unternehmen konnten sich in diesem Sektor etablieren und waren für das spätere Exportwachstum verantwortlich (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.153).

Die „Sieben Modernisierungen“ zielten auf die Reduktion der staatlichen Kompetenz- und Einflussbereiche ab. Sie folgten der Schockpolitik der *Chicago Boys*, die ihre Wirkung zeigte: Die Hyperinflation war unter Kontrolle, das Haushaltsdefizit reduziert und das BIP wies Wachstumsraten auf. Doch das Wirtschaftswunder endete 1981 in einer Krise.

1985 übernahm Hernán Büchi das Amt des Wirtschaftsministers und verfolgte eine neue wirtschaftspolitische Strategie, mit der die Überwindung der Krise gelang. Das Programm beinhaltete die Ausweitung der Exporte und die Reduktion öffentlicher Ausgaben. Damit wurde der Schuldendienst geleistet und die Investitionsrate erhöht (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.154). Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, war der Erfolg der Exportförderungs politik auch bedingt durch das Anziehen der Kupferpreise um jährlich etwa 30%. Doch auch die übrigen Exporte verzeichneten Wachstumsraten. Damit konnte die Belastung durch die externe Verschuldung reduziert werden (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.156).

	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Kupfer	100,0	127,2	194,4	228,9	216,0	205,9
Agrar- und Meeres- produkte	100,0	116,5	136,2	145,7	143,2	178,6

Tab.1: Index der Exportentwicklung in Millionen US-Dollar (1986= 100)

Quelle: Banco Central; zitiert nach Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.156; eigene Modifikation

Seit 1988 wurde die Austeritätspolitik aufgegeben und eine expansive Wirtschaftspolitik betrieben, die aus Maßnahmen zur Reduktion der Steuerbelastung, Ausweitung der öffentlichen Ausgaben und Anhebung der Löhne bestand. Dadurch wuchs die Wirtschaft, jedoch auch die Inflation, sowie die Importe, die das Wachstum der Exporte übertrafen.

Das Modell Büchis bedeutete eine Kurskorrektur an dem monetaristischen Modell der Regierung Pinochet (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.156):

„Während dieses die Regulation der makroökonomischen Schlüsselvariablen dem Markt überlassen hatte, übernahm [...] nun wieder der Staat [...] die Kontrolle über den Finanzmarkt [...]. Über die Festlegung der Zinssätze für die Staatspapiere regulierte er das monetäre Angebot. Weiterhin wurde der Währungskurs staatlich festgelegt und zusammen mit einem Subventionssystem gezielt als Exportförderungsinstrument eingesetzt“ (Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.157).

1985 wurde die Privatisierungspolitik wieder aufgenommen, nachdem die Finanzkrise von 1982 zu einer Re-Verstaatlichung der Wirtschaft geführt hatte. Alle öffentlichen Unternehmen, einschließlich Wasser-, Elektrizität-, Telefon- und Gesundheitsversorgung wurden privatisiert. Die Ausnahmen bildeten die Kupfer- und die Erdölgesellschaft.

Büchis Modell ist ein Exportmodell mit dem Ziel, makroökonomische Stabilität mit der Exportförderung zu vereinbaren. Erreicht wurde dies durch die künstliche Unterbewertung des Peso und die Rücknahme der Steuerbelastung (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.157). Doch trotz Exportdiversifikation und Exportorientierung der Industrie konnte die Abhängigkeit des Exportsektors von einer begrenzten Anzahl an natürlichen Ressourcen nicht überwunden werden. Der Exportsektor war nicht mit dem übrigen produktiven Sektor verflochten. Er konnte nicht dieselben dynamischen Bereiche wie der Weltmarkt aufweisen und hatte nur noch geringe Expansionsmöglichkeiten (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.158).

Die Regierung der CPD strebte nach der Überführung des Exportmodells in eine zweite Phase, gekennzeichnet durch technologische Innovation, einen erhöhten Verarbeitungsgrad der Exportprodukte und eine größere Integration der produktiven Sektoren, vor allem eine Verflechtung zwischen rohstoff- und arbeitsintensivem Sektor. Die Regierung versuchte sowohl mit den UnternehmerInnen als auch mit den ArbeiterInnen zu einer Übereinkunft zu kommen und ihre soziale und politische Unterstützung zu erlangen (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.186). Dazu wurde unter anderem der FONTEC entwickelt, der durch Kredite und Subventionen die Kosten für Forschungs-, Entwicklungs-, und Anpassungsprojekte finanziert. Der *Fondo de Garantía* unterstützt nicht-traditionelle ExporteurInnen bei der Einführung neuer Produkte und der Eroberung neuer Märkte. Das CPI der CORFO unterstützt nationale kleine und mittelständische Betriebe bei der Durchführung von Investitionsprojekten, indem es die Kooperation mit internationalen oder nationalen Unternehmen sucht, da man sich durch die Bildung von *joint ventures* Modernisierungsimpulse erhofft (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.187).

8.3.6 Zwischenfazit: Neoliberalismus in Chile

Die Demokratie in Chile war durch den paktierten Übergang Grenzen unterworfen. Diese Grenzen führten zu politischer Apathie in der Bevölkerung und zu elitären und bürokratischen Verkrustungen in den Parteien. Doch eine direkte Attackierung durch die Regierung der CPD hätte zur Verunsicherung wirtschaftlicher AkteurInnen geführt und das Klima der wirtschaftlichen Stabilität aufs Spiel gesetzt, das grundlegend war für die gesellschaftliche Transformation. Die negative Vorreiterrolle Alfonsíns in Argentinien spielte bei dieser Abwägung eine Rolle. Deswegen wurde eine Strategie des Gradualismus gewählt.

Die politische Dezentralisierung und Regionalisierung ermöglichte die demokratische Konsolidierung. Auf regionaler Ebene konnten so dynamische Wirtschaftsstrukturen entstehen, die nach autonomer Interessenvertretung strebten.

Chile muss sich jedoch die Frage stellen, wie es die sozialen Rechte von marginalisierten Gruppen ausweiten kann, die bisher weitgehend ausgeschlossen blieben, ohne den Prozess der demokratischen Konsolidierung und wirtschaftlichen Stabilität zu gefährden. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Übereinkunft zwischen Unternehmen und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften stimmten der Legitimierung der offenen Wirtschaft zu, dafür forderten sie substantielle Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitskräfte. Die UnternehmerInnen, die durch das Wirtschaftswachstum hohe Gewinne erzielen konnten, waren bereit, redistributiven Maßnahmen und der Schaffung eines ausgeglichenen Verhältnisses zu den Gewerkschaften zuzustimmen. Dafür forderten sie die Legitimierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Dies machte eine Anhebung der Löhne und Ausweitung der Sozialausgaben möglich. Das Armutproblem wurde jedoch nicht gelöst.

Die Unternehmen sahen die demokratische Legitimierung der offenen Wirtschaft als Voraussetzung an für das Überleben des Modells. ArbeiterInnen waren bereit, sich mit dem Schicksal des Unternehmens zu identifizieren und die Lohnentwicklung an das Wachstum der Produktivität zu binden. Dadurch entstand ein *circulus virtuosus* zwischen politischer und sozialer Teilhabe auf der einen Seite und Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite. Doch dazu benötigt es die Fortführung der in Angriff genommenen Modernisierungsprozesse in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Technologie, durch die die Produktivität gesteigert, die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und ein höheres Maß an Gleichheit erreicht wird. Die Überführung des Exportmodells in die zweite Phase, die Wachstum, Verteilung und Demokratie miteinander verbindet, wird jedoch vom Fehlen eines Konsens bezüglich

der Staatsrolle behindert (vgl. Töpper/Müller-Plantenberg, 1994, S.201ff.).

8.4 Fazit

In Argentinien setzte Menem ab 1989 auf neoliberale Reformen. Sie galten als einziger Weg, um die Inflation zu beseitigen (vgl. Waldmann, 2010, S.121; Töpper/Müller-Plantenberg, 1994, S.109f.; S.116). Hierfür wurde der „Konvertibilitätsplan“ erstellt (vgl. Töpper/Müller-Plantenberg, 1994, S.115) und eine Zollreform erlassen, die jedoch im Widerspruch zum Ziel der Haushaltssanierung stand. Der Konvertibilitätsplan hatte zudem zweifelhafte Verteilungseffekte und wachstumshemmende Effekte auf den Exportsektor. Durch eine umfangreiche und schnell vollzogene Privatisierungspolitik sollten zusätzliche Staatseinnahmen aufgebracht werden (vgl. Töpper/Müller-Plantenberg, 1994, S.116ff.). Da es jedoch nur wenige potentielle KäuferInnen gab, entstanden neue Monopolunternehmen. Staatliche Regulierungsinstanzen, die aufgrund der Privatisierungen gegründet wurden und die Aufgabe hatten, Markt- und Wettbewerbsbedingungen zu kontrollieren, funktionierten nicht (vgl. Töpper/Müller-Plantenberg, 1994, S.123f.).

Eine wirtschaftliche Stabilisierung ist erst von Dauer, wenn sie in eine zweite Phase führt und produktive Investitionen sowie eine Restrukturierung des produktiven Apparates fokussiert. Stattdessen wurden öffentliche Unternehmen und damit zukünftige Einnahmequellen abgestoßen und Massenentlassungen bedeuteten den Verlust qualifizierter Arbeitskräfte (vgl. Töpper/Müller-Plantenberg, 1994, S.118f.).

1989 wurde in Brasilien der neoliberale Wechsel vollzogen, um die Inflation via Markt- und Steuerreformen zu bekämpfen (vgl. Amann, 2003, S.110).

Das PND führte die Privatisierung der einzelnen Sektoren für den Staat durch und machte diese dem Wettbewerb zugänglich. Der Erfolg der brasilianischen Privatisierungen lag im transparenten Regulierungssystem. Regulationsagenturen erfüllen Aufgaben wie die Bewilligungen der Konzessionen, Kontrolle der Qualität der Dienstleistungen und Festlegung der Preise. Dies führte zur Sicherstellung von wettbewerbsfähigen Märkten (vgl. Amann, 2003, S.112f.).

1993 wurde der Stabilisierungsplan *Plano Real* umgesetzt, der die Inflation unter Kontrolle brachte (vgl. Amann, 2003, S.117). Die Erfolge des *Plano Real* zeigten auch eine Kehrseite: Da die Währung überbewertet war, entstand ein chronisches Handelsbilanzdefizit: Die Importe wurden verbilligt und die Exporte mussten zu hohen Preisen verkauft werden (vgl.

Schmalz, 2008, S.78f.; Leubolt, 2013, S.63). Um das Defizit endgültig zu reduzieren, mussten die gedämpften Exporte gefördert werden (vgl. Amann, 2003, S.136).

Der Neoliberalismus und die SAP konnten die Inflation in Brasilien eindämmen. Doch der Neoliberalismus mündete nicht in wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit (vgl. Amann, 2002, S.957).

In Chile vollzogen die *Chicago Boys* 1980 den neoliberalen Wandel, um die geschlossene Wirtschaftsstruktur, die als Übel der Krise gesehen wurde, zu beseitigen. Es folgte die Privatisierung des Sozialversicherungs-, Bildungs- und Gesundheitsbereichs, die Liberalisierung des Agrarsektors und eine Exportorientierung. Auf diese Weise konnten sich wettbewerbsfähige Unternehmen etablieren (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.152f.). Von den Privatisierungen ausgenommen blieben die Kupfer- und die Erdölgesellschaft (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.157). Durch diese Politik konnte die Hyperinflation kontrolliert werden und das BIP erholte sich. Doch das Wirtschaftswachstum endete 1981 in einer Krise (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.154).

Seit 1988 wurde eine expansive Wirtschaftspolitik betrieben: Sie bestand aus Maßnahmen zur Reduktion der Steuerbelastung und Ausweitung der öffentlichen Ausgaben und Exporte. Dadurch wuchs die Wirtschaft, jedoch auch die Inflation sowie die Importe, die das Wachstum der Exporte übertrafen (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.156f.). Trotz Exportdiversifikation und Exportorientierung konnte die Abhängigkeit des Exportsektors von einer begrenzten Anzahl an natürlichen Ressourcen nicht überwunden werden (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.158). Die Regierung strebte nach der Überführung des Exportmodells in eine zweite Phase, gekennzeichnet durch technologische Innovation, einen erhöhten Verarbeitungsgrad der Exportprodukte und eine größere Integration der produktiven Sektoren (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.186).

8.5 Die Rolle der externen AkteurInnen im Neoliberalismus

Um die seit den 70er Jahren angehäuften Auslandsschulden abzubauen, begaben sich die lateinamerikanischen Staaten also in ein Abhängigkeitsverhältnis mit dem IWF und der Weltbank, die sie zwar mit Krediten unterstützten, jedoch auch ihre geld- und wirtschaftspolitische Souveränität einschränkten (vgl. Schui, 2003, S.23⁷³; zitiert nach Schmotzer,

73 Schui, Herbert (2003): Was ist eigentlich Neoliberalismus. In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Wien.

2003, S.3). Abgeleitet wurden die von internationalen Finanzinstitutionen aufgezwungenen Maßnahmen von der Theorie des Neoliberalismus. Jener galt als Allheilmittel gegen jedes Wirtschaftsproblem (vgl. Schmotzer, 2003, S.3). DirektorIn des IWF ist zwar aufgrund einer Vereinbarung zwischen den USA und Europa einE EuropäerIn, doch die einflussreiche Position des ersten stellvertretenden Direktors oder der ersten stellvertretenden Direktorin wird von einem Amerikaner oder einer Amerikanerin besetzt.

Abseits der Fuchteln von IWF und Weltbank befand sich Lateinamerika im Neoliberalismus also unter der Hegemonie der USA, die unter der Bush sen. Regierung (1989-1993) mit dem Projekt ALCA versuchte, den Kontinent mit einer gesamtamerikanischen Freihandelszone wirtschaftlich noch abhängiger zu machen und ihn dem eigenen Kapital zu Vorzugskonditionen zu öffnen. Neoliberale Maßnahmen sollten zwar die Situation in den betroffenen Staaten verbessern, doch stellt sich die Frage, ob der eigentliche Grund nicht eher der weltweite Ausbau der Vorherrschaft von nordamerikanischen Unternehmen war. ALCA ist das bekannteste Projekt einer wirtschaftlichen Integration von Außen. Es rief massive KritikerInnen und GegnerInnen hervor. Das Projekt schlug fehl und die USA setzen heute auf bilaterale Freihandelsabkommen (vgl. Konecny, 2008, S.5f.; Schmotzer, 2003, S.4).

Die Außenpolitik der USA in Lateinamerika war gekennzeichnet durch politische, militärische und wirtschaftliche Interventionen mit dem Ziel, die freie Marktwirtschaft umzusetzen und die Vorherrschaft der nordamerikanischen Wirtschaft zu festigen. Schmotzer geht gar davon aus, dass der nordamerikanische Markt den in den USA ansässigen multinationalen Unternehmen zu klein geworden war und um zu expandieren benötigte es die „Eroberung“ neuer Märkte in neuen Ländern. Nordamerikanische Unternehmen haben im Vergleich zu den Unternehmen in europäischen Ländern einen größeren Einfluss auf die eigene Politik, beispielsweise die Bestrebungen von sowohl RepublikanerInnen, als auch DemokratInnen auf die Ausweitung nordamerikanischer Unternehmen im Ausland (vgl. Schmotzer, 2003, S.5).

Der Soziologe James Petras beschreibt in seinem Artikel „Empire Building“ vier Stufen, die die USA zur Erreichung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft in einem fremden Land beschreiten:

Auf der ersten Stufe werden ideologische, politische und militärische Interventionen eingeleitet. Diese schaffen die Basis für die Etablierung eines neoliberalen Marktes in dem betroffenen Land. Eine intellektuelle Elite wird nach den Doktrinen der nordamerikanischen

Wirtschaftspolitik ausgebildet, die die nationale Wirtschaft beeinflussen soll. In Chile waren dies beispielsweise die *Chicago Boys*. Finanziell werden nationale, Nordamerika-affine Parteien unterstützt. Durch aktive Militärinterventionen werden die Regierungen abgesetzt, die nicht im Sinne dieser Doktrin arbeiten und neue, der nordamerikanischen Regierung zuarbeitende werden installiert, wie es beim Sturz Allendes durch den Putsch Pinochets in den 70er Jahren geschah.

Auf der zweiten Stufe folgt die Implementierung von Privatisierungs-, Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen zur Öffnung der nationalen Wirtschaft. Dies führt zu einer Dominanz von lokalen Eliten, IWF, Weltbank und multinationalen Unternehmen. Der freie Markt ist jedoch nur in eine Richtung offen: Die nordamerikanische Regierung schützt ihre Wirtschaft mit selektiver Schutzzollpolitik vor ausländischer Konkurrenz.

Auf der dritten Stufe erfolgt eine Verschiebung der Macht: Durch Kreditvergaben und Privatisierungen fällt die Macht in die Hände einer kleinen, internationalen Elite von Unternehmen. Deren Marktanteile steigen daraufhin.

Die vierte Stufe wird als „Re-Kolonialisierung“ bezeichnet: Politisch-militärische Kräfte werden eingesetzt, um die Privatisierungen von staatlichen Unternehmen, vor allem im Rohstoff- und Energiesektor, voranzutreiben (vgl. Petras, 2003, S.21ff.).

9. Widerstand: Gegen Privatisierungen und für die „Neue Linke“ - Progressive Regierungen in Lateinamerika

9.1 Ausgangssituation

„Die neoliberale Politik war für die Massen [...] eine Katastrophe. Sie war ein Geschenk an die multinationalen Konzerne, die den Kontinent plünderten, indem sie privatisierte Betriebe und Ressourcen zu Spottpreisen erstanden. Den Preis haben die Lohnabhängigen und die Armen gezahlt, deren Lebensstandard weiter und weiter nach unten getrieben worden ist“ (Saunois, 2006).

Dem „verlorenen Jahrzehnt“ der 80er Jahre folgte in den 90er Jahren die Plünderung des Kontinents durch externe AkteurInnen und die herrschenden Klassen. Die beiden Jahrzehnte zeigen, dass das kapitalistische System nicht die Industrie und Wirtschaft weiterentwickeln und die Massenarmut bekämpfen konnte. Die Gesellschaft gab die Hoffnung auf, dass die Privatisierungswelle und der freie Markt zu einem anhaltenden Wirtschaftswachstum und zu wirtschaftlicher Entwicklung führen können. Die neoliberale Politik endete stattdessen in Massenoppositionen gegen die Regierungen.

Es kam zur Machtübernahme neuer, radikal-populistischer Regierungen in Argentinien mit

Kirchner und Fernández de Kirchner und den „Neuen Progressiven Linken“ in Brasilien mit Lula da Silva und Rouseff und in Chile mit Lagos und Bachelet, die von den bisherigen ideologischen und wirtschaftspolitischen Tendenzen abweichen und einen Bruch mit den neoliberalistischen Maßnahmen darstellen (vgl. Saunois, 2006; Martner, 2011, S.137f.).

Laut Norberto Bobbio, Rechtsphilosoph und Publizist, sind linke, progressive Regierungen jene Regierungen, die als Ziel die Reduktion von Ungleichheit haben (vgl. Uriarte, 2008). Diese Regierungen kamen mit dem Versprechen an die Macht, die Entwicklungsmodelle zu ändern (vgl. Gudynas, 2012, S.47). Sie fokussieren eine Politik der stärkeren Staatsintervention und den Kampf gegen Armut und stehen damit für eine wichtige Änderung in der Weltpolitik nach 1990 (vgl. Saunois, 2006).

Doch wie gelang es den progressiven Regierungen an die Macht zu kommen und die wirtschaftliche und soziale Krise zu überwinden? Erstens konnte das politische System teilweise Output-Legitimität zurückgewinnen: Eine makroökonomische Stabilisierung und soziale Nothilfeprogramme linderten die heftigsten Krisenfolgen. Die Verteilung staatlicher Gelder über Patronage-Netzwerke band Protestgruppen an das politische System. Zweitens ging die Politik auf die Protestforderungen ein: personelle Konsequenzen (Rücktritte), Verhandlungs- und Dialogangebote, Vorverlegung von Wahlen und die Übernahme konkreter Kritikpunkte in die demokratische Politik, wie wirtschaftspolitische Fremdbestimmung durch IWF und USA oder demokratische Defekte in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Drittens gab es keine Alternative (negative Legitimation). Viertens zeigten sich die sozialen Proteste als Schlüssel für De- und Restabilisierung. Die Protestgruppen waren fragmentiert, heterogen und spontan alliiert. Soziale Innovationen wie Tauschringe, Übernahmen verlassener Fabriken und lokale Volksversammlungen führten zur Stabilisierung sozioökonomischer Verhältnisse (vgl. Wolff, 2002, S.2f.).

Die neuen Regierungen unterstützen eine Politik der stärkeren Staatsintervention. Maßnahmen beinhalten auch teilweise Verstaatlichungen. In Argentinien übernahm die Regierung Kirchner beispielsweise die Kontrolle über die Verwaltung der Flughäfen, erwarb 40% der privatisierten Fluglinie *Aerolineas Argentinas* und erhielt über einen Staatsbetrieb die privatisierte Wasserversorgung von Buenos Aires (vgl. Saunois, 2006).

9.1.1 In Argentinien

2003 kam Kirchner an die Macht. Die Wahl fand statt nach einem noch nie dagewesenen

Staatsbankrott und Massenprotesten, die den Rückzug zweier Präsidenten in zehn Tagen zur Folge hatten (vgl. Levitsky/Murillo, 2008, S.16).

Kirchner „inherited a country at the nadir of its fortunes“ (Morris, 2006, S.35). Er gewann die Wahl, indem er den USA den Rücken kehrte. Argentinien beendete die Politik des *automatic alignment* mit Washington, die der Staat in den 90er eingegangen war, um den Außenhandel zu stärken. Er lehnte die gesamtamerikanische Freihandelszone ab und erinnerte seine NachbarInnen an die Stärken lateinamerikanischer Handelsabkommen wie MERCOSUR (vgl. Morris, 2006, S.35).

Kirchner erlangte ein vom Export geführtes Wirtschaftswachstum, das in einen wettbewerbsfähigen Wechselkurs führte und die Rohstoffpreise ansteigen ließ. Zwischen 2003 und 2007 wuchs die Wirtschaft jährlich um 9%. Die Arbeitslosen- und Armutsrate sank dabei um fast die Hälfte (vgl. Levitsky/Murillo, 2008, S.17).

Der Präsident nahm erneut Verhandlungen mit dem IWF auf, um eine Restrukturierung des Schuldenberges durchzusetzen. 2005 konnte Argentinien seine Schulden an den IWF zurückzahlen und die Wirtschaft wuchs. Doch ÖkonomInnen kritisierten, dass Kirchners aggressive Nationalismus-Politik – die kurzzeitige Abkehr vom Exportsektor und die Verstaatlichung des Wassersektors – ausländische InvestorInnen abschreckte (vgl. Morris, 2006, S.35; Levitsky/Murillo, 2008, S.17).

Kirchner kehrte das traditionelle Lohnherabsetzungssystem um und bekräftigte die Gewerkschaften für Tarifverhandlungen und Tarifierhöhungen bei Mini-Jobbern. Kirchner führte auch eine Sozialversicherungsreform durch. Diese Maßnahmen erhöhten die Reallohne und brachten ArbeiterInnen auf den Arbeitsmarkt zurück. Staatliche Investitionen in Bauvorhaben, Haushalte, Infrastruktur, Bildung und Forschung stiegen an. 2007 wuchsen die Staatsausgaben um 30% (vgl. Levitsky/Murillo, 2008, S.17)!

Kirchner kehrte also zum traditionellen Peronismus zurück, dem Peronismus aus der Ära Menem, einem Staatsinterventionismus, der durch eine einflussreiche Gewerkschaftsbürokratie flankiert wurde. Damals funktionierten die Mechanismen, da der Fleischexport in ein hungerndes Europa florierte und mit den Exporterlösen Reformen finanziert werden konnten. Kirchner und Fernández de Kirchner besitzen heute nicht dieselbe komfortable Ausgangssituation und haben keine Mittel, um nachhaltige Reformen durchzusetzen. In Argentinien herrscht ein labiler Boom, der von der Bauwirtschaft und von Agrarexporten, zum Beispiel nach Chile, getragen wird. Tritt die Weltwirtschaft in eine Stagnation, bricht dieser ein (vgl. Saunois, 2006).

9.1.2 In Brasilien

2003 wurde Lula da Silva zum Präsidenten gewählt. Dieser überzeugte bereits vor seiner Wahl den IWF und andere imperialistische und kapitalistische Institutionen, dass er die Politik seines Vorgängers Fernando Henrique Cardoso fortsetzen würde (vgl. Saunois, 2006). In Lula da Silvas erster Amtsperiode bildeten sich zwei politische Achsen heraus, die verschiedene Wirtschaftsrichtungen einschlugen. Dies waren einerseits die neoliberale Achse und andererseits die sozial-keynesianische Achse. Die neoliberale Achse gründete auf den gesellschaftlichen Kräften, die weiterhin die finanz- und weltmarktdominierte Entwicklungsweise durchsetzen wollten. Sozialreformen wollten sie in den gegebenen gesellschaftlichen Handlungsrahmen durchsetzen. Dies beinhaltete die Bedienung von Auslandsschulden, eine gemäßigte Agrarreform und graduelle Sozialreformen. Die sozial-keynesianische Achse setzte sich aus den gesellschaftlichen Sektoren zusammen, die ein alternatives binnenmarktzentriertes Entwicklungsmodell anstrebten. Mit einer strukturellen Agrarreform wollten sie den Binnenmarkt anheizen und weitere Liberalisierungsschritte abwenden. Auslandsschulden sollten neu ausgehandelt und die Leitzinsen gesenkt werden. Die Interaktion der beiden Achsen hatte unterschiedliche Konfliktfelder zur Folge: Das Agrarministerium wurde beispielsweise zweigeteilt. Im Ministerium herrschten Spannungen zwischen den Forderungen des *Agrobusiness* und der KleinlandwirtInnen. Die Exportinteressen des Latifundiums sollten einerseits bedient werden, andererseits mussten die Forderungen der sozialen Bewegung nach einer Landreform beachtet werden (vgl. Schmalz, 2008, S.115f.). Auch in der Wirtschaftspolitik konkurrierten zwei Strömungen: die monetaristische und die keynesianische Gruppe. Vermittler waren Lula da Silva und der Minister des *Casa Civil*, José Dirceu. Dirceu kritisierte die monetaristische Politik, doch beide Politiker stellten sich bei Entscheidungen auf die Seite der neoliberalen Achse (vgl. Schmalz, 2008, S.116; S.118).

In der Außenpolitik setzte die neoliberale Achse auf eine starke Exportorientierung, die die Schutzinteressen von kleinen, nicht wettbewerbsfähigen Industrien und der bäuerlichen Landwirtschaft nicht beachtete. Das Außenministerium *Itamaraty* unter Marco Aurélio Garcia, Berater des Präsidenten für auswärtige Angelegenheiten, setzte auf die Errichtung einer MERCOSUR-zentrierten Entwicklungsweise der Außenhandelspolitik. Diese bediente auch die brasilianischen Exportinteressen. Lula da Silva und Dirceu positionierten sich

auf die Seite des *Itamaraty* (vgl. Gentili, 2004, S.106f.⁷⁴; Nogueira Batista jr., 2005, S.123⁷⁵; zitiert nach Schmalz, 2008, S.118).

Die Außenwirtschaftspolitik war widersprüchlich. Die Finanzpolitik lag im Kontrollbereich der neoliberalen Achse. So waren Aushandlungsprozesse in den internationalen Finanzbeziehungen und die finanzmarktvermittelte Ressourcentransfers der Kontinuität unterworfen. Das Finanzministerium war auf die Bedienung der Auslandsschulden fixiert. Dies schlug sich in der Austeritätspolitik nieder. Ausnahmen wurden nur bei der Umstrukturierung der Schulden vom IWF auf private Institutionen gemacht. In der Außenhandelspolitik herrschte jedoch die keynesianische Achse vor. Die Exportorientierung dominierte zwar, doch in vielen Bereichen erfolgte auch der Schutz der heimischen Industrie. Auf diese Weise wurde eine Vertiefung von transnationalen Abhängigkeitsverhältnissen verhindert (vgl. Schmalz, 2008, S.118f).

9.1.3 In Chile

In ihrer Amtsantrittsrede machte Bachelet folgendes Versprechen:

„Mi compromiso es que en 2010 habremos consolidado un sistema de protección social que dé tranquilidad a los chilenos y sus familias. La tranquilidad de saber que tendrán un trabajo digno y decente, que sus hijos puedan estudiar, que tendrán una vejez digna“ (Escudero, 2006).

Bachelet bezeichnete die chilenische Wirtschaft als erfolgreich, jedoch geschwächt durch die soziale Ungleichheit.

Ihre Wahl bedeutete das Ende der 20-jährigen Dominanz der *concertación*, die Chile seit der Demokratisierung 1990 regierte. Bachelet ist jedoch eine Figur der Kontinuität statt des Wechsels und somit verkörpert sie eher die Grenzen des politischen und ökonomischen Modells der *concertación* (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.5).

Bachelets Aufstieg zur Präsidentin initiierte oder verstärkte Transformationen in der chilenischen Politik: die Menschenrechtsbewegung der *Mapuche*, das Ende der Immunität für VerbrecherInnen unter Pinochet, die Umweltschutz-, ArbeiterInnen- und Studierendenbewegung. Die politische Apathie der Gesellschaft unter der *concertación* wurde durch Artikulation und Teilnahme an Protesten ersetzt. Bachelets Antworten auf soziale Forderungen motivierten die Massen (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.6).

Bachelets Vorgänger, Ricardo Lagos, war Verfechter der „*no*-Kampagne“ und seit Allende

74 Gentili, Rafael (2004): Sobre as Negociacoes da ALCA e da Mercosul. In: Soares et al. (Hrsg.). S.105-118.

75 Nogueira Batista jr, Paulo (2005): O Brasil e a Economia Internacional. Recuperacao e Defesa da Autonomia Nacional. Rio de Janeiro: Elsevier.

der erste sozialistische Präsident. Lagos wurde in eine Amtszeit gewählt, in der das neoliberale Modell fortgeführt und über Ungleichheit gesprochen, aber nichts dagegen getan wurde. Allerdings wird Lagos die Gründung der Plattform „Wachstum mit Gleichheit“ und die Neuformung des chilenischen Sozialismus, gemeinsam mit dem spanischen Politiker Felipe Gonzalez, zu Gute gehalten (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.12f.). Gonzalez war ein Pionier des „Dritten Weges“, „embracing 'freemarket' economics while proposing mild redistributive and social welfare measures“ (Reuss, 2001; zitiert nach Fernandez/Vera, 2012, S.13).

Da Lagos' Politik in eine Stagnation mündete, wurde Bachelet, die bereits mit Engagement und Ausdauer antrat, zur Hoffnungsfigur eines politischen, ökonomischen und sozialen Wandels. Die Gesellschaft erhoffte sich eine neue soziale und politische Realität, inklusive Verbesserungen im Militär-, Bildungs-, und Umweltschutzbereich und der Situation der Frau und der ArbeitnehmerInnen. Doch im Jahr 2010, das Ende der ersten Amtszeit Bachelets, war die soziale Realität Chiles dieselbe wie zu Bachelets Amtsantritt im Jahr 2006. Wiederkehrende Themen in Bachelets Amtszeit waren die Grenzen des neoliberalen Modells, welches Wachstum über soziale Gerechtigkeit stellt und Ungleichheit produziert, die mangelhafte Partizipation der Bevölkerung und die mangelhafte Lösung sozialer Probleme durch die Technokraten der *concertación* (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.12ff.).

Bachelet öffnete ein neues Kapitel in der Geschichte nach Pinochet. Aufgrund der hohen Erwartungen, die ihre Person in der Gesellschaft auslöste, veränderte sie die Größe und den Bereich der chilenischen Zivilgesellschaft. Durch Bachelet erkannten die ChilenInnen die Grenzen der Politik der *concertación*. Doch ihre Forderungen nach Veränderungen stießen an die Grenzen der TechnokratInnen der *concertación*. Damit eine Gesellschaft nicht nur ökonomisch wachsen kann, benötigt es eine Veränderung im politischen System. Bachelets Präsidentschaft hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. In vielen Bereichen gab es Fortschritte, aber keine fundamentalen Novellierungen im neoliberalen Modell oder bei den sozialen Prioritäten. Man wird sehen, ob der *emerging activism* eine Veränderung „von unten“ bewirken kann, eine Veränderung, die die *concertación*-Führung, auch Bachelet, kontrollieren oder verhindern wollte (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.17f.).

9.2 Die neuen Rollen der externen AkteurInnen und der (un)abhängigen Staaten

Die politische und wirtschaftliche Beziehung zwischen den USA und lateinamerikanischen Ländern änderte sich mit den durch „Linksdruck“ entstandenen Wahlsiegen sozialistischer

Parteien ab 2003 mit Lula da Silva und Kirchner und 2006 mit Bachelet.

Ein wichtiger Wendepunkt in den Beziehungen stellte die Wahl des OAS-Generalsekretärs von 2005 dar. Die Wahl entschied sich zwischen José Miguel Insulza, Mitglied der chilenischen PS und Luis Ernesto Derbez, Mitglied der mexikanischen PAN. Derbez wurde von den USA unterstützt, doch die Mehrzahl der südamerikanischen Länder wählte Insulza. Erstmals in der Geschichte der OAS konnte Washington seinen Favoriten oder seine Favoritin nicht durchsetzen. Insulza war Anhänger der 1973 weggeputschten Allende-Regierung (vgl. Ramm, 2005).

Brasilien, als Riesenstaat, Entwicklungsmacht und beliebtes Partnerland, entwickelte unter Lula da Silva ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein als aufstrebende Macht. Brasilien erreichte eine Position, die sich von der Entwicklungswelt abhob. Lula strebte nach außenpolitischen Allianzen mit ebenbürtigen Ländern. BRICS und IBSA sind hierfür Indizien. Brasiliens Suche nach PartnerInnen führte zur Gruppenbildung mit Gleichgewichtigen und nicht mit Gleichgesinnten. Entscheidend dafür ist die Abgrenzung von den Ländern, die in der bestehenden internationalen Hierarchie besser platziert sind (vgl. Zilla, 2014, S.43f.). Zudem definierte Brasilien unter Lula da Silva seine südamerikanische Identität (vgl. Grabendorff, 2010) und gründete die UNASUR, welche den Aktionsradius des Landes jenseits des *Cono Sur* ausweitet, doch Zentralamerika aus dem Identitätsbereich ausschließt.

Als südamerikanische Regionalmacht ist es Brasilien ein Anliegen, den Einfluss der USA auf dem Subkontinent auf niedrigem Niveau zu halten. Brasilien übernimmt die Rolle des Konfliktmanagers, um die Stabilität einzelner Staaten zu wahren und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Regierungen zu pflegen. Politische Ziele erhalten so oftmals den Vorrang vor wirtschaftlichen. Regionale Institutionen dienen Brasilien als Kanal für politischen Dialog, als Rahmen für Konfliktmanagement, als Instrument der Einbindung der NachbarInnen und für seine Aktivitäten in Südamerika. Brasilien lehnt aber die eigene Anbindung an supranationale Instanzen ab, gefördert wird stattdessen der Intergouvernementalismus. Das Land wird in der Region verankert, erhält jedoch kein Sprungbrett auf die Weltbühne (vgl. Zilla, 2014, S.44f.).

Die ASC wurde als kontinentales Bündnis gegründet, um gegen ALCA, das die Vorherrschaft der USA in Lateinamerika sichern sollte, zu mobilisieren (vgl. Berrón, 2005). Die Allianz liefert Vorschläge, eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen, „in der internationa-

le Abkommen auf Gegenseitigkeit, wechselseitigem Gewinn, nationaler Souveränität, Schutz des jeweiligen Binnenmarktes sowie auf Respekt und Beachtung der Grundrechte beruhen“ (Berrón, 2005).

Europa scheint eine sozialere Politik gegenüber lateinamerikanischen Ländern zu verfolgen. Die EU setzt auf bilaterale Assoziationsabkommen, die auf den Säulen politischer Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel gründen. Bislang ist solch ein Abkommen mit dem gesamten Staatenblock MERCOSUR gescheitert, da soziale Bewegungen befürchten, dass sich „hinter den guten Kooperationsabsichten und den Bemühungen um politischen Dialog vor allem die Handelsinteressen verbergen, die das Abkommen bestimmen und ihm inhaltlich die gleichen Strukturen wie die der ALCA vorgeben“ (Berrón, 2005).

Die Volksrepublik China wurde in den letzten Jahren zu einer Großinvestorin für Infrastruktur-Projekte in Lateinamerika. 2013 hat China mehr Geld in lateinamerikanische Projekte investiert, als die Weltbank und der IWF zusammen an die Region verliehen haben. Für verschuldete Regierungen wie Argentinien sind Geschäfte mit China lukrativ, da die Volksrepublik den Kauf der Güter gleich mitfinanziert; ansonsten müsste sich der lateinamerikanische Staat das Geld auf internationalen Kreditmärkten zu hohen Zinsen leihen. Aus diesem Grund ist China heute eine Wirtschaftsmacht in Lateinamerika. In den vergangenen 10 Jahren hat sich das Handelsvolumen verdoppelt. Lateinamerikanische Länder decken den Rohstoffhunger der Volksrepublik, die die größte Exportabnehmerin von Brasilien, Venezuela, Chile und Peru und die zweitgrößte Argentinien ist. Vor wenigen Wochen gab die Volksrepublik China ihre politische Zusammenarbeit mit der CELAC bekannt (vgl. Pauli, 2014).

9.3 Fazit 1: Die Politik der Progressiven Regierungen

Radikal-populistische Regierungen in Argentinien und die „Neuen Progressiven Linken“ in Brasilien und Chile stellen einen Bruch mit den neoliberalistischen Maßnahmen dar (vgl. Saunois, 2006; Martner, 2011, S.137f.). Sie fokussieren eine Politik der stärkeren Staatsintervention und den Kampf gegen Armut (vgl. Saunois, 2006).

In Argentinien kehrte Kirchner den USA den Rücken: Er lehnte die gesamtamerikanische

Freihandelszone ab und erinnerte an die Stärken lateinamerikanischer Handelsabkommen (vgl. Morris, 2006, S.35).

Kirchner erreichte ein vom Export geführtes Wirtschaftswachstum, das in einen wettbewerbsfähigen Wechselkurs führte und die Rohstoffpreise anstiegen ließ. Doch die Staatsausgaben stiegen dabei um 30% (vgl. Levitsky/Murillo, 2008, S.17)!

Der Präsident bewirkte eine Umstrukturierung der Schulden beim IWF und so konnte Argentinien 2005 seine Schulden zurückzahlen. Doch Kirchner wurde kritisiert, dass er ausländische InvestorInnen abschreckte (vgl. Morris, 2006, S.35; Levitsky/Murillo, 2008, S.17).

Kirchner kehrte zum traditionellen peronistischen Staatsinterventionismus zurück. Damals funktionierten die Mechanismen, da der Fleischexport die Reformen finanzierte. Kirchner und Fernández de Kirchner besitzen nicht die Mittel, um nachhaltige Reformen durchzusetzen. In Argentinien herrscht ein labiler Boom (vgl. Saunois, 2006), der jederzeit einbrechen kann, wie die achte Staatskrise beweist.

Lula da Silva überzeugte bereits vor seiner Wahl den IWF davon, dass er die neoliberale Politik seines Vorgängers Cardoso fortsetzen wird (vgl. Saunois, 2006). In seiner Amtsperiode bildeten sich zwei politische Achsen heraus, einerseits die neoliberale, andererseits die sozial-keynesianische Achse. Die neoliberale Achse wollte die finanz- und weltmarktdominierte Entwicklungsweise durchsetzen. Dies beinhaltete die Bedienung von Auslandsschulden, eine gemäßigte Agrarreform und graduelle Sozialreformen. Die sozial-keynesianische Achse strebte ein alternatives binnenmarktzentriertes Entwicklungsmodell an. Mit einer strukturellen Agrarreform wollten sie den Binnenmarkt anheizen und weitere Liberalisierungsschritte abwenden. Auslandsschulden sollten neu ausgehandelt werden.

In der Außenpolitik setzte die neoliberale Achse auf eine starke Exportorientierung, die die Schutzinteressen von nicht wettbewerbsfähigen Industrien und des Agrarsektors nicht beachtete. Das Außenministerium *Itamaraty*, mit Unterstützung von Lula da Silva, setzte auf die Errichtung einer MERCOSUR-zentrierten Entwicklungsweise der Außenhandelspolitik (vgl. Gentili, 2004, S.106f.⁷⁶; Nogueira Batista jr., 2005, S.123⁷⁷; zitiert nach Schmalz, 2008, S.118). Hier dominierte die Exportorientierung, mit einem gleichzeitigen Schutz der heimischen Industrie (vgl. Schmalz, 2008, S.118f).

76 Gentili, Rafael (2004): Sobre as Negociacoes da ALCA e da Mercosul. In: Soares et al. (Hrsg.). S.105-118.

77 Nogueira Batista jr, Paulo (2005): O Brasil e a Economia Internacional. Recuperacao e Defesa da Autonomia Nacional. Rio de Janeiro: Elsevier.

Lagos, Bachelets Vorgänger, wurde in eine Amtszeit gewählt, in der das neoliberale Modell fortgeführt wurde (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.12f.), erst Bachelet wurde zu einer Hoffungsfigur eines politischen, ökonomischen und sozialen Wandels. Wiederkehrende Themen in Bachelets Amtszeit waren die Grenzen des neoliberalen Modells, welches Wachstum über soziale Gerechtigkeit stellt und Ungleichheit produziert, außerdem die mangelhafte Partizipation der Bevölkerung und die mangelhafte Lösung sozialer Probleme durch die Technokraten der *Concertación* (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.12ff.). Durch Bachelet erkannten die ChilenInnen die Grenzen der Politik der *concertación*, doch ihre Forderungen wurden nicht beachtet. Damit eine Gesellschaft wachsen kann, benötigt es eine Veränderung im politischen System. In vielen Bereichen gab es zwar Fortschritte, aber keine fundamentalen Veränderungen im neoliberalen Modell oder bei den sozialen Prioritäten (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.17f.).

9.4 Fazit 2: Vergleich der Rolle der externen AkteurInnen im Neoliberalismus und im Postneoliberalismus

Der Übergang zu einem neoliberalistischen Wirtschaftsmodell geschah nicht nur auf Druck der internationalen Finanzinstitutionen, sondern auch aufgrund der hegemonialen Vormachtstellung der USA in Lateinamerika.

Mit dem Neoliberalismus begaben sich die lateinamerikanischen Staaten also in ein Abhängigkeitsverhältnis mit dem IWF und der Weltbank, wodurch sie zwar Kredite erhielten, doch ihre Souveränität einschränkten (vgl. Schui, 2003, S.23⁷⁸; zitiert nach Schmotzer, 2003, S.3).

Die Außenpolitik der USA in Lateinamerika war gekennzeichnet durch politische, militärische und wirtschaftliche Interventionen mit dem Ziel, die freie Marktwirtschaft umzusetzen und die Vorherrschaft der nordamerikanischen Wirtschaft zu festigen (vgl. Schmotzer, 2003, S.5f.). Privatisierungs-, Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen führten zur einseitigen Öffnung der nationalen Wirtschaft, denn durch eine Schutzzollpolitik sicherte die USA ihre Wirtschaft. Die Macht fiel in die Hände einer kleinen, internationalen Elite von Unternehmen (vgl. Petras, 2003, S.21ff.).

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und lateinamerikani-

78 Schui, Herbert (2003): Was ist eigentlich Neoliberalismus. In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Wien.

schen Ländern änderten sich mit dem Regierungsantritt der „Neuen Progressiven Linken“. Ein wichtiger Wendepunkt stellte die Wahl des OAS-Generalsekretärs von 2005 dar, bei der die USA zum ersten Mal nicht ihren Kandidaten oder ihre Kandidatin durchsetzen konnte (vgl. Ramm, 2005).

Brasilien erreichte eine Position, die sich von der Entwicklungswelt abhebt. Lula da Silva strebte nach außenpolitischen Allianzen mit ebenbürtigen Ländern wie BRICS und IBSA demonstrieren.

Als südamerikanische Regionalmacht ist es Brasilien ein Anliegen, den Einfluss der USA auf dem Subkontinent auf niedrigem Niveau zu halten (vgl. Zilla, 2014, S.43ff.). ALCA sollte die nordamerikanische Vormachtstellung weiter festigen (vgl. Konecny, 2008, S.5f.; Schmotzer, 2003, S.4). Die ASC als kontinentales Bündnis mobilisierte gegen ALCA. ASC will Abkommen, die auf Gegenseitigkeit, wechselseitigem Gewinn, Schutz des jeweiligen Binnenmarktes, nationaler Souveränität und Achtung der Grundrechte beruhen (vgl. Berrón, 2005).

Zudem bestimmte Brasilien unter Lula da Silva eine südamerikanische Identität (vgl. Grabendorff, 2010) und gründete die UNASUR (vgl. Zilla, 2014, S.44f.).

Europa verfolgt eine sozialere Politik gegenüber den lateinamerikanischen Ländern. Die EU setzt auf bilaterale Assoziationsabkommen, die auf den Säulen politischer Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel gründen (vgl. Berrón, 2005).

Die Volksrepublik China wurde in den letzten Jahren zu einer Großinvestorin für Infrastruktur-Projekte in Lateinamerika. Für verschuldete Regierungen wie Argentinien sind Geschäfte mit China lukrativ, da China den Kauf der Güter gleich mitfinanziert; ansonsten müsste sich der Staat das Geld auf internationalen Kreditmärkten zu hohen Zinsen leihen (vgl. Pauli, 2014).

10. Schlussbemerkungen

10.1 Resümee

10.1.1 ISI als zweiseitiges Schwert

In Argentinien wurde die Industrialisierung zwar eingeleitet, jedoch entwickelte sie sich aufgrund fehlender Innovationen, Ressourcen und Produktdifferenzierungen nicht zu einem wirtschaftlichen Wachstumsmotor (vgl. Waldmann, 2010, S.26f.). Im ersten Weltkrieg brach der Importsektor ein, doch der Exportsektor profitierte vom hungernden Europa. In der Nachkriegszeit entwickelte sich Argentinien, durch steigende *terms of trade*, zu einer

Exportnation (Vgl. Waldmann, 2010, S.30ff.). Doch der Exportfokus wurde in der Weltwirtschaftskrise zu einem unsicheren Geschäft. Es folgte die staatsgeleitete ISI, aufgrund der hohen Staatsverschuldung (vgl. Waldmann, 2010, S.55); jedoch erreichte diese kein industrielles Wachstum (vgl. Waldmann, 2010, S.61) und führte 1949 geradewegs in eine Rezession (vgl. Waldmann, 2010, S.77), verursacht durch die Vernachlässigung des Agrarsektors, fehlender Wettbewerbsfähigkeit und Ineffizienz (vgl. Waldmann, 2010, S.78; Bisenberger, 2012, S.70f.; Zettl, 1989, S.142). Um das nächste Niveau der ISI zu erreichen benötigte man technologische Importe, die man sich aufgrund des Devisenmangels jedoch nicht leisten konnte. Dadurch wurde die Industrie weiter gelähmt (vgl. Zettl, 1989, S.130).

Zwei Faktoren sind in Argentinien für die Krise verantwortlich: die Vernachlässigung des Agrarsektors und der Exportwirtschaft. Denn normalerweise finanzieren diese die ISI. Der dritte Grund für das Scheitern der ISI ist die hohe Auslandsverschuldung, durch die die ISI finanziert werden sollte. Diese führte zu einer homogenen Wirtschaft, Wettbewerbsnachteilen und Exportrückgängen. Der starke Protektionismus des Staates führte dazu, dass die Industrie nicht wettbewerbsfähig wurde (vgl. Haferland, 2010, S.22⁷⁹; zitiert nach Bisenberger, 2012, S.91f.) - ein Teufelskreis in Argentinien.

In Brasilien ging es dem Staat nicht um die ISI an sich, sondern um den Erfolg der Industrialisierung, für die die ISI das geeignete Mittel darstellte. Zudem wurde in Brasilien von Beginn an ein mehrgleisiger Weg befahren: Nicht nur Basisindustrien, sondern auch technologisch fähige Unternehmen bildeten die Industrie des Landes. Auslandsinvestitionen sowie Exporteinnahmen finanzierten diese (vgl. Cervo, 2012, S.28; Schmalz, 2012, S.266). In der Weltwirtschaftskrise kam es zu einer Verstärkung der ISI (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.195). Doch nun wurden Regulationsbehörden gebildet, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stabilisieren und eine Eingliederung in den Weltmarkt zu ermöglichen und um das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Agrarexport zu halten (vgl. Calcagotto, 2012, S.326).

Als die Krise der ISI in den 50er Jahren sichtbar wurde, wurden die Substitutionsergebnisse minimiert und eine Politik der Exportförderung folgte (vgl. Novy/Calzadilla, 1995, S.200). Ab 1973 bewegte sich Brasilien dann verstärkt auf zwei Pfaden: die Substitution der Importe und die Orientierung auf Exporte. Deswegen herrscht zwischen industriellen und agrarischen Interessen ein Konsens, da die Industrialisierung als wichtigster, der

79 Haferland, Judith (2010): Agrarelite, Diktatur und Neoliberalismus. 100 Jahre Wirtschaftspolitik bis zur Argentinien-Krise 2001/2002. Ursachen und Hintergründe des Staatsbankrotts. Hamburg: Diplomica.

Agrarsektor als zweitwichtigster Sektor gilt. Die Exporteinnahmen aus letzterem finanzieren ersteren. Durch die weltmarktorientierte Entwicklung konnten mehr Devisen eingenommen werden als durch die ISI gespart werden konnten (vgl. Calzadilla/Novy, 1992, S.242ff.⁸⁰; zitiert nach Novy/Calzadilla, 1995, S.202).

In Chile führte die Weltwirtschaftskrise ebenfalls zum Einbruch des vom Kupfer dominierten Exportsektors und zur Einführung der ISI (vgl. Kay, 2004, S.525ff.). Gesellschaftlich wurde die Staatsintervention akzeptiert, da die Meinung galt, die Weltwirtschaftskrise wäre durch die *laissez-faire*-Praktiken der Regierungen verursacht worden (vgl. Silva, 2007, S.71). Die binnenländische Industrie führte in Chile zu einem Wirtschaftswachstum. Doch die ISI diskriminierte den Agrar- und Kupferexportsektor. Die Regierung erkannte dies rechtzeitig und modernisierte den Agrarsektor, da er als Schlüssel zur Industrialisierung und zur Wettbewerbsfähigkeit galt. So fuhr auch Chile einen zweigleisigen Weg zwischen Importsubstitution und Exportorientierung. Die ISI wurde dabei durch den Mineralexport finanziert (vgl. Kay, 2004, S.528f.; Kirsch, 1977⁸¹; zitiert nach Silva, 2007, S.73; Silva, 2007, S.73ff.)

In der Krise der 50er Jahre fokussierte sich Chile jedoch auf den Binnenmarkt und nicht auf die Wettbewerbsfähigkeit. Für die nächste Stufe der ISI benötigte es wie in Argentinien Investitionen, jedoch gab es nur Industrien, die Technologien voraussetzen (vgl. Prebisch, 1970; zitiert nach Silva, 2007, S.75). Politische Gründe führten dann vor ökonomischen zu einem Ende der ISI (vgl. Silva, 2007, S.75).

Sowohl in Argentinien als auch in Chile diskriminierten die Politiken der ISI landwirtschaftliche Interessen. Dies führte zur Stagnation des Agrarexportsektors. In Brasilien war dies nicht der Fall, so konnte der Agrarsektor seiner Arbeit nachkommen und hatte keine Produktivitätsschwierigkeiten wie in Chile.

In Argentinien hatte die ISI nur eine geringe gesellschaftliche Zustimmung und die Kluft zwischen industriellen und agrarischen Interessen war groß. In Chile hingegen wurde die ISI von der Gesellschaft gefordert und akzeptiert. In Brasilien kooperierten der öffentliche und private Sektor gar.

80 Calzadilla, Bernardo/Novy, Andreas (1992): Brasilien: Vom Binnenmarkt zum globalen Markt. In: Beirat für wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitische Alternativen: Vom obsoleten zum adäquaten marktwirtschaftlichen Denken. Marburg: Metropolis. S.235-252.

81 Kirsch, Henry (1977): Industrial Development in a Traditional Society. Gainesville: University of Florida Press.

In der Krise der 50er Jahre war die Lösung der Antriebs des Exportes, also die Intensivierung der Industrialisierung durch Produktdiversifikation von Konsumgütern. Brasilien vollführte diesen Prozess als einziger der Staaten. Der Agrarsektor wurde reformiert und so konnten die Exporte diversifiziert werden.

Das Exkurskapitel zeigt ebenfalls die zentrale Bedeutung des Exportes für die ISI. Südostasiatische Länder sahen die Exportorientierung als zentralen Wachstumsfaktor und wechselten in der Krise der 60er Jahre komplett zu einer exportorientierten Industrialisierung und gaben die ISI auf. Lateinamerikanische Staaten hatten Exportrückgänge, da diese nur Primärgüter und keine industriellen Güter ausführten. In Südostasien erzielten die ausgebauten Industriesektoren hohe Exporterlöse und finanzierten die Importe (vgl. Calzadilla/Novy, 1995, S.37.).

10.1.2 Demokratisierungsbestrebungen unter Militärrebellionen

In der Theorie wird der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle beim Demokratisierungsprozess zugesprochen (vgl. Heinz, 2001, S.20). Doch in Lateinamerika war das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft zersplittert; der Staat versuchte, die Gesellschaft zu kontrollieren und aufgrund der Marginalisierung weiter Teile der Bevölkerung fehlte es an einer Vertrauensbasis (vgl. Véliz, 1980⁸²; zitiert nach Heinz, 2001, S.31). Demokratie ist zwar eine Voraussetzung für die soziökonomische Entwicklung, doch bisher sparte sie die ökonomische und soziale Sphäre aus (vgl. Krennerich, 2003).

In Argentinien gab es einen Bruch mit der Militärherrschaft, die selbst Präsidentschaftswahlen ansetzte, da sie aufgrund des Falklandkrieges an Legitimation verloren hat (vgl. Heinz, 2001, S.92f.).

Alfonsín begann mit der Aufarbeitung des Autoritarismus und der Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Doch das Militär ließ Alfonsín die Grenzen seiner demokratischen Herrschaft spüren (vgl. Waldmann, 2010, S.138f., Heinz, 2001, S.95). Nur in Argentinien gab es Militärrebellionen, damit das Militär seine Interessen durchsetzen konnte (vgl. Heinz, 2001, S.97). Menem führte eine liberale Verteidigungspolitik: Er begnadigte Armeeangehörige, Verfahren und Urteile wurden wegen dieser Begnadigungen ausgesetzt oder amnestiert. Dies ermöglichte Menem einen erweiterten Handlungsspiel-

82 Véliz, Claudio (1980): *The Centralist Tradition in Latin America*. Princeton: Princeton University Press.

raum gegenüber dem Militär (vgl. Heinz, 2001, S.105f.).

In Brasilien wurde die Transition beeinflusst, aber nicht kontrolliert von der Militärführung (vgl. Heinz, 2001, S.148). Brasiliens Ende als Wirtschaftswunder war gekommen; das Militär verlor aufgrund dessen an Legitimation. Beide, Militär und Zivilgesellschaft, unterstützten die Rückkehr zur Demokratie. Das Militär wollte dabei neoliberale Reformen durchsetzen (vgl. Heinz, 2001, S.146f.).

1979 wurde eine Amnestie für politische Straftaten erlassen. Neves suchte den Kontakt zu MilitärministerInnen, er wollte keine Politik des Revanchismus, also auch keine Aufarbeitung von Straftaten unter der Militärdiktatur (vgl. Heinz, 2001, S.148). Auch Sarney stützte sich auf das Militär als wichtiger außerparlamentarischer Machtfaktor (vgl. Heinz, 2001, S.153). De Souza Mendes war beispielsweise eine Figur, die zwischen Militär und Regierung vermittelte (vgl. Zirker, 1991, S.69f.⁸³; zitiert nach Heinz, 2001, S.153f.). Erst Collor de Mello irritierte das öffentliche Profil des Militärs (vgl. Heinz, 2001, S.162).

Die Zivilgesellschaft erreichte in Chile den Übergang in die Demokratisierung. Diese wird festgesetzt mit dem Erlass der neuen Verfassung 1980 oder der politischen Übergabe der politischen Macht an zivile Kräfte 1989/90 (vgl. Codoceo, 2007, S.83). Doch die Proteste ließen vor allem wegen der zwei verschiedenen Strategien zur Überwindung der Militärdiktatur nach. Eine Seite wollte die Diktatur stürzen oder zur Aufgabe zwingen, die andere Seite wollte einen Dialog mit der Diktatur erreichen und einen gemeinsamen Weg in die Demokratie gehen (vgl. Codoceo, 2001, S.98f.).

Das autoritäre Regime leitete den Übergang zur Demokratie dann selbst ein mit der Verfassung von 1980 (vgl. Codoceo, 2001, S.120). Eigentlich gab es keinen Grund dazu, außer dass das Regime Legitimation erlangen wollte (vgl. Arenhövel, 1998⁸⁴; zitiert nach Codoceo, 2001, S.120). Der demokratischen Opposition gelang, das autoritäre Regime mit friedlichen Mitteln zu überwinden: Sie gewannen das Plebiszit. Doch sie akzeptierten die Selbstamnestierung der Militärs und eine Verfassung, die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränkte und dem Militär Einfluss sicherte (vgl. Krumwiede, 2004, S.253).

Die neuen Demokratien wurden als Spiegelbild des neoliberalen Wirtschaftsmodells gese-

83 Zirker, Daniel (1991): The Civil-Military Mediators in Post-1985 Brazil. In: Journal of Political and Military Sociology, 19 (1), S.47-73.

84 Arenhövel, Mark (1998): Strategien der Demokratisierung: Transition und Konsolidierung in Spanien und Chile. Gießen: Focus.

hen: Politische Entscheidungen wurden von TechnokratInnen gefällt (vgl. Heinz, 2001, S.34f.). Zudem fehlte eine Partizipation der Bevölkerung (vgl. Petras/Vieux, 1994, S.7). Weitere Schwächen waren eine zersplitterte Parteienlandschaft, das Fehlen von Wirtschafts- und Sozialreformen und der Einfluss des Militärs auf den politischen Prozess (vgl. Heinz, 2001, S.36f.).

Über die Rolle des Militärs herrscht Uneinigkeit in der Literatur: Einige AutorInnen machen das Militär für die Verlangsamung des Transitionsprozesses verantwortlich. Andere sagen, dass es eine Belastung für die neuen Demokratien ist, da es Autonomie gegenüber den gewählten Regierungen fordert. Andere schätzen die Möglichkeiten des Militärs als gering ein (vgl. Heinz, 2001, S.40). Und eine vierte Gruppe sieht die neuen Demokratien unter dem Schutz des Militärs stehend und bezeichnet sie als „beschützende Demokratien“ (vgl. Loveman, 1994⁸⁵; zitiert nach Heinz, 2001, S.40).

10.1.3 Neoliberalismus

Der Neoliberalismus galt in Argentinien als einziger Weg, um die Inflation zu beenden (vgl. Waldmann, 2010, S.121; Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.109f.; S.116). Im Zuge dessen wurde der Konvertibilitätsplan erstellt, der jedoch zweifelhafte verteilungs- und wachstumshemmende Effekte auf den Exportsektor hatte. Die Privatisierungspolitik wurde (zu) schnell vollzogen, um Staatseinnahmen zu erreichen (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.115ff.). Zudem entstanden neue Monopolunternehmen, da staatliche Regulierungsinstanzen, die die Markt- und Wettbewerbsbedingungen kontrollieren sollten, nicht funktionierten (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.123f.). In Argentinien mündete die neoliberale Wirtschaftspolitik nicht in eine zweite Phase, die von produktiven Investitionen und einer grundlegenden Restrukturierung des produktiven Apparates geprägt wäre (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.118f.).

Die brasilianische Regierung erkannte, dass sie eine Inflation nur durch neoliberale Maßnahmen beenden konnte (vgl. Amann, 2003, S.110). Damit schlug Brasilien den Weg einer progressiven Integration in die globale Wirtschaft ein (vgl. Amann, 2003, S.136). Der Erfolg der brasilianischen Privatisierungen lag im transparenten Regulierungssystem. Regulationsagenturen haben das Ziel, wettbewerbsfähige Märkte sicherzustellen (vgl. Amann, 2003, S.112f.).

85 Loveman, Brian (1994): „Protected Democracies“ and Military Guardianship: Political Transitions in Latin America, 1978-1993. In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, 36 (2), S.105-189.

1993 wurde der Stabilisierungsplan *Plano Real* umgesetzt, der die Inflation unter Kontrolle brachte (vgl. Amann, 2003, S.117). Doch die Kehrseite war ein chronisches Handelsbilanzdefizit. Um dieses zu überwinden, mussten die Exporte gefördert werden (vgl. Amann, 2003, S.136). Der Neoliberalismus und die SAP konnten die Inflation in Brasilien eindämmen. Doch diese Politik mündete nicht in wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit (vgl. Amann, 2002, S.957).

In Chile führten die *Chicago Boys* die Wirtschaft in den Neoliberalismus. Via den „Sieben Modernisierungen“ wurden Reformen durchgeführt, bestehend aus Privatisierungen, Exportorientierung und Liberalisierung des Agrarsektors. Auf diesem Weg konnten sich wettbewerbsfähige Unternehmen etablieren (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.152f.). Von den Privatisierungen ausgenommen blieben die Kupfer- und die Erdölgesellschaft (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.157). Die Hyperinflation konnte unter Kontrolle gebracht werden, endete jedoch 1981 in einer Krise (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.154). Seitdem wird eine expansive Wirtschaftspolitik betrieben (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.156f.). Trotz Exportdiversifikation und Exportorientierung konnte die Abhängigkeit des Exportsektors von einer begrenzten Anzahl an natürlichen Ressourcen nicht überwunden werden (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.158). Die Regierung der CPD strebt nach der Überführung des Exportmodells in eine zweite Phase, gekennzeichnet durch technologische Innovation, einen erhöhten Verarbeitungsgrad der Exportprodukte und eine größere Integration der produktiven Sektoren (vgl. Töpfer/Müller-Plantenberg, 1994, S.186).

10.1.4 Progressive Regierungen als Retterinnen oder Pharisäerinnen

Progressive Regierungen stellen einen Bruch mit dem Neoliberalismus dar, stattdessen fokussieren sie eine stärkere Staatsintervention und den Kampf gegen Armut (vgl. Saunois, 2006; Martner, 2001, S.137f.).

Kirchner kehrte den USA den Rücken und erinnerte an die Stärken lateinamerikanischer Handelsabkommen (vgl. Morris, 2006, S.35). Er erreichte ein vom Export geführtes Wirtschaftswachstum, das in einen wettbewerbsfähigen Wechselkurs führte und die Rohstoffpreise ansteigen ließ, doch die Staatsausgaben stiegen um 30% (vgl. Levitsky/Murillo, 2008, S.17)!

Der Präsident nahm erneute Verhandlungen mit dem IWF auf, um ihm eine Restrukturierung des Schuldenbergs anzubieten, dabei schreckte er ausländische InvestorInnen jedoch ab (vgl. Morris, 2006, S.35; Levitsky/Murillo, 2008, S.17).

Lula da Silva überzeugte bereits vor seiner Wahl den IWF davon, dass er die neoliberale Politik seines Vorgängers fortsetzen würde (vgl. Saunois, 2006). Seine Amtszeit ist von zweigleisigen Wegen dominiert: Die neoliberale Achse wollte die finanz- und weltmarktdominierte Entwicklungsweise durchsetzen. Die sozial-keynesianische Achse strebte ein alternatives binnenmarktzentriertes Entwicklungsmodell an. Auch in der Wirtschaftspolitik konkurrierten zwei Strömungen: Einerseits gab es die monetaristische Gruppe, andererseits die Gruppe, die die keynesianische Orientierung durchsetzen wollte. In der Außenpolitik setzte die neoliberale Achse auf eine starke Exportorientierung, die die Schutzinteressen von nicht wettbewerbsfähigen Industrien und des Agrarsektors nicht beachtete. Das Außenministerium *Itamaraty*, mit Unterstützung von Lula da Silva, setzte auf die Errichtung einer MERCOSUR-zentrierten Entwicklungsweise der Außenhandelspolitik, unterstützt durch den Schutz der heimischen Industrie (vgl. Gentili, 2004, S.106f.⁸⁶; Nogueira Batista jr., 2005, S.123⁸⁷; zitiert nach Schmalz, 2008, S.118; Schmalz, 2008, S.118f).

Bachelet verkörpert die Grenzen des politischen und ökonomischen Modells der *concertación*. Wiederkehrende Themen in ihrer Amtszeit waren die Grenzen des neoliberalen Modells, welches Wachstum über soziale Gerechtigkeit stellt und Ungleichheit produziert, die mangelhafte Beteiligung der Bevölkerung und die mangelhafte Lösung sozialer Probleme durch die TechnokratInnen der *concertación* (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.12ff.). Die Forderungen der Gesellschaft wurden nicht beachtet. Damit eine Gesellschaft nicht nur ökonomisch wachsen kann, benötigt es eine Veränderung im politischen System. In vielen Bereichen gab es Fortschritte aber keine fundamentalen Veränderungen im neoliberalen Modell oder bei den sozialen Prioritäten (vgl. Fernandez/Vera, 2012, S.17f.).

Der Übergang zu einem neoliberalistischen Wirtschaftsmodell geschah nicht nur auf Druck der internationalen Finanzinstitutionen, sondern auch aufgrund der hegemonialen Vormachtstellung der USA in Lateinamerika.

86 Gentili, Rafael (2004): Sobre as Negociacoes da ALCA e da Mercosul. In: Soares et al. (Hrsg.). S.105-118.

87 Nogueira Batista jr, Paulo (2005): O Brasil e a Economia Internacional. Recuperacao e Defesa da Autonomia Nacional. Rio de Janeiro: Elsevier.

Mit dem Neoliberalismus begaben sich die lateinamerikanischen Staaten in ein Abhängigkeitsverhältnis mit dem IWF und der Weltbank, wodurch sie zwar Kredite erhielten, doch ihre Souveränität einschränkten (vgl. Schui, 2003, S.23⁸⁸; zitiert nach Schmotzer, 2003, S.3).

Die Außenpolitik der USA in Lateinamerika war gekennzeichnet durch politische, militärische und wirtschaftliche Interventionen mit dem Ziel, die freie Marktwirtschaft umzusetzen und die Vorherrschaft der nordamerikanischen Wirtschaft zu festigen (vgl. Schmotzer, 2003, S.5f.). Privatisierungs-, Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen führten zur einseitigen Öffnung der nationalen Wirtschaft, denn durch eine Schutzzollpolitik sicherte die USA ihre Wirtschaft. Die Macht fiel in die Hände einer kleinen, internationalen Elite von Unternehmen (vgl. Petras, 2003, S.21ff.).

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und lateinamerikanischen Ländern änderten sich mit den durch „Linksdruck“ entstandenen Wahlsiegen sozialistischer Parteien.

Als südamerikanische Regionalmacht ist es Brasilien ein Anliegen, den Einfluss der USA auf dem Subkontinent auf niedrigem Niveau zu halten. So strebte Lula da Silva nach außenpolitischen Allianzen mit ebenbürtigen Staaten, wie BRICS und IBSA demonstrieren. Die UNASUR wurde auf brasilianische Initiative gegründet (vgl. Zilla, 2014, S.43ff.). ASC als kontinentales Bündnis mobilisierte gegen ALCA und will Abkommen, die auf Gegenseitigkeit, wechselseitigem Gewinn, Schutz des jeweiligen Binnenmarktes, nationaler Souveränität und Achtung der Grundrechte beruhen.

Europa verfolgt eine sozialere Politik gegenüber lateinamerikanischen Ländern. Die EU setzt auf bilaterale Assoziations-Abkommen, die auf den Säulen politischer Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel gründen (vgl. Berrón, 2005).

Die Volksrepublik China wurde in den letzten Jahren zu einer Großinvestorin für Infrastrukturprojekte in Lateinamerika, die im Gegenzug seinen Rohstoffhunger gedeckt bekommt. Für verschuldete Regierungen wie Argentinien sind Geschäfte mit China lukrativ, da China den Kauf der Güter gleich mitfinanziert; ansonsten müsste sich der Staat das Geld auf internationalen Kreditmärkten zu hohen Zinsen leihen. Heute arbeitet China politisch mit der CELAC zusammen (vgl. Pauli, 2014).

88 Schui, Herbert (2003): Was ist eigentlich Neoliberalismus. In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Wien.

10.2 Überprüfung der Hypothesen

Die Analyse der Hypothesen wird Aufschluss geben über die Beantwortung der Forschungsfrage:

Warum erlebt(e) Brasilien einen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung, während andere vielversprechende lateinamerikanische Staaten wie Argentinien und Chile nicht folgen konnten und können?

Die erste Hypothese kann verifiziert werden:

„Brasilien profitierte von der ISI während der Weltwirtschaftskrise und hatte seitdem immer Elemente der ISI in seiner Wirtschaftspolitik.“

Brasilien nutzte die ISI als Methode für die Industrialisierung. Anders als Argentinien und Chile war es nicht die ISI an sich, sondern sie war ein Mittel zum Zweck, denn Argentinien und Chile leiteten die ISI aufgrund der Staatsverschuldung und dem Einbruch des Exportsektors ein und erreichten daher mit ihr kein industrielles Wachstum.

Brasilien bewegte sich von Beginn an auf einem zweigleisigen Weg: Einerseits wurden Basisindustrien durch Staatsintervention geschützt, andererseits reifte auch eine technologisch fähige Industrie heran. In Argentinien sowie Chile wurde keine Wettbewerbsfähigkeit erreicht, da man sich erstens aufgrund des Devisenmangels keine technologischen Importe für die nächste Stufe der ISI leisten konnte und zweitens der Staatsprotektionismus zu umfangreich war.

In Brasilien finanzierte der Agrarexport die ISI. In Argentinien und Chile wurde sie durch eine Auslandsverschuldung finanziert und der Agrar(export)sektor vernachlässigt. Die chilenische Regierung erkannte ihren Fehler rechtzeitig, modernisierte den Agrarsektor und nutzte den Mineralexport zur Finanzierung der ISI.

Brasilianische Regulationsbehörden, im Gegensatz zu argentinischen, funktionierten: Sie stabilisierten die internationale Wettbewerbsfähigkeit und kontrollierten das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage.

Die Krise der ISI meisterte Brasilien, indem der Staat den zweifadigen Weg der Imports-Substitution und Exportorientierung ausbaute. Denn auch das Positiv-Beispiel Südostasien zeigt die Bedeutsamkeit eines funktionierenden Exportsektors für die ISI. Sowohl Argentinien als auch Chile fokussierten sich in der Krise auf den Binnenmarkt und erst zu spät auf

die Exportorientierung.

Die zweite Hypothese muss falsifiziert werden:

„Die Demokratisierung konnte in Brasilien ohne weiteren Militäreinfluss umgesetzt werden.“

In Brasilien wurde die Transition vom Militär zwar nicht kontrolliert, jedoch beeinflusst. Das Militär unterstützte gemeinsam mit der Zivilgesellschaft den Übergang. 1979 wurde eine Amnestie für politische Straftaten erlassen, erst 2012 begann die Aufarbeitung der Gräueltaten unter der Militärdiktatur. Sowohl Neves als auch Sarney stützten sich auf das Militär als wichtigen außerparlamentarischen Machtfaktor. So agierte de Souza Mendes beispielsweise als Figur, die zwischen Militär und Regierung vermittelte. In Brasilien kam es daher nicht zu störenden Militärrebellionen oder -einmischungen, wie in Argentinien, da der demokratische Übergang mit Hilfe der Militärs erfolgte. Sie galten als Unterstützung. Inwieweit dies demokratiethoretisch legitim ist, da auch mit einer Aufarbeitung der Gewaltverbrechen unter der Militärdiktatur erst spät begonnen wurde, ist fraglich; doch der Übergang in eine Demokratie konnte in Brasilien auf diese Weise erfolgreich durchgeführt werden.

Der Militäreinfluss in Argentinien war ein anderer; das Militär waren gewaltbereiter und nicht bereit, ihre Macht aufzugeben. In Argentinien wurde zwar ein Bruch mit der Militärrherrschaft vollzogen, doch Militärrebellionen ließen die Präsidenten immer wieder die Grenzen ihrer demokratischen Macht spüren. Menem läutete einen friedvollen Weg dem Militär gegenüber ein, um einen erweiterten Handlungsspielraum zu erhalten.

In Argentinien gab es also keine Kooperation zwischen neuer Regierung und dem Militär wie in Brasilien, sondern der militärische Bereich wollte sich seinen Einfluss in der Regierung erkämpfen.

In Chile leitete das autoritäre Regime den Übergang zur Demokratie selbst ein, da es Legitimation gewinnen wollte. Doch die demokratische Opposition gewann dann das Plebiszit. Die Opposition musste die Selbstamnestierung der Militärs und eine Verfassung akzeptieren, die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränkte und dem Militär Einfluss sicherte. Doch hier geschah die Einflussnahme des Militärs ebenfalls nicht so radikal wie in Argentinien, sondern eher unterschwelliger wie in Brasilien.

Die dritte Hypothese kann verifiziert werden:

„Brasilien profitierte vom Neoliberalismus und hatte seitdem immer neoliberale Elemente in seiner Wirtschaftspolitik.“

Der Erfolg des brasilianischen Neoliberalismus lag im transparenten staatlichen Regulierungssystem, das die Kontrolle über neoliberale Maßnahmen inne hatte. Regulationsagenturen stellen wettbewerbsfähige Märkte sicher. Die Kehrseite des *Plano Real*, der die Inflation unter Kontrolle brachte, war ein Handelsbilanzdefizit. Brasilien sah beim *argentino* in Brasilien, dass es die übergangenen Exporte waren, die zu dieser Krise führten und konnte daraus lernen.

In Argentinien wurde die Privatisierungswelle zu schnell und umfassend vollzogen, wodurch neue Monopolunternehmen entstanden, auch da staatliche Regulierungsagenturen nicht funktionierten. Zudem wurden wichtige Sektoren, wie Erdöl, abgestoßen und gingen so als zukünftige Einnahmequelle verloren. Der Konvertibilitätsplan hatte eben jene verteilungs- und wachstumshemmende Effekte auf den Exportsektor zur Folge, die in den *argentino* mündeten.

In Chile blieb die Kupfer- und die Erdölgesellschaft von den Privatisierungen ausgenommen und als Einnahmequelle erhalten. Auch Chile hatte mit der Abhängigkeit des Exportsektors von einer begrenzten Anzahl an natürlichen Ressourcen zu kämpfen. Die Regierung der CPD strebte nach der Überführung des Exportmodells in eine zweite Phase, gekennzeichnet durch technologische Innovation, einen erhöhten Verarbeitungsgrad der Exportprodukte und eine größere Integration der produktiven Sektoren. Dies unterscheidet den argentinischen Stillstand vom chilenischen Ansporn.

Die vierte Hypothese kann verifiziert werden:

„Progressive Regierungen in Brasilien wandten sich nicht komplett von der neoliberalen Phase ab und vollführten nur einen teilweisen Wandel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.“

Progressive Regierungen stellten ab der Jahrtausendwende einen Bruch mit dem Neoliberalismus dar, stattdessen fokussierten sie eine stärkere Staatsintervention und den Kampf gegen Armut, so definiert es die Theorie. Doch Lula da Silva überzeugte bereits vor seiner Wahl den IWF davon, dass er die neoliberale Politik seines Vorgängers Cardoso fortsetzen würde. Seine Amtszeit ist von zweigleisigen Wegen dominiert: die neoliberale und die sozial-keynesianische Achse. Dies ermöglichte die Fortführung von neoliberalen Maßnah-

men mit einer gemäßigeren und achtsamen Sozialpolitik. Einerseits wurden weiterhin Exportorientierte Maßnahmen vollzogen, andererseits wurden auch heimische Industrien geschützt.

Argentinien hingegen brach mit dem Neoliberalismus und Kirchner wandte sich von sämtlichen Abhängigkeitsverhältnissen ab: Er kehrte den USA den Rücken und erinnerte an die Stärken lateinamerikanischer Handelsabkommen. Zwar erreichte Kirchner ein vom Export geführtes Wirtschaftswachstum, doch die Staatsausgaben stiegen dabei um 30%. Durch die Umstrukturierung der IWF-Schulden wurden ausländische InvestorInnen abgeschreckt.

Auch in Chile wurde kein neoliberaler Bruch vollzogen. Lagos führte die neoliberale Politik weiter und auch Bachelet, ihren Wahlkampfversprechungen widersprechend, nahm keinen Kurswechsel vor. Es gab im sozioökonomischen Bereich zwar Fortschritte, aber keine fundamentalen Veränderungen im neoliberalen Modell.

Da Brasilien die neoliberalen Maßnahmen durch gemäßigte sozial-keynesianische Maßnahmen ergänzte, gelang dem Staat ein Wirtschaftswachstum, das nicht auf dem Rücken der Armen ausgetragen wurde. Argentinien hingegen brach zu schnell mit dem Wirtschaftsmodell und manövrierte sich in die nächste Staatskrise.

Die fünfte Hypothese kann verifiziert werden:

„Brasilien konnte sich aus seiner Abhängigkeit von externen AkteurInnen lösen.“

Im Neoliberalismus begaben sich die lateinamerikanischen Staaten in ein Abhängigkeitsverhältnis mit internationalen Finanzinstitutionen und den USA. Durch die Wahlsiege der sozialistischen Parteien änderten sich diese Abhängigkeitsverhältnisse.

Brasilien ist heute die südamerikanische Regionalmacht und will den Einfluss der USA auf den Subkontinent auf niedrigem Niveau halten. Lula da Silva strebt nach außenpolitischen Allianzen mit ebenbürtigen Ländern wie BRICS und IBSA. Die UNASUR wurde auf brasilianische Initiative gegründet. ASC als kontinentales Bündnis mobilisierte gegen ALCA und will Abkommen, die auf Gegenseitigkeit, wechselseitigem Gewinn, Schutz des jeweiligen Binnenmarktes, nationaler Souveränität und Achtung der Grundrechte beruhen.

Heute ist die Volksrepublik China die Großinvestorin für Lateinamerika, die im Gegenzug seinen Rohstoffhunger gedeckt bekommt. Hier herrschen Interdependenzen und keine Dependenz vor. Für verschuldete Regierungen sind Geschäfte mit China lukrativ, da China den Kauf der Güter gleich mitfinanziert; ansonsten müsste sich der Staat erneut das Geld auf internationalen Kreditmärkten zu hohen Zinsen leihen.

Brasilien konnte sich also aus seinen Abhängigkeitsverhältnissen lösen und steht mit HandelspartnerInnen wie China auf Augenhöhe, statt unter ihnen.

10.3 Beitrag zum Forschungsstand: Erklärungsansatz

Die aufgeworfene Fragestellung hatte das Ziel, aufzudecken warum einige ehemalige Entwicklungsstaaten den Absprung geschafft haben und auf der internationalen Weltbühne präsent sind. Auf den ersten Blick sind dabei keine Unterschiede in den Voraussetzungen auszumachen zwischen den Ländern, die es geschafft haben, wie Brasilien als BRICS-Mitglied und jenen, die es nicht geschafft haben, wie Argentinien, welches mit seiner achten Staatspleite zu kämpfen hat. Sie durchliefen dieselben Phasen: Entlassung aus dem Kolonialismus, Wohlstand während der ISI, Überwindung von Militärdiktaturen, sie knieten unter den Fuchteln externer AkteurInnen im Neoliberalismus und erhoben sich durch progressive Regierungen, die alte Abhängigkeiten beenden wollten.

Natanson behauptete bereits, dass Argentinien und Brasilien aus drei historischen Entwicklungen verschiedene Wege einschlugen. Diese unterschiedlichen Wege, vor allem der *desarrollismo* (ISI) und der Neoliberalismus, wurden in dieser Arbeit spezifischer analysiert. Natansons Ergebnis ist zuzustimmen, da Argentinien in seiner Wirtschaftspolitik zwei Schritte vor, einen Schritte zurück geht, Brasilien hingegen einen kontinuierlichen Verlauf vorweisen kann. Dem ist hinzuzufügen, dass Brasilien in jeder wirtschaftspolitischen Phase einen zweigleisigen Weg beschritt: die Importsubstitution und die Exportorientierung während der ISI, die Unterstützung in der Transition durch demokratische Bestrebungen und dem Militär, die neoliberale und die sozial-keynesianische Achse im Neoliberalismus und die internationale Präsenz, sowie die Fokussierung auf alternative und binnenmarktorientierte Handelsbeziehungen in den letzten Jahren. Diese zweigleisigen Wege ermöglichten Brasilien, sich früh aus einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis zu lösen und zu verhindern, dass der Staat einen Weg ging, der womöglich in einer Sackgasse enden würde. Brasilien hat einen goldenen Mittelweg bewältigt und konnte, sollte ein Weg Schwierigkeiten aufweisen, auf den zweiten Weg ausweichen. Brasilien hat es gar geschafft, der Hegemonie der USA entgegenzutreten: Als Teil einer Blockbildung von Schwellenländern tritt es dem Norden ökonomisch entgegen. Als Sprecher des südamerikanischen Kontinents minimiert es nach und nach die nordamerikanische Einflusszone. Diplomatisch gehören die ersten Worte vor der UNGA Brasilien, so kann der Sprecher oder die Sprecherin eine Thematik mit der brasilianischen Sichtweise eröffnen.

Es konnte jedoch auch aufgezeigt werden, dass Brasiliens Erfolg fraglich ist. Das Konzept der BRICS hat Brasilien eine Möglichkeit eröffnet, die der Staat erst noch lernen muss zu nutzen. Zudem dürfen Chinas Machtbestrebungen nicht zu exzessiv werden. Auch wenn die BRICS-Staaten ökonomisch sehr gut platziert sind, müssen sie über ihre wirtschaftliche Macht auch an diplomatischem Einfluss gewinnen. Hier müssen sie zwangsläufig in die selbe Richtung blicken, dabei können sie von ihren verschiedenen Sichtweisen profitieren.

10.4 Einschätzung der Zukunft Lateinamerikas

Das Ende der Diktatur, Redemokratisierungen und teilweise erfolgreicher Neoliberalismus waren Themen, die in der Weltöffentlichkeit positiv bedacht wurden. Doch heute, mit dem Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht und Daten wie 9/11, scheint Lateinamerika keine Rolle mehr in globalen Prozessen zu spielen. Veränderungen in Lateinamerika gehen lautlos, im Guten wie im Schlechten daher ohne dabei jedoch weniger wichtig zu sein. Die Länder profitierten vom Neoliberalismus in dem Sinne, dass die Liberalisierungspolitik einen Modernisierungsdruck auslöste, ausländische InvestorInnen anzog und den Ländern ihren Platz in der ökonomischen Globalisierung zuwies. Vor allem weil sie Chinas Aufstieg durch Ressourcen versorgten, konnten die Staaten einen Wirtschaftsboom vorweisen. Handelsbeziehungen zu anderen Ländern verringerte ihre Abhängigkeit gegenüber der USA und leitete eine Kontinentalverschiebung ein. Doch die Loslösung der Abhängigkeit von den USA wird nun durch die Abhängigkeit von China ersetzt.

Brasilien wurde zum Sprecher der Region. Es ist in weltweit relevanten Themen, wie Energie, Klima und Handelsbeziehungen, präsent und vertritt einen Multilateralismus zur Lösung der globalen Probleme. Heute ist Brasilien eine dynamische Exportnation mit steigender Wertschöpfung. Es ist sowohl mit dem Weltmarkt, als auch mit dem regionalen Markt verflochten. Brasilien konnte sich als regionale Führungsmacht etablieren. Für die restlichen Länder ist eine Sicherung der Zukunft durch ihr Rohstoffreichtum ungewiss. Die Situation der Armen wurde durch den Wirtschaftsaufschwung zwar verbessert, doch weist die Region nach wie vor die ungerechteste Einkommensverteilung auf (Vgl. Knoop, 2010, S.11ff.).

Die Zukunft der lateinamerikanischen Staaten ist ungewiss. Sollte der Wirtschaftsboom in China nachlassen, können sie ihre Ressourcen nicht mehr absetzen. Andererseits könnte China seine Rolle auch zu einer ungleichen Hegemonie-Verschiebung ausbauen und die lateinamerikanischen Staaten zurück in die Dependenz fallen.

Brasiliens starke Rolle in der Region muss noch von einigen Staaten, wie Argentinien, akzeptiert werden, dann könnte der Kontinent als eine Einheit dem Rest der Welt entgegentreten und würde präsender wahrgenommen werden.

Argentinien's Fehler der Schuldenumstrukturierung vor dem IWF muss vergessen werden und die Politik muss InvestorInnen-affiner werden. Als Solospieler kann und wird Argentinien auf dem südamerikanischen Kontinent nicht überleben. Doch auch kontinentale Handelsbeziehungen werden Argentinien keine Lösung aus seiner Misere bieten. Es muss seine falsche Furcht vor Abhängigkeitsverhältnissen mit westlichen Staaten ablegen, damit die Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann. Denn einen Pleite-Staat wie Argentinien zu retten, damit könnte sich Südamerika, und allen voran Brasilien, übernehmen.

Wollen die Staaten nachhaltig ein Teil der internationalen Gemeinschaft werden, müssen sie die ungleiche Einkommensverteilung in den Griff bekommen. Wirtschaftlich geht es Brasilien gut, doch in puncto Einkommensungleichheit spielt Brasilien leider bereits ganz oben mit. Im *Human Development Index* ist Chile weit vor Brasilien platziert. Kritisch ist hier anzumerken, dass wirtschaftliche Entwicklung noch immer den Vorrang vor sozioökonomischer Entwicklung erhält. Brasilien muss auch hier einen zweigleisigen Weg fahren und darf sich nicht ausschließlich auf wirtschaftliches Wachstum konzentrieren. Diesen Wandel, hin zum Fokus auf die brasilianische Bevölkerung, repräsentiert Aécio Neves, Kandidat bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen. Bei der Stichwahl am 26.10.2014 wird sich entscheiden, welche Richtung Brasilien einschlägt – ein eingefahrenes wirtschaftliches Modell aus dem Sumpf ziehen und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die Rolle ausbauen, auf die der Staat Anspruch erhebt?

Ansonsten verharren die Staaten in ihrer Position und lassen sich vom Weltmarkt ihre Zukunft diktieren.

10.5 Weiterer Forschungsbedarf

Die vorliegende Masterarbeit konnte vier wirtschaftspolitische „Ereignisse“ ausmachen, aus denen Brasilien erfolgreicher hervorging als Argentinien oder Chile und untersuchte so die verschiedenen Wege in der ISI, im Demokratisierungsprozess, im Neoliberalismus und unter progressiven Regierungen.

Als erster Kritikpunkt muss jedoch die Definition des brasilianischen Erfolgs genannt werden. Erfolg wurde in dieser Arbeit durch wirtschaftliche Indikatoren und den „Ritterschlag“ ein BRICS-Mitglied zu sein definiert. Ob dies zutreffend ist, ist fraglich.

Die Frage, welches Gewicht ökonomische und sozioökonomische Faktoren dabei haben, wird ganz ausgelassen. Als Beispiel sei hier nur die Fußballweltmeisterschaft genannt, die Brasilien international Prestige gebracht hat und der brasilianischen Mittelschicht eine verbesserte Infrastruktur, doch die arme Bevölkerung hat hiervon nicht profitiert.

Da die Untersuchung erst in den 1930er Jahren ansetzt, fehlt eine Analyse der Rolle, die der Kolonialismus für die Staaten spielte: Wurden hier bereits unterschiedliche Wege in und aus dem Kolonialismus heraus begangen? War der spanische Kolonialismus „härter“ als der portugiesische? Hat Portugal seiner Kolonie mehr Freiheiten gewährt?

Sämtliche Wirtschaftspolitiken brachten auch soziale Probleme mit sich. Dieser große Punkt wurde in der Masterarbeit ausgespart, da dies den Rahmen der Arbeit gesprengt hätte. Doch ich möchte darauf hinweisen, dass mir dieses Thema sehr am Herzen liegt und es ein schweres Unterfangen war, dieses heikle Thema in solch einer bereits umfangreichen Arbeit auszusparen. Hier ist sicherlich Forschungsbedarf von Nöten: Wurden soziale Thematiken in Brasilien sensibler behandelt als in Argentinien? Konnte sich Brasilien auf eine Zivilgesellschaft stützen und konnte der Staat so seine Wirtschaftspolitiken legitimieren? Welche Rolle hat dabei die Aufarbeitung der Militärdiktaturen? Warum gab es in keinem der Staaten radikale Aufstände gegen den Neoliberalismus wie beispielsweise der *guerra del agua* in Bolivien?

Unklar bleibt auch, ob sich die Rolle Chinas in Zukunft ändern wird: Sowohl Brasilien als auch China stehen an einer Schwelle, die sie nicht überwinden können. Doch Brasilien wurde früher der Wind aus den Segeln genommen. Reicht dies China, um dominierend über Brasilien zu wirken?

Selbst das Phänomen BRICS an sich konnte nicht ausreichend behandelt werden. Wo stünde Brasilien heute ohne das Modell? Inwieweit können sich die unterschiedlichen Staaten auf eine gemeinsame Richtung einigen und ihre Blockbildung für eine gemeinsame Richtung nutzen?

I. Verzeichnisse

I.1 Bibliographie

I.1.1 Literaturverzeichnis

Amann, Edmund (2003): Economic Police and Performance in Brazil since 1985. In: D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hrsg.): Brazil since 1985: Politics, Economy and Society. London: University of London. S.107-137.

Beier, Dietrich (1965): Die Theorie der peripheren Wirtschaft nach Raúl Prebisch und ihre Stellung in der allgemeinen Aussenhandelstheorie. Berlin: Duncker & Humblot.

Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2006): Neo-Gramscianische Perspektiven. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. (2. überarbeitete Auflage) Opladen: Budrich. S.353-380.

Bisenberger, Niklas (2012): Imports substituierende Industrialisierung als Modell nachholender Entwicklung? Am Fallbeispiel Argentinien. Diplomarbeit. Universität Wien.

Bos, Ellen (1996): Die Rolle von Elite und kollektiven Akteuren in Transitionsprozesse. In: Merkel, Wolfgang/Beyme, Klaus (Hrsg.): Systemwechsel. Band 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung. (2. Auflage) Opladen: Leske + Budrich. S. 81-110.

Bulmer-Thomas, Victor (1994): The Economic History of Latin America since Independence. Cambridge: University Press.

Calcagnotto, Gilberto (2012): Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik und Agrarreform im Widerstreit. In: Fontaine, Dana/Stehnken, Thomas (Hrsg.): Das politische System Brasiliens. Wiesbaden: VS. S.325-346.

Calzadilla, Bernardo/Novy, Andreas (1995): Imports substituierende und exportorientierte Industrialisierung. In: Feldbauer, Peter/Gächter, August/Hardach, Gerd/Novy, Andreas (Hrsg.): Industrialisierung. Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wien/Frankfurt: Südwind/ Brandes & Apsel. S.33-46.

Carreras, Sandra/Potthast, Barabara (2010): Eine kleine Geschichte Argentinien. Berlin: Suhrkamp.

Cervo, Amado Luiz (2012): Historische Legate: Die Entstehung des brasilianischen Industriemodells. In: Fontaine, Dana/Stehnken, Thomas (Hrsg.): Das politische System Brasiliens. Wiesbaden: VS. S.23-33.

Chen, Ting An (1969): Zum Problem der Imports substitution und der Exportdiversifikation der unterentwickelten Volkswirtschaften unter besonderer Berücksichtigung Asiens. Dissertation. Universität Münster.

- Chisté, Nikolaus (1996):** Die Bedeutung der CEPAL für die lateinamerikanische Wirtschaftsgeschichte. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Codoceo, Fernando (2007):** Demokratische Transition in Chile. Kontinuität oder Neubeginn? Berlin: WVB.
- D'Alva Kinzo, Maria/Dunkerley, James (Hrsg.) (2003):** Brazil since 1985: Politics, Economy and Society. London: University of London.
- Drekonja-Kornat, Gerhard (1997):** Vom Markt zum Staat und wieder zurück. In: Gabriel, Leo (Hrsg.): Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel. S.11-22.
- Drekonja-Kornat, Gerhard/Prutsch, Ursula (Hrsg.) (2014):** Brasilien 2014. Aufbruch und Aufruhr. Wien: LIT.
- Feldbauer, Peter/Gächter, August/Hardach, Gerd/Novy, Andreas (Hrsg.) (1995):** Industrialisierung. Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wien/Frankfurt: Südwind/ Brandes & Apsel.
- Fineder, Karin (2009):** Strukturanpassungsprogramme des IWF und ihre Auswirkungen auf die Demokratien Lateinamerikas. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Fischer, Karin (Hrsg.) (2004):** Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum.
- Fontaine, Dana/Stehnen, Thomas (Hrsg.) (2012):** Das politische System Brasiliens. Wiesbaden: VS.
- Gabriel, Leo (Hrsg.) (1997):** Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Guggenberger, Bernd (1985):** Demokratietheorie. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 1. Theorien – Methoden – Begriffe. Abhängigkeit – Multiple Regression. München/Zürich: Piper. S.130-140.
- Heinrich, Michael (2006):** Imperialismustheorie. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. (2. überarbeitete Auflage) Opladen: Budrich. S.295-324.
- Heinz, Wolfgang S. (2001):** Neue Demokratien und Militär in Lateinamerika. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Imbusch, Peter/Messner, Dirk/Nolte, Detlef (Hrsg.) (2004):** Chile heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Jäger, Johannes/Novy, Andreas (2004):** Wissenschaft und Entwicklungspolitik. Politische

Konsequenzen von Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin (Hrsg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum. S.159-175.

Kay, Cristóbal (2004): Der Agrarsektor. In: Imbusch, Peter/Messner, Dirk/Nolte, Detlef (Hrsg.): Chile heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert. S.525-542.

Krumwiede, Heinrich-W. (1994): Die chilenische Regimetransformation im Rückblick. In: Imbusch, Peter/Messner, Dirk/Nolte, Detlef (Hrsg.): Chile heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt am Main: Vervuert. S.253-274.

Lachmann, Werner (1994): Entwicklungspolitik. Band 1: Grundlagen. München/Wien: Oldenbourg.

Larrain, Jorge (1989): Theories of Development. Capitalism, Colonialism and Dependency. Cambridge: Polity Press.

Leubolt, Bernhard (2013): Liberalismus, Entwicklungsstaat und Hühnerflug. In: Drekonja-Kornat, Gerhard/Prutsch, Ursula (Hrsg.): Brasilien 2014. Aufbruch und Aufruhr. Wien: LIT. S.61-74.

Merkel, Wolfgang/Beyme, Klaus (Hrsg.) (1996): Systemwechsel. Band 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung. (2. Auflage) Opaten: Leske + Budrich.

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (1985): Pipers Wörterbuch zur Politik. Band 1. Theorien – Methoden – Begriffe. Abhängigkeit – Multiple Regression. München/Zürich: Piper.

Nohlen, Dieter (Hrsg.) (1998): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek: Rowohlt.

Novy, Andreas/Calzadilla, Bernardo (1995): Die Industrialisierung Brasiliens. In: Feldbauer, Peter/Gächter, August/Hardach, Gerd/Novy, Andreas (Hrsg.): Industrialisierung. Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wien/Frankfurt: Südwind/Brandes & Apsel. S.193-208.

Prutsch, Ursula/Rodrigues-Moura, Enrique (2014): Brasilien: Ein historischer Überblick. In: Drekonja-Kornat, Gerhard/Prutsch, Ursula (Hrsg.): Brasilien 2014. Aufbruch und Aufruhr. Wien: LIT. S.17-26.

Riekenberg, Michael (2009): Kleine Geschichte Argentiniens. München: Beck.

Rodrik, Dani (2011): Das Globalisierungs-Paradox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft. München: Beck.

Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.) (2006): Theorien der Internationalen Be-

ziehungen. (2. überarbeitete Auflage) Opladen: Budrich.

Schimmelfennig, Frank (2010): Internationale Politik. (2. aktualisierte Auflage) Paderborn: Schöningh.

Schmalz, Stefan (2008): Brasilien in der Weltwirtschaft. Die Regierung Lula und die neue Süd-Süd-Kooperation. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Schmalz, Stefan (2012): Die brasilianische Wirtschaftspolitik seit dem Ende der Militärdiktatur: Von der Krise der Importsubstitution zum Programa de Acelerario do Crescimen-
to. In: Fontaine, Dana/Stehnen, Thomas (Hrsg.): Das politische System Brasiliens. Wiesbaden: VS. S.265-280.

Schumpeter, Joseph A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern: A. Francke.

Schydowsky, Daniel M. (Hrsg.) (1995): Structural Adjustment. Retrospect and Prospcet. Westport: Praeger Frederick.

Sommavilla, Antonio (1996): Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel: Argentinien. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Sottoli, Susana (1998): Neoliberalismus. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek: Rowohlt. S.548-549.

Speier, Petra/Boeck, Andreas (1998): Terms of Trade. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbek: Rowohlt. S.731-733.

Spindler, Manuela (2006): Interdependenz. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. (2. überarbeitete Auflage) Opladen: Budrich. S.93-120.

Stiglitz, Joseph E. (1999): Volkswirtschaftslehre. (2. Auflage) München/Wien: Oldenbourg.

Taylor, Marcus (2006): From Pinochet to the 'Third Way': Neoliberalism and Social Transformation in Chile. London/Ann Arbor: Pluto Press.

Töpfer, Barbara/Müller-Plantenberg, Urs (1994): Transformation im südlichen Lateinamerika. Chancen und Risiken einer aktiven Weltmarktintegration in Argentinien, Chile und Uruguay. Frankfurt am Main: Vervuert.

Ulbert, Cornelia (2006): Sozialkonstruktivismus. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. (2. überarbeitete Auflage) Opladen: Budrich. S.409-440.

- Waldmann, Peter (2010):** Argentinien. Schwellenland auf Dauer. Hamburg: Murmann.
- Weaver, James H. (1995):** What is Structural Adjustment? In: Schydlofsky, Daniel M. (Hrsg.): Structural Adjustment. Retrospect and Prospect. Westport: Praeger Frederick. S.3-17.
- Zettl, Gerhard (1989):** Die soziopolitischen Bedingungen der Industrialisierung in Kanada und Argentinien 1860-1955. Dissertation. Universität Wien.
- Zilla, Claudia (2014):** Brasiliens außenpolitische Rollenverständnisse und Dilmias Akzente. In: Drekonja-Kornat, Gerhard/Prutsch, Ursula (Hrsg.): Brasilien 2014. Aufbruch und Aufbruch. Wien: LIT. S.39-46.

I.1.2 Zeitschriftenartikel

- o.V. (2010):** Editorial. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 3, S.5-7.
- Amann, Edmund/Baer, Werner (2002):** Neoliberalism and its Consequences in Brazil. In: Journal of Latin American Studies, 34 (4), S.945-959.
- Andersen, Uwe (2005):** Entwicklungsländer – Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Informationen zur politischen Bildung, 286. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/izpb/9062/entwicklungslaender-gemeinsamkeiten-und-unterschiede?p=all> (15.08.2014).
- Birle, Peter (2010):** Argentinien und Brasilien zwischen Rivalität und Partnerschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12, S. 3-9. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/32863/argentinien-und-brasilien-zwischen-rivalitaet-und-partnerschaft?p=all> (11.08.2014).
- Boeckh, Andreas (2001):** Neoliberalismus oder was? Neoliberalismus und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika. In: Matices, 32. Verfügbar unter <http://www.matices.de/32/neoliberalismusoderwas/> (18.09.2014).
- Escudero, Roberto (2006):** Chile: El Nuevo Triunfo de la Izquierda. In: Nexos: Sociedad, Ciencia, Literatura.
- Fernandez, Adriela/Vera, Marisol (2012):** The Bachelet Presidency and the End of Chile's Concertación Era. In: Latin American Perspectives, 39 (5), S.5-18.
- Führmann, Bettina (2003):** Abkehr vom Washington Consensus? Die wirtschaftspolitische Strategie der Weltbank zur Armutsbekämpfung. In: Institut für Entwicklung und Frieden, 71. Verfügbar unter <http://inef.uni-due.de/page/documents/Report71.pdf> (18.09.2014).
- Grabendorff, Wolf (2010):** Brasiliens Aufstieg: Möglichkeiten und Grenzen regionaler

und globaler Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/32867/brasiliens-aufstieg-moeglichkeiten-und-grenzen-regionaler-und-globaler-politik?p=all> (24.09.2014).

Gudynas, Eduardo (2012): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag. S.46-62. Verfügbar unter http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Der_Neue_Extraktivismus/Der_Neue_Extraktivismus_web.pdf (05.10.2014).

Hemmer, Hans-Rimbert/Marienburg, Holger (2006): Ökonomische Strukturanpassungspolitik in Entwicklungsländern. Entwicklungsökonomische Diskussionsbeiträge, 29.

Hesse, Helmut (1968): Importsubstitution und Entwicklungspolitik. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft, 124 (4), S.641-683.

Joerissen, Britta/Steinhilber, Jochen (2010): Zwischen nationaler Entwicklung, regionaler Hegemonie und globaler Neugestaltung. Brasiliens ehrgeizige Außenpolitik. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 3, S.21-39.

Knoop, Joachim (2011): Breiter Fortschritt – unsichere Zukunft. Lateinamerika nach zwei verlorenen Jahrzehnten. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 3. Verfügbar unter http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2010-3/2010-3_knoop_d.pdf (05.10.2014).

Konecny, Martin (2008): Perspektiven und Widersprüche der lateinamerikanischen Integration. In: Momentum Policy Paper, 8. Verfügbar unter http://momentum-kongress.org/cms/uploads/documents/Beitrag_Konecny17_2_2011_4303.pdf (08.09.2014).

Krennerich, Michael (2003): Demokratie in Lateinamerika. Eine Bestandsaufnahme nach der Wiedergeburt vor 25 Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 38. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/27399/demokratie-in-lateinamerika?p=0> (08.09.2014).

Levitsky, Steven/Murillo, María Victoria (2008): Argentina: From Kirchner to Kirchner. In: Journal of Democracy, 19 (29), S.16-30.

Lipset, Seymour Martin (1994): The Social Requisites of Democracy Revisited. In: American Sociological Review, 59, S.1-22.

Mainwaring, Scott (1991): Politicians, Parties, and Electoral Systems: Brazil in Comparative Perspective. In: The Helen Kellogg Institute For International Studies, Working Paper 141. Verfügbar unter <https://kellogg.nd.edu/publications/workingpapers/WPS/141.pdf> (15.09.2014).

- Martner, Gonzalo D. (2011):** Progressive Governments and Trade Unionism in Latin America. The Cases of Chile, Argentina, and Uruguay. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 2, S.136-147.
- Mielniczuk, Fabiano (2013):** BRICS in the Contemporary World: Changing Identities, Converging Interests. In: Third World Quarterly, 36 (6), S.1075-1090.
- Miyakoshi, Tatsuyoshi (2014):** Is the Pragmatic Response to International Monetary Fund Quotas and Credit Limits Favourable? In: Applied Economics. DOI: 10.1080/00036846.2014.950796 (17.09.2014).
- Morris, Sophie (2006):** The Quiet Peronist who Leads the Way. In: New Statesman, 135 (4821), S.35.
- Natanson, José (2010):** Ungeliebte Vergleiche. Drei Momente in der Geschichte Brasiliens und Argentiniens. In: Nueva Sociedad, Sonderheft. Verfügbar unter http://www.nuso.org/upload/articulos/3553s7_1.pdf (24.07.2014).
- Pant, Harsh V. (2013):** The BRICS Fallacy. In: The Washington Quarterly, 36 (3), S.91-105.
- Petras, James/Vieux, Steve (1994):** The Transition to Authoritarian Electoral Regimes in Latin America. In: Latin American Perspectives, 21 (4), S.5-20.
- Piepenbrink, Johannes (2010):** Brasilien und Argentinien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12, Editorial. Verfügbar unter www.bpb.de/system/files/pdf/NFGZ2A.pdf (18.07.2014).
- Przeworski, Adam/Alvarez, Michael/Cheibub, José Antonio/Limongi, Fernando (1996):** What Makes Democracy Endure? In: Journal of Democracy, 7 (1), S.39-55.
- Saunois, Toni (2006):** Lateinamerika im Aufstand gegen den Neoliberalismus. In: Trend - Onlinezeitung, 7. Verfügbar unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd7806/t497806.html> (25.04.2014).
- Silva, Eduardo (2007):** The Import-Substitution Model: Chile in Comparative Perspective. In: Latin American Perspectives, 34 (3), S.67-90.
- Sola, Lourdes (1994):** Gobernabilidad, Reforma Fiscal y Democratización. Brasil en una Perspectiva Comparada. In: Desarrollo Económico, 33 (132), S.483-514.
- Uriarte, Oscar E. (2008):** Die Arbeitspolitik progressiver Regierungen in Lateinamerika. In: Nueva Sociedad, Sonderheft. Verfügbar unter http://www.nuso.org/upload/articulos/d3-7_1.pdf (05.10.2014).
- Wetter, Wolfgang (1985):** The Lending Policy of the International Monetary Fund. In: In-

tereconomics, 20 (4), S.174-179.

Williamson, John (2000): What Should the World Bank Think about the Washington Consensus? In: The World Bank Research Observer, 15 (2), S.251-264.

Wolff, Jonas (2003): Argentinien nach der Krise. Zur erstaunlichen Stabilität der real-existierenden Demokratie. In: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 5. Verfügbar unter <http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2008/320/pdf/sp0503.pdf> (18.09.2014).

I.1.3 Internetquellen

Agência Latinapress (2012): Brasilien: Kein „Land der Zukunft“ mehr. Verfügbar unter <http://latina-press.com/news/120799-brasilien-kein-land-der-zukunft-mehr/> (18.07.2014).

Auswärtiges Amt (2014): Die Wirtschaft Chiles. Verfügbar unter http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Chile/Wirtschaft_node.html (18.07.2014).

Berrón, Gonzálo (2005): Ausgewogene und nachhaltige Entwicklung. In: Lateinamerika Nachrichten, 373/374. Verfügbar unter <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/639.html> (28.04.2014).

Brühwiller, Tjerk (2014): Kupferbergbau: Chiles tragende Säule. In: Neue Züricher Zeitung. Verfügbar unter <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschafts-und-finanzportal/chiles-tragende-saeule-1.18220429> (18.07.2014).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013): Schwellenländer. Wichtige Partner für die internationale Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung. Verfügbar unter http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/schwellenlaender/index.html (15.08.2014).

Busch, Alexander (2010): Argentinien – lügen, täuschen und behindern. In: Die Zeit, Nr. 06 vom 07.02.2010. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/2010/06/Argentinien> (01.08.2014).

Centre for Economics and Business Research (2014): Cebr's World Economic League Table (WELT) Report for 2013 Shows China Overtaking US in 2028; UK to Overtake Germany 'around 2030'. Verfügbar unter <http://www.cebr.com/reports/world-economic-league-table-report/> (18.07.2014).

Coface (2014): Coface: Abstufung auf A4 – Brasiliens Wirtschaft stellt sich auf ein Jahr der Reformen ein. In: Originaltextservice von APA. Verfügbar unter http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140724_OT0058/coface-abstufung-auf-a4-

[brasilien-wirtschaft-stellt-sich-auf-ein-jahr-der-reformen-ein-anhang](#) (31.07.2014).

Deutsche Auslandshandelskammern (2014a): Wirtschaftsdaten kompakt: Argentinien. Verfügbar unter http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTaI/argentinien.pdf (18.07.2014).

Deutsche Auslandshandelskammern (2014b): Wirtschaftsdaten kompakt: Brasilien. Verfügbar unter http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTaI/brasilien.pdf (18.07.2014).

Deutsche Auslandshandelskammern (2014c): Wirtschaftsdaten kompakt: Chile. Verfügbar unter http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTaI/chile.pdf (18.07.2014).

Endres, Alexandra (2011): Chile – ein Volk gegen fünf Staudämme. In Zeit Online. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-05/chile-staudamm-hidroaysen> (08.08.2014).

Endres, Alexandra (2012): Repsol-YPF – Die Verstaatlichung des Öls wird Argentinien nichts bringen. In: Zeit Online. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-04/argentinien-repsol-ypf> (04.08.2014).

Endres, Alexandra (2014): Staatspleite – Die Geier kreisen über Argentinien. In: Zeit Online. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/argentinien-pleite-hedgefonds/> (04.08.2014).

Fink, Andreas (2014a): Das Ende eines Wintermärchens. In: Zeit Online. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-07/argentinien-staatspleite-wm> (18.07.2014).

Fink, Andreas (2014b): Hedgefonds: Argentinien's achte Staatspleite. In: Zeit Online. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-07/argentinien-pleite-geierfonds-banken> (06.08.2014).

Fischermann, Thomas (2011): Schwellenländer: Alle im selben Boot. In: Die Zeit, Nr. 47 vom 21.11.2011. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/2011/47/Finanzkrise-Schwellenlaender> (30.07.2014).

Fischermann, Thomas (2013a): Brasilien: Späte Rache. In: Die Zeit, Nr. 33 vom 17.08.2013. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/2013/33/brasilien-geldpolitik-inflation> (30.07.2014).

Fischermann, Thomas (2013b): Präsidentschaftswahl – Das Erbe der chilenischen Generäle. In: Zeit Online. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-11/chile-praesidentschaftswahl-bachelet-matthei> (08.08.2014).

Fischermann, Thomas (2014): Argentinien – Unter Geiern. In: Die Zeit, Nr. 27 vom 26.06.2014. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/2014/27/hedgefonds-argentinien> (04.08.2014).

Franz, Mariella (2013): Argentinien – Wirtschaft: Aktuelle Lage und Herausforderungen. In: Hanns Seidel Stiftung. Institut für Internationale Zusammenarbeit (Hrsg.): Politischer Sonderbericht. Verfügbar unter

http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/130411_Argentinien_SB.pdf

(04.08.2013).

General Assembly (1995a): Fernando Cardoso, Speech Delivered to the Commemoration of the Fiftieth Anniversary of the United Nations during the 37th Plenary Meeting. Official Records Number: A/50/PV.37. New York: United Nations. Verfügbar unter http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/50/PV.37 (17.08.2014).

General Assembly (1995b): Felipe Lampreia, Speech Delivered to the Commemoration of the Fiftieth Anniversary of the United Nations during the 4th Plenary Meeting. Official Records Number: A/50/PV.4. New York: United Nations. Verfügbar unter http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/50/PV.4 (17.08.2014).

General Assembly (2000): Felipe Lampreia, Speech Delivered to the Commemoration of the Fiftieth Anniversary of the United Nations during the 10th Plenary Meeting. Official Records Number: A/55/PV.10. New York: United Nations. Verfügbar unter http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/55/PV.10 (17.08.2014)

General Assembly (2003): L. I. Lula da Silva, Speech Delivered to 58th Session of the United Nation's General Assembly during the 7th Plenary Meeting. Official Records Number: A/58/PV.7. New York: United Nations. Verfügbar unter http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/58/PV.7 (17.08.2014)

General Assembly (2008): L. I. Lula da Silva, Speech Delivered to 63rd Session of the United Nation's General Assembly during the 5th Plenary Meeting. Official Records Number: A/63/PV.5. New York: United Nations. Verfügbar unter http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/63/PV.5 (17.08.2014)

Handelsblatt (2014): Argentinien zahlt erste Schuldenrate. Verfügbar unter <http://www.handelsblatt.com/politik/international/pariser-club-argentinien-zahlt-erste-schuldenrate/10288910.html> (06.08.2014).

Hong, Nicole (2014): Greiser US-Richter spielt Schicksal für Argentinien. In: The Wall Street Journal. Verfügbar unter

<http://www.wsj.de/article/SB10001424052702303635604580060802942601206.html>

(06.08.2014).

International Monetary Fund (2014a): About the IMF: Cooperation and Reconstruction

(1944-1971). Verfügbar unter <http://www.imf.org/external/about/histcoop.htm> (17.09.2014).

International Monetary Fund (2014b): About the IMF: Our Work. Verfügbar unter <http://www.imf.org/external/about/ourwork.htm> (17.09.2014).

International Monetary Fund (2014c): IMF Quotas. Verfügbar unter <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/quotas.htm> (18.09.2014).

International Monetary Fund (2014d): IMF Members' Quotas and Voting Power, and IMF Board of Governors. Verfügbar unter <http://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx> (18.09.2014).

Kreutzmann, Susann (2014): Brics-Gipfel: Die Schwellenländer fordern den Westen heraus. In: Der Standard. Verfügbar unter <http://derstandard.at/2000003011011/Brics-Gipfel-Die-Schwellenlaender-fordern-den-Westen-heraus> (18.07.2014).

Ladurner, Ulrich (2011a): Brasilien: Ungewohnt mächtig. In: Die Zeit, Nr. 42 vom 18.10.2011. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/2011/42/Brasilien> (30.07.2014).

Ladurner, Ulrich (2011b): Jugendproteste in Chile – Die Mächtige. In: Die Zeit, Nr. 34 vom 21.08.2011. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/2011/34/Chile-Studenten-Vallejo> (08.08.2014).

Moses, Carl (2014a): Argentinien's nächste Krise. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/inflation-droht-zu-eskalieren-argentinien-naechste-krise-12788862.html> (18.07.2014).

Moses, Carl (2014b): Kampf gegen den Abstieg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/brasilien-und-argentinien-vor-wirtschaftlichem-abstieg-13045695.html> (18.07.2014).

Neue Züricher Zeitung (2014): Mexiko will Wachstum, Chile will Gleichheit. Verfügbar unter <http://www.nzz.ch/wirtschaft/strukturen-reformen-sollen-mexiko-wachstum-und-chile-gleichheit-bringen-1.18345541> (10.08.2014).

Pauli, Ralf (2014): Lateinamerika: Pekings verlockende Kredite. In: Zeit Online. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-04/Lateinamerika-China-Kredite-Aussenpolitik> (28.04.2014).

Peters, Benedikt (2012): Studiengebühren – Chiles Studentenaufstand, zweiter Akt. In: Zeit Online. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/studium/uni-leben/2012-09/chile-studentenproteste-demonstrationen> (08.08.2014).

Petras, James (2003): Empire Building and Rule: U.S. And Latin America. In: Rebellion.

Verfügbar unter <http://petras.lahaine.org/b2-img/030806petrasemp.pdf> (06.10.2014).

Ramm, Tommy (2005): Selbstbewusstes Lateinamerika. USA-Favorit für das Amt des OAS-Generalsekretärs scheiterte. In: AG Friedensforschung. Verfügbar unter <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Amerika/oas.html> (26.09.2014)

Sapelli, Claudio (2003): The Political Economics of Import Substitution Industrialization. Documento de Trabajo, 257. Verfügbar unter http://www.economia.puc.cl/docs/dt_257.pdf (10.09.2014).

Schmotzer, Katharina (2003): Die Achse des Neoliberalismus in Lateinamerika. In: Interdisziplinärer Lehrgang für Höhere Lateinamerikastudien am Österreichischen Lateinamerika-Institut. Verfügbar unter http://www.lateinamerikastudien.at/content/lehrgang/lg_jaeger/pdf/schmotzer_achse.pdf (26.09.2014).

Schülbe, Dana (2014): Vor welchen Herausforderungen Brasilien nach der WM steht. In: Rheinische Post. Verfügbar unter <http://www.rp-online.de/sport/fussball/wm/vor-welchen-herausforderungen-brasilien-nach-der-wm-steht-aid-1.4386074> (18.07.2014).

Sharma, Ruchir (2012): Broken BRICS: Why the Rest Stopped Rising. In: Foreign Affairs. Verfügbar unter <http://www.foreignaffairs.com/articles/138219/ruchir-sharma/broken-brics> (18.08.2014).

Sharma, Ruchir (2013): BRICS Summits Are So Last Decade: All Members Are Slowing Down, with Conflicting Interests Leaving Them Less Willing to Cut Deals. In: The Times of India. Verfügbar unter <http://timesofindia.indiatimes.com/home/opinion/edit-page/BRICS-summits-are-so-last-decade-All-members-are-slowing-down-with-conflicting-interests-leaving-them-less-willing-to-cut-deals/articleshow/19310863.cms?referral=PM> (18.08.2014).

Shasha, Deng (2011): Full Text of Sanya Declaration of the BRICS Leaders Meeting. In: Xinhua News Agency. Verfügbar unter http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2011-04/14/c_13829453_4.htm (17.08.2014).

Stausberg, Hildegard (2011): Brasilien ist die Wirtschaftsmacht der Zukunft. In: Die Welt. Verfügbar unter <http://www.welt.de/dieweltbewegen/article13665169/Brasilien-ist-die-Wirtschaftsmacht-der-Zukunft.html> (18.07.2014).

Stausberg, Hildegard (2014): Brasilien und Argentinien – in Abneigung vereint. In: Die Welt. Verfügbar unter <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article130017634/Brasilien-und-Argentinien-in-Abneigung-vereint.html> (11.08.2014).

Straßner, Veit (2014): Chile – Das Wirtschaftssystem und seine Sektoren. In: Deutsche

Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz). Verfügbar unter <http://liportal.giz.de/chile/wirtschaft-entwicklung/> (10.08.2014).

Stuenkel, Oliver (2012): Why BRICS Matters. In: E-International Relations. Verfügbar unter <http://www.e-ir.info/2012/03/28/why-brics-matters/> (17.08.2014).

The Economist (2009): Brazil Takes off. Verfügbar unter <http://www.economist.com/printedition/2009-11-14> (25.07.2014).

The Economist (2012): Brazil's Trade Policy: Seeking Protection. Verfügbar unter <http://www.economist.com/node/21542780> (18.08.2014).

The Economist (2014): Reform in Chile: The Lady's for Turning. Verfügbar unter <http://www.economist.com/news/americas/21602681-michelle-bachelet-putting-her-countrys-growth-model-risk-ladys-turning> (18.07.2014).

The World Bank Group (2014): Gross Domestic Product 2013. Verfügbar unter <http://databank.worldbank.org/data/download/GDP.pdf> (18.07.2014).

United Nations CEPAL (2013): About ECLAC. Verfügbar unter <http://www.cepal.org/cgi-bin/getprod.asp?xml=/noticias/paginas/4/43024/P43024.xml&xsl=/tpl-i/p18f-st.xsl&base=/tpl-i/top-bottom.xsl> (20.08.2014).

United Nations Development Programme (2010): Human Development Report 2010. The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development. Verfügbar unter http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/270/hdr_2010_en_complete_reprint.pdf (13.08.2014).

United Nations Development Programme (2014): Human Development Report 2014. Sustaining Human Progress: Reducing Vulnerabilities and Building Resilience. Verfügbar unter <http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdr14-report-en-1.pdf> (13.08.2014).

United Nations Security Council Resolution (2011): Security Council Approves 'No-Fly Zone' over Libya, Authorizing 'all Necessary Measures' to Protect Civilians, by Vote of 10 in Favour with 5 Abstentions. SC/10200. Verfügbar unter <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sc10200.doc.htm> (17.08.2014).

Van Agtmaal, Antoine (2012): Think Again: The BRICS. In: Foreign Policy. Verfügbar unter http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/10/08/think_again_the_brics (17.08.2014).

Wagner, Thomas (2010): Nestor Kirchner – der Schattenpräsident. In: Die Zeit. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-10/nelson-kirchner-nachruf> (01.08.2014).

Weingartner, Maximilian (2013): Brasilien – auf Zucker gebaut. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/lahmende-industrie-brasilien-auf-zucker-gebaut-12239797.html> (31.07.2014).

Weltbank (1980): World Bank Annual Report 1980. Verfügbar unter http://www.wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2000/02/28/000094946_00021105302661/Rendered/PDF/multi_page.pdf (19.09.2014).

Wirtschaftslexikon (2013): Dependenztheorie. Verfügbar unter: <http://www.wirtschaftslexikon.co/d/dependenztheorie/dependenztheorie.htm> (24.07.2014).

Wyer, Stefan (2014): Exportschlager Energiestadt. Verfügbar unter http://www.energiestadt.ch/fileadmin/user_upload/Energiestadt/de/Dateien/Aktuell/medienmitteilung/Medienmitteilung_Energiestadt_Chile_25072014.pdf (10.08.2014).

Zeit Online (2011a): Brasiliens Wirtschaft überholt Großbritannien. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-12/brasilien-wirtschaftsmacht> (30.07.2014).

Zeit Online (2011b): Bildungsproteste: Chiles Präsident lehnt kostenlose Bildung ab. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-08/chile-studenten-proteste> (07.08.2014).

Zeit Online (2012): Entwicklungshilfe: Wo war die Weltbank? Verfügbar unter <http://www.zeit.de/2012/18/Entwicklungslaender-Armut-Weltbank> (30.07.2014).

Zeit Online (2013): Hunderte Verletzte bei Protesten in Brasilien. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-06/brasilien-proteste-toter/komplettansicht> (30.07.2014).

Zeit Online (2014a): BRICS-Staaten gründen Entwicklungsbank und Reservefonds. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/brics-bank-gruendung-brasilien> (18.07.2014).

Zeit Online (2014b): Staatspleite – Zweite Rating-Agentur erklärt Zahlungsausfall Argentinens. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-08/argentinien-ratingagenturen> (06.08.2014).

Zeit Online (2014c): Energieversorgung – Chile stoppt umstrittenes Staudammprojekt. Verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/staudamm-chile> (08.08.2014).

I.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle	Titel	Seite
1	Index der Exportentwicklung in Millionen US-Dollar (1986= 100)	84

I.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung	Titel	Seite
1	Brasilien: Wachstum des realen BIP von 2004 bis 2014 (gegenüber dem Vorjahr).	12
2	Index of Economic Freedom: Argentina versus Brazil versus Chile	14
3	Chile: Per capita capacity to import.	50
4	Kreditantragsabwicklung	70

I.4 Abkürzungsverzeichnis

ALCA	Amerikanische Freihandelszone <i>Área de Libre Comercio de las Américas</i>
ASC	<i>Alianza Social Continental</i>
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNDES	Brasilianische Entwicklungsbank <i>Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social</i>
BNE	Bruttonationaleinkommen
BRIC	Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften um Brasilien, Russland, Indien und China
BRICS	Vereinigung aufstrebender Volkswirtschaften um Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Südafrika wurde 2010 Mitglied.
CELAC	Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten <i>Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños</i>
CEPAL	Wirtschaftskommission für Lateinamerika <i>Comisión Económica para América Latina</i>
CORFO	Entwicklungskorporation <i>Corporación de Fomento</i>
CPD	Koalition folgender Parteien: Christdemokratische Partei, Teile der Sozialistischen Partei, Partido por la Democracia und Radikale und Sozialdemokratische Partei <i>Concertación</i>
CPI	<i>Centro de Promoción de Inversiones</i>
FONTEC	<i>Fondo Nacional de Desarrollo Tecnológico</i>
FUT	<i>Fondo de Utilidades Tributarias</i>
G20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
IBSA	Mechanismus zur Koordinierung der Schwellenländer Indien, Brasilien und Südafrika
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
IWF	Internationaler Währungsfonds engl. IMF - <i>International Monetary Fund</i>
MERCOSUR	Gemeinsamer Markt des Südens <i>Mercado Comú del Sur</i>

OAS	Organisation Amerikanischer Staaten Organización de los Estados Americanos
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung <i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i>
PAN	Partei Nationale Aktion <i>Partido Acción Nacional</i>
PND	<i>Programa Nacional de Desestatizacao</i>
PS	Sozialistische Partei Chiles <i>Partido Socialista de Chile</i>
SAP	Strukturanpassungsprogramme
SNI	Militärischer Geheimdienst in Brasilien <i>Serviço de Segurança Nacional</i>
SUDENE	Superintendentur für die Entwicklung des Nordostens <i>Superintendência de Desenvolvimento do Nordeste</i>
SUNAB	Superintendentur für die Versorgung <i>Superintendencia Nacional do Abastecimento</i>
ToT	<i>Terms of Trade</i>
UNASUR	Union Südamerikanischer Nationen <i>Unión de Naciones Suramericanas</i>
UNGA	Generalversammlung der Vereinten Nationen <i>United Nations General Assembly</i>

II. Anhang

II.1 Zusammenfassung

Die vorliegende Masterarbeit behandelt den Aufstieg Brasiliens im Vergleich zum Abstieg Argentinens, da sich beide Staaten aus den selben Voraussetzungen entwickelten und dieselben Wirtschaftspolitiken durchliefen.

Die Forschungsfrage lautet daher: „Warum erlebt(e) Brasilien einen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung, während andere vielversprechende lateinamerikanische Staaten wie Argentinien und Chile nicht folgen konnten und können?“

Die Thesen lauten, dass sich Brasilien aus wirtschaftspolitischen Ereignissen besser profilieren konnte: Brasilien könnte sowohl von der ISI, als auch vom Neoliberalismus profitiert haben. Der Demokratisierungsprozess im Vorfeld des Neoliberalismus könnte ohne störenden Militäreinfluss durchgesetzt worden sein. Progressive Regierungen könnten nur einen teilweisen Wandel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgeführt und neoliberale Elemente beibehalten haben. Zuletzt könnte sich Brasilien aus seiner Abhängigkeit von externen AkteurInnen gelöst haben.

Die Methode der Untersuchung ist die Vergleichende Analyse, ein schematischer Vergleich von Untersuchungseinheiten mit dem Ziel, die gebildeten Hypothesen zu überprüfen. Zur Bearbeitung wurde ein qualitativer hermeneutischer Forschungsansatz gewählt. Die benötigten Daten wurden auf dem Wege einer Dokumentenanalyse gewonnen.

Die Schlussfolgerungen zeigen, dass Brasilien in der ISI einen zweigleisigen Weg fuhr, der dem Staat Erfolg ermöglichte: So konzentrierte sich Brasilien sowohl auf die Importsubstitution, als auch auf die Exportorientierung. Der Demokratisierungsprozess wurde in Brasilianische mit Hilfe des Militärs umgesetzt. Der Neoliberalismus war in Brasilien erfolgreich, da Regulationsagenturen wettbewerbsfähige Märkte sicherstellten und die Bildung von Monopolen verhinderten. Die progressiven Regierungen bestritten einen zweigleisigen Weg zwischen neoliberalen und sozial-keynesianische Maßnahmen. Schlussendlich löste sich Brasilien aus Abhängigkeitsverhältnissen und wurde selbst zu einer (südamerikanischen) Großmacht.

II.2 Abstract

The master thesis on hand discusses the rise of Brasil compared to the descent of Argentina. Both states developed from the same conditions and passed through the same economic policies. This yields the following research question: “Why did/does Brasil experience an economic and political upswing, while other promising Latin-American states like Argentina and Chile can not follow?”

The assumption is that Brasil could have profited by certain politico-economic events: Brasil could have benefit both from import substitution industrialization and neo-liberalism. The democratic process could have been enforced without the disruptive influence of the military. Progressive governments could have enforced a partial change in the economic and social policy and could have kept neoliberal elements. Last Brasil could have come undone from the dependence on external stakeholders.

The method of the research is a comparative analysis, a schematic comparison of elementary units, with the goal to test the assumption. This was made possible through a qualitative hermeneutic research approach. The required data was won through a documentary research.

The argumentation shows that the success of Brasil during ISI is part of a “dual-tracked” path: Brasil focused on both importsubstitution and exportorientation. Brasil implemented the democratic process with the support of the military. Neo-liberalism was successful because of the existence of regulating agencies, which ensured competitive markets and prevented the generation of monopolies. The success of progressive governments is also part of the “dual-tracked” path between neoliberal and social-keynesianic measures. Last, Brasil could come undone from the dependence on external stakeholders and become a (sputhamerican) Great Power.

II.3 Curriculum Vitae

Angaben zur Person

Vor- und Nachname **Melanie Sandra Kiefer**
Bakk.phil. BA

Adresse Mollardgasse 33/Top 1
1060 Wien (Österreich)

Mobil +43 (0) 699 19236203

E-Mail melanie.sandra.kiefer@web.de

Geburtsdatum 08. Mai 1988

Geburtsort 79379 Müllheim (Deutschland)

Staatsangehörigkeit deutsch



Berufserfahrung

Zeitraum **01/08/2011 – 26/08/2011**

Funktion **Praktikantin in der Redaktion „Unterhaltung/Magazine & Musik“**

Name und Adresse des Arbeitgebers Südwestrundfunk Studio Freiburg
Kartäuserstraße 45, 79102 Freiburg

Zeitraum **04/05/2009 – 31/07/2009**

Funktion **Praktikantin im Mantelressort „BZ-Extra“**

Name und Adresse des Arbeitgebers Badische Zeitung
Basler Straße 88, 79115 Freiburg

Schul- und Berufsbildung

Zeitraum **01/10/2012 – 31/12/2014**

Bezeichnung der erworbenen Qualifikation **Master of Arts (M.A.)**

Hauptfach **Politikwissenschaft**

Spezialisierungen - Internationale Politik und Entwicklung
- Osteuropastudien

Thema der Abschlussarbeit „Brasiliens Aufstieg und Argentinens Nachsehen – Gründe und Prognosen für die unterschiedliche Entwicklung der Staaten“

Name und Art der Bildungseinrichtung Universität Wien
Universitätsring 1, 1010 Wien (Österreich)

Zeitraum	01/10/2012 – 31/12/2014
Bezeichnung der erworbenen Qualifikation	Bachelor of Science (B.Sc.)
Hauptfach	Psychologie
Thema der ersten Abschlussarbeit (empirisches Praktikum)	„Der Zusammenhang zwischen wahrgenommener Moralischer Intensität und Risikobereitschaft bei Internetpiraterie“ (Arbeitsbereich: Wirtschaftspsychologie)
Thema der zweiten Abschlussarbeit	„Kinder zwischen Lügenlernen und Wahrheit sagen“ (Arbeitsbereich: Entwicklungspsychologie)
Name und Art der Bildungseinrichtung	Universität Wien Universitätsring 1, 1010 Wien (Österreich)
Zeitraum	01/10/2010 – 07/03/2013
Bezeichnung der erworbenen Qualifikation	Bachelor of Arts (B.A.)
Hauptfach	Romanistik (Spanisch) (Abschlussnote: 2,0)
Thema der ersten Abschlussarbeit	„Construir para destruir. Aufbau und Bruch von Bildmagie in Fernando Vallejos <i>El desbarrancadero</i> “
Thema der zweiten Abschlussarbeit	„Ich dachte, es wäre ein Abenteuer, aber in Wirklichkeit war es das Leben. (Joseph Conrad) <i>La aventura de un fotógrafo en La Plata</i> zwischen Abenteuer- und phantastischem Roman und die Rolle der manipulativen Fotografie“
Name und Art der Bildungseinrichtung	Universität Wien Universitätsring 1, 1010 Wien (Österreich)
Zeitraum	01/10/2009 – 19/06/2012
Bezeichnung der erworbenen Qualifikation	Bakkalaureus der Philosophie (Bakk.phil.)
Hauptfach	Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (Abschlussnote: 1,8)
Thema der ersten Abschlussarbeit	„Der Einfluss einer Personen- auf die Sendermarke – am Beispiel von Günther Jauch und RTL“
Thema der zweiten Abschlussarbeit	„Emotionale Männer, selbstbewusste Frauen: Brüche von Geschlechterstereotypen – in der Serie <i>The Big Bang Theory</i> “
Name und Art der Bildungseinrichtung	Universität Wien Universitätsring 1, 1010 Wien (Österreich)
Zeitraum	06/09/2004 – 21/06/2007
Bezeichnung der erworbenen Qualifikation	Allgemeine Hochschulreife (Abschlussnote: 2,0)
Ausbildungsschwerpunkt	Wirtschaft

Persönliche Fähigkeiten und Kompetenzen

Muttersprache	Deutsch
Weitere Sprachen	Englisch (C1), Spanisch (C1), Französisch (B1), Schwedisch (A1) <i>(Selbstbeurteilung via Europäische Kompetenzstufe)</i>
Soziale und organisatorische Kompetenzen	Ehrgeiz, Teamfähigkeit, Zuverlässigkeit, Genauigkeit, Organisationsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein
EDV-Kenntnisse	Microsoft Office, Java, NGen (Redaktionssystem), IBM SPSS Statistics
Interessen	Fotografieren, Reisen, Theaterbesuche, Lateinamerikanische Literatur

Wien, 09.10.2014



Melanie Kiefer